

Sozialpädagogik

Die Eingliederung jugendlicher Zuwanderer aus der
sowjetischen Besatzungszone in die Bundesrepublik
als sozialpädagogisches Problem
(unter besonderer Berücksichtigung der Situation
der jugendlichen Zuwanderer im Zeitabschnitt vom
Frühjahr 1952 bis zum Ende 1954).

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
Münster (Westf.)

vorgelegt von
Ludwig Freibüter
aus Münster (Westf.)

1956

1319/57
Tag der mündlichen Prüfung:

6. Dezember 1956

Dekan: Professor Dr. Mertner

Referent: Professor Dr. Siegmund-Schultze

Korreferent: Professor Dr. Lichtenstein

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Einleitung	1
<u>I. Die Zeit vor 1952</u>	
1) Politische Fakten	6
2) Geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer	7
a) Das Moment der Entwurzelung	9
b) Die Auswirkung politischer und wirtschaftlicher Fakten auf die geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer	11
3) Sozialpädagogische Aufgaben bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer und der Versuch ihrer Lösung	13
a) Sozialpädagogische Aufgaben	13
b) Gesetze, Erlasse und Maßnahmen zur Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer	15
c) Sozialpädagogische Bedeutung der Jugendgemeinschaftswerke	25
d) Sozialpädagogische Stellungnahme zur Einweisung jugendlicher Zuwanderer in die Landwirtschaft	28
<u>II. Die Zeit nach dem Frühjahr 1952</u>	
1) Politische Fakten	40
2) Geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer	43
a) Das Moment der Entwurzelung	43
b) Die Befangenheit der jugendlichen Zuwanderer in der kommunistischen Weltanschauung	44
aa) Das pädagogische Ziel der Sowjetzone	46
bb) Die Anziehungskraft des dialektischen Materialismus auf junge Menschen	49
cc) Die weltanschaulichen Gegebenheiten in der Bundesrepublik aus der Sicht der jugendlichen Zuwanderer	57
c) Die Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Fakten auf die geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer	64
d) Sozialpädagogische Folgerungen	66



3) Verhältnis der jugendlichen Zuwanderer zu Arbeit und Beruf (untersucht an Hand statistischer Erhebungen)	71
a) Anliegen der Untersuchung	71
b) Durchführung und Ergebnis der Untersuchung	76
c) Auswertung des Untersuchungsergebnisses	83
aa) Berufstüchtigkeit der jugendlichen Zuwanderer	83
bb) Berufsgesinnung der jugendlichen Zuwanderer	89
d) Sozialpädagogische Folgerungen	94
4) Verhaltensweise jugendlicher Zuwanderer im mitmenschlichen Kontakt in ihrer neuen Umgebung	99
5) Sozialpädagogische Aufgaben bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer und der Versuch ihrer Lösung	107
a) Sozialpädagogische Aufgaben	107
b) Veränderungen in der Gesetzgebung und in den Massnahmen zur Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer, im Vergleich zu der Zeit vor 1952	113
c) Sozialpädagogische Bedeutung geschlossener und offener Jugendgemeinschaftswerke	117
Anlagen	130
Anmerkungen und Literaturangabe	154

Einleitung.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges steht das deutsche Volk durch eine Wanderungsbewegung nie gekannten Ausmaßes in einem großen Umwandlungsprozeß. Den damit zusammenhängenden Fragenkomplex faßt die Wissenschaft unter dem Begriff "Flüchtlingsforschung" zusammen. Da der Umwandlungsprozeß in verschiedene Lebensgebiete eingreift, ist eine ganze Reihe von Wissenschaften an der Flüchtlingsforschung beteiligt. Dementsprechend liegt eine umfangreiche Literatur über dieses Gebiet vor. Doch hat das Teilgebiet, das Anliegen unserer Arbeit ist, bisher in der Literatur nur sehr wenig Beachtung gefunden. Es liegen lediglich Zeitschriftenartikel darüber vor, auch wird es in einigen Büchern, die allgemeine Flüchtlingsfragen oder jugendpflegerische bzw. jugendfürsorgerische Fragen als Thema haben, mitbehandelt. Nur einige rein soziologische Arbeiten befassen sich ausschließlich mit dem Problem "jugendliche SBZ-Flüchtlinge". ¹⁾

Im Erlaß des Sozialministers des Landes NRW vom 24. 1. 1947 wird erstmalig der Begriff Flüchtling festgelegt. Der Erlass trifft eine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen (Ausgewiesenen und Vertriebenen) deutscher Staats- und Volkszugehörigkeit, die aus Gebieten außerhalb des Verwaltungsgebietes des Viermächte-Kontrollrates geflüchtet oder vertrieben sind - später allgemein Heimatvertriebene genannt - , und den Flüchtlingen aus dem Gebiet der russischen Besatzungszone. Die Eingliederung der Letztgenannten soll in dieser Arbeit behandelt werden mit der Einschränkung, daß uns nur männliche Jugendliche über 16 Jahre interessieren, die ohne Angehörige, also nicht im Familienverband, die Zone verlassen haben (alleinstehende Jugendlichen). Für diese Jugendlichen werden wir im weiteren nicht den Terminus "Flüchtling", sondern den Terminus "Zuwanderer" gebrauchen. Im Laufe dieser Arbeit dürfte es klar werden, daß der Ausdruck "Flüchtling" im Vollsinn seiner Bedeutung nur für eine

kleine Minderheit Jugendlicher gebraucht werden kann. K. Valentin Müller macht den Unterschied zwischen "Zwangswanderung" und "Notwanderung".²⁾ Aber auch unter diesem Begriffspaar sind nicht alle jugendlichen Zuwanderer aus der Sowjetzone unterzubringen. Es ist notwendig, einen weiteren Begriff und zwar den der "Nutzwanderung" zu prägen; wir meinen damit Zuwanderungen, denen als Motiv weder Zwang noch Not, sondern lediglich persönlicher Nutzen zugrunde liegt.

Aber auch die Aufteilung der Zuwanderer in Zwangs-, Not- und Nutzwanderer bedeutet noch eine Simplifikation; denn jeder dieser drei Begriffe umfaßt wiederum eine Vielzahl von Wanderungsmotiven. Die jeweilige Zusammensetzung des Zuwandererstromes nach Wanderungsmotiven hängt sowohl von den geistig, politisch und wirtschaftlich sich ändernden Gegebenheiten in der Sowjetzone (SBZ) wie auch in der Bundesrepublik (BRP) ab. Hier wird schon deutlich, wie differenziert und diffizil das Problem der Eingliederung jugendlicher Zuwanderer ist. Dabei ist besonders erschwerend, dass diese Änderungen in beiden Teilen Deutschlands in gewisser Beziehung diametral entgegengesetzt verlaufen.

In dieser Untersuchung wollen wir die Eingliederung jugendlicher Zuwanderer als sozialpädagogisches Problem sehen. Was haben wir unter Eingliederung als sozialpädagogisches Problem zu verstehen? Gehen wir von dem Wort "Eingliederung" aus, so sagt "Eingliederung eines Menschen", daß dieser Mensch Glied eines bestimmten Ganzen werden soll. Diese Aussage enthält ein Dreifaches: 1. Der Mensch stand bislang außerhalb dieses Ganzen oder war nicht dessen vollgültiges Mitglied. 2. Das Ganze hat eine bestimmte Ordnung, sonst könnte man nicht vom Glied des Ganzen sprechen. Ein Ungeordnetes hat keine Glieder; so kann man z.B. nicht von Gliedern einer Masse reden. 3. Die Eingliederung ist abgeschlossen, wenn der Einzugliedernde Glied des Ganzen geworden ist. Da Gliedsein bedeutet, eine bestimmte Stellung innerhalb des Ganzen zu haben, besagt Abschluss der Eingliederung, daß der

Einzuzuordnende die ihm zukommende Stellung im Ganzen erhalten hat.

Diese Definition erweckt den Eindruck, daß etwas mit dem Einzugliedernden geschieht, ohne dass er selbst bei dem Vorgang der Eingliederung aktiv wird. "Er wird eingegliedert." In dieser Bedeutung kann man wohl in der Volkswirtschaft von Eingliederung sprechen (z.B. von der Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß usw.), nicht aber von der Eingliederung Jugendlicher in eine gesellschaftliche Ordnung. Wir kommen dem, was in unserem Fall unter Eingliederung zu verstehen ist, näher, wenn wir den Ausdruck "Einwurzelung" zu Hilfe nehmen, wie er von Elisabeth Pfeil und Karl Valentin Müller gebraucht wird. ³⁾ Die Einwurzelung ist erst dann beendet, wenn der Einzuwurzelnde Wurzeln geschlagen hat. Bei dem Prozeß der Einwurzelung kommt es also wesentlich auf die Mittätigkeit des Einzuwurzelnden an. Der jugendliche Zuwanderer muss sich an der Ordnung, die er vorfindet, neu orientieren. Er muss sich den neuen Gegebenheiten öffnen, sein Denken, Urteilen und Handeln an Hand der neuen Gegebenheiten überprüfen und so einen klaren, tief fundierten Standort gewinnen, von dem aus sein Leben sinnvoll erscheint und lohnenswert ist, angefaßt und gestaltet zu werden. Er muss neue Wurzeln schlagen, die seinem Leben Festigkeit geben.

Aus diesem Grunde darf die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer nicht nur unter volkswirtschaftlichem, sozialpolitischem und soziologischem Aspekt gesehen werden, sondern sie verlangt die Berücksichtigung sozialpädagogischer Gesichtspunkte. Dem jugendlichen Zuwanderer ist die Aufgabe gegeben, sich zu einem rechten Verhalten in und gegenüber seiner neuen Umwelt durchzuringen. Ihm muß geholfen werden, seine diesbezüglichen Aufgaben zu erkennen und den Weg zu sehen und zu gehen, der zu ihrer Lösung führt. Die einheimische Bevölkerung aber ist aufzurufen, ihre mitmenschliche Verantwortung gegenüber den Einzu-

gliedernden wahrzunehmen. Hier wird deutlich, daß die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer ein sozialpädagogisches Problem involviert. Die Sozialpädagogik handelt nach Siegmund-Schultze " von der Erziehung des einzelnen zum rechten Verhalten gegenüber der Gruppe, von der Erziehung der Gruppe bzw. der Gesellschaft zum rechten Verhalten gegenüber dem einzelnen und von der Erziehung der Gruppen zum rechten Verhalten gegeneinander". 4)

Die sozialpädagogischen Aufgaben, die die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer stellt, ergeben sich aus ihrer geistig-seelischen Verfassung und Einstellung, Anschauung und Verhaltensweise. Sie werden dadurch deutlicher und lebensnäher, daß sie mit den Maßnahmen und Einrichtungen, die von öffentlichen und privaten Stellen zur Eingliederung dieser Jugendlichen ergriffen werden, konfrontiert werden.

Die einzelnen Probleme bei der Eingliederung jugendlicher Zuwanderer sind so sehr von Zeitumständen abhängig, daß sie unbedingt in ihrer Zeitfolge gesehen werden müssen, wenn die Gesamtproblematik deutlich werden soll. Daher zeigen wir auch die Probleme vor dem Frühjahr 1952 auf, obwohl wir unserer Untersuchung vor allem die Situation der Jugendlichen zugrunde legen, die zwischen Frühjahr 1952 und Ende 1954 in die Bundesrepublik einwanderten. Jugendliche dieses Zeitabschnittes haben wir in unseren Erhebungen erfaßt. Die Zeit vor 1952 wird nur insoweit behandelt, wie es zum allgemeinen Verständnis notwendig ist. Dazu gehört auch die Gesetzgebung, die gerade in dieser Zeit feste Gestalt annimmt. Sie wird uns daher im 2. Zeitabschnitt nur noch sehr wenig beschäftigen.

In unseren Ausführungen werden wir auf manche Auffassungen, Eigenschaften und Verhaltensweisen der jugendlichen Zuwanderer stoßen, die ebenfalls bei einem nicht geringen Teil der einheimischen Jugendlichen anzutreffen sind. Das besondere Problem, das die jugendlichen Zuwanderer

stellen, liegt aber in dem Zusammentreffen all dieser Charakteristika. Aber auch unabhängig davon muss den jugendlichen Zuwanderern schon deswegen besonderes sozialpädagogisches Bemühen zugewandt werden, weil der Zonengrenzübertritt eine tiefe Cäsar in ihrem Leben darstellt. Ein neuer Lebensabschnitt beginnt. Damit ist die Chance für einen neuen Start gegeben. Sie muß genutzt werden.

Folgende weitere Einschränkungen (s.S. 1) gelten für die vorliegende Untersuchung:

1. Obwohl die Jugendlichkeit bei den Zuwanderern aus der SBZ im Sinne des Gesetzgebers bis zu 24 Jahren bzw. unter Umständen sogar bis zu 28 Jahren geht, ⁵⁾ ist in dieser Arbeit die Grenze bei 22 Jahren gezogen, d.h.: es sind in dieser Untersuchung nur Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren erfaßt. Wie aus unserer Anlage Nr. 3 (s.S. 133) zu ersehen ist, sind rd. 85% der jugendlichen Zuwanderer zur Zeit ihrer Zuwanderung in die BRP 16 bis 22 Jahre alt.

Die Beschränkung auf diese Altersgruppe ist notwendig, da sozialpädagogische Aussagen, die für die Eingliederung aller jugendlichen Zuwanderer zwischen 14 und 28 Jahren zutreffend sind, naturgemäss nur sehr allgemein sein können, andererseits ein gesondertes Eingehen auf jede Altersstufe dieser Jugendlichen wegen des Umfanges der diesbezüglichen Untersuchungen die Möglichkeiten einer Dissertation übersteigt. Dabei sind wir uns bewußt, dass auch die Spannweite von 16 bis 22 Jahren noch weit gefaßt ist. Je kleiner der Altersunterschied der zu untersuchenden Jugendlichen ist, um so konkretere Feststellungen sind möglich. Daher liegt der Schwerpunkt unserer Untersuchungen bei den Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren. Das ist insofern sinnvoll, als diese Altersgruppe den weitaus größten Anteil an jugendlichen Zuwanderern stellt (etwa die Hälfte, s. Anlage Nr. 3 S. 133). Dort aber, wo die konkreten Aussagen es erforderlich machen,

nehmen wir in unseren Ausführungen besonderen Bezug auf die Jugendlichen zwischen 16 und 18 sowie zwischen 20 und 22 Jahren.

2. Nur arbeitsfähige Jugendliche sind in unserer Untersuchung eingeschlossen, die sogenannten "Sozialfälle", d.h. Kranke und schwererziehbare Jugendliche, sowie Oberschüler und Studenten aber sind ausgeschlossen.

3. Es ist auf die Verhältnisse im Lande Nordrhein-Westfalen(NRW) Bezug genommen und nur dort auf andere Länder übergegriffen worden, wo der Zusammenhang es erforderlich macht.

I. Die Zeit vor 1952.

1) Politische Fakten.

In dem Potsdamer Abkommen ist beschlossen worden, Deutschland während der Besetzungszeit als eine politische und wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Doch tritt schon sehr bald eine verschiedene Auffassung über die Behandlung des Deutschlandproblems unter den Alliierten auf. Am offenkundigsten wird das Unvermögen sich zu einigen, als Verhandlungen über eine schon lange fällige gemeinsame Währungsreform in allen 4 Besatzungsszonen scheiterten und Deutschland im Sommer 1948 mit zwei verschiedenen Währungsreformen beschert wurde. Diese Reformen ziehen eine politisch sich vertiefende Trennungswand nach sich. Von dieser Zeit an wird eine verschiedene politische und wirtschaftliche Entwicklung in West- und Mitteldeutschland immer deutlicher. Bislang hat das politische Leben in der Zone unter dem Motto der "antifaschistischen-demokratischen Ordnung" gestanden. Nun aber beginnt unter Gleichschaltung aller anderen Parteien praktisch eine Alleinherrschaft der SED. Die Gestaltung des öffentlichen Lebens nach dem Sowjetvorbild wird eingeleitet.

Die beiden Teile Deutschlands werden immer mehr in den Ost-West-Gegensatz hineingezogen. Die Blockade Berlins durch die Russen und die Gegenmaßnahmen der westlichen Alliierten demonstrieren die Intensivität des Kampfes, der von nun an von den Westmächten auf der einen Seite und von Rußland auf der anderen Seite um die Einbeziehung ganz Deutschlands in ihre jeweilige Interessensphäre geführt wird. Die Zusammenfassung der westdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland (14.8.1949) und die Proklamation der Sowjetzone zur Deutschen Demokratischen Republik (7.10.1949) sind weiterhin Kennzeichen dieses Kampfes.

Diese Entwicklung wirkt sich in einer sich steigenden Anzahl von Wanderern aus der Sowjetzone nach Westdeutschland aus. Bereits 1950 wurden in der BRP 1.555.000 frühere Einwohner der russisch besetzten Zone gezählt. ⁶⁾ Während zunächst für viele Zuwanderer Angst und seelische Not die Triebfeder zum Verlassen der Zone sind - es sei an die Deportationen zahlreicher Personengruppen in den ersten Nachkriegsjahren nach Rußland erinnert - werden schon bald andere durch materielle Not aus der Sowjetzone getrieben. Nach der Währungsreform treten neben den Motiven der Angst und der Not auf Grund des wirtschaftlichen Aufschwunges Westdeutschlands Nützlichkeitsbetrachtungen als Wandermotive auf. All diese Beweggründe lassen auch die Zahl der Jugendlichen, die ohne Eltern nach Westdeutschland übersiedeln, ständig anwachsen (s. Anlage Nr. 2 s.S. 132).

2) Geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer.

In der Zeit von der Kapitulation bis zur Währungsreform wird in allen deutschen Ländern ein großer Teil der Jugend in die Wirren der Nachkriegszeit, in denen Bindungen zerreißen und Ordnungen wanken, hineingezogen und von einer äußeren und inneren Heimatlosigkeit erfaßt.

Das Versagen der Erwachsenen in den Stunden der Not wirkt entmutigend. Die Erlebnisse in der Wehrmacht, in die diese jungen Menschen im unreifen Alter von 15, 16 und 17 Jahren eingezogen worden sind, so wie später die Erlebnisse mit den Besatzungstruppen zerstören den Glauben an ein Ordnungsbild. Der Mächtigere bestimmt, was sein und nicht sein soll. Begriffe von Recht und Unrecht sind verwischt, eine klare Wertordnung aufgehoben. Die existenzielle Not, bedingt durch die Wirtschaftslage der Nachkriegszeit, trägt dazu bei, nur die Erfüllung der Bedürfnisse des Heute zu suchen und den Gedanken an ein Morgen zu verbannen. Diese angedeuteten Fakten lassen die Zahl der herumstreunenden Jugendlichen sehr stark empor-schnellen.

Die Probleme, die in dieser Zeit die Eingliederung allein-stehender jugendlicher Zuwanderer stellt, sind weitge-hend identisch mit denen bei der Eingliederung der herum-streunenden Jugendlichen. Das ändert sich nach der Wäh-rungsreform. Die Verhältnisse in Westdeutschland klären sich. Die Zahl der heimatlos herumstreunenden Jugendli-chen, die aus den westdeutschen Ländern stammen, nimmt rapide ab. Vor allem aber wird die Eingliederung der ju-gendlichen Zuwanderer deswegen zu einem sozialpädagogi-schen Sonderproblem, weil von nun an die Jugend in der Zone und die Jugend in Westdeutschland unter immer sich stärker abzeichnenden unterschiedlichen Bedingungen auf-wachsen. Die unterschiedliche geistige, politische und wirtschaftliche Entwicklung in West- und Mitteldeutsch-land, die die Menschen, insbesondere die jungen Menschen, hüben und drüben verschieden formt, erschwert das Ver-ständnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Dazu kommt, dass die meisten jugendlichen Zuwanderer nur unklare Vorstellungen von der Lage in Westdeutschland haben und daher mit ihrer Einwanderung in die Westzone falsche Erwartungen verknüpfen.

Aber nicht nur diese Fakten bestimmen in besonderer Weise die geistig-seelische Verfassung und Einstellung der

jugendlichen Zuwanderer, sondern als weiteres Moment muß ihr Herausgerissensein aus der Heimat beachtet werden. Dabei sind die Auswirkungen des Herausgerissenseins aus der Heimat auf die Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer im wesentlichen in jedem Zeitabschnitt unverändert, die Auswirkungen der unterschiedlichen Entwicklung in West- und Mitteldeutschland aber entsprechend der fortschreitenden Vergrößerung dieses Unterschiedes Veränderungen unterworfen.

a) Das Moment der Entwurzelung.

Während die Zonengrenzen, die nach dem Kriege kreuz und quer durch Deutschland gezogen worden sind, sich zwischen den 3 Westzonen im Laufe der Zeit immer mehr lockern, geschieht mit der Grenze, die die Sowjetzone von den Westzonen trennt, gerade das Gegenteil. Die Sowjetzonengrenze wird - bis auf kurze Unterbrechungen - immer dichter geschlossen. Diese starke Abschließung der Zone bedeutet für den jugendlichen Zuwanderer, daß er Familie und Heimat in einem anderen, sehr schwer wieder erreichbaren Lande zurücklassen muß. Dadurch ist für ihn der Tatbestand eines Herausgerissenseins aus Familie und Heimat gegeben, gleichgültig, ob es sich bei ihm um eine Flucht (Zwangs- und Notwanderung) oder um eine Pseudoflucht (Nutzwanderung) handelt, d.h.: das Gefühl der Geborgenheit und der Vertrautheit ist einem Gefühl der Fremdheit und Ungeborgenheit gewichen.

Busemann bezeichnet Familie, Heim und heimatliche Lebensumwelt als die natürlichen Wurzeln des jugendlichen Seelenlebens: ⁷⁾ Das aber besagt, dass ihr Verlust nicht nur die Zerstörung einer äußeren Ordnung bedeutet, sondern tief in das Seelenleben eingreift und die Gefahr in sich birgt, dass auch die innere Ordnung Mangel leidet, dass weitere Bindungen gelöst werden, dass das Leben in vielem fragwürdig wird.

Bei den jugendlichen Zuwanderern sind verschiedene Grade solcher Entwurzelung gegeben. Sie werden weitgehend da-

von bestimmt, ob noch innere Beziehungen zu Familie und heimatlicher Lebensumwelt bestehen und von welcher Intensivität diese sind. Dabei muß unter heimatlicher Lebensumwelt all das verstanden werden, was in der Heimat Beziehungen zu den Jugendlichen gehabt hat: Naturgegebenheiten und Bauten, Menschen und Tiere, Sitten und Gebräuche, Erinnerungen und Freuden, Vereine und Institutionen, Kirche und Gemeinde. Bei einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz Jugendlicher sind diese Beziehungen schon vor dem Verlassen der Zone nicht mehr gegeben. Gerade diese Tatsache macht es ihnen leicht, die Zone zu verlassen. Diese Jugendlichen sind gewissermassen schon drüben Entwurzelte gewesen. Bezeichnend ist, dass diejenigen Jugendlichen, die kein Familienleben kennengelernt haben oder deren Familienleben gering oder brüchig ist, und diejenigen, die nur wenige Beziehungen zu ihrer Umwelt gehabt haben (Heimatvertriebene), in verhältnismäßig hoher Zahl unter den Zuwanderern zu finden sind. 1949/50 waren 47,6 % der jugendlichen Zuwanderer Halb- bzw. Vollwaisen und 37,2% Heimatvertriebene (s. Anlage Nr. 1 S. 130). Der prozentuale Anteil dieser Jugendlichen aus zerstörten oder unvollkommenen Familien sowie der heimatvertriebenen Jugendlichen an der Gesamtzahl der jugendlichen Zuwanderer wächst immer dann, wenn die politische Lage so ist, daß der Flüchtlingsstrom aus der SBZ, absolut gesehen, abnimmt, d.h., diese Jugendlichen sind schon bei einem leichten Anstoß geneigt, ihre bisherige Umwelt zu verlassen. Wir werden hier auf eine Labilität und Unstetigkeit dieser Jugendlichen gestoßen. Labilität bedeutet Anfälligkeit gegenüber schädlichen Einflüssen. Unstetigkeit besagt Mangel an Ausdauer und Geduld. Eine gewisse Labilität und Unstetigkeit ist auch bei den übrigen jugendlichen Zuwanderern abgestuft nach dem Grad ihrer Entwurzelung - gegeben.

- b) Die Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Fakten auf die geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer.

Während die Auswirkungen einer unterschiedlichen geistigen Entwicklung in West- und Mitteldeutschland in dieser Zeit noch nicht in Erscheinung treten, sind die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen von großem Einfluss auf die Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer. In der Zone wird in weitgehendem Maße die Lebensgestaltung der Jugendlichen dirigiert und kommandiert (Junge Pioniere, FDJ usw.). Das politikfreie Privatleben wird immer mehr eingeengt. Eine Meinungsäußerung, die von der offiziellen Politik der sowjetzonalen Machthaber abweicht, kann gefährliche Folgen haben. Als rechtliche Grundlage wird zur Festsetzung eines diesbezüglichen strafbaren Tatbestandes die Direktive 38 des alliierten Kontrollrates vom 12.10.1946 herangezogen und einseitig interpretiert und später das "Gesetz zum Schutze des Friedens" vom 15.12.1950. Eine gesetzmässige Handhabung zur Arbeitsverpflichtung ist gegeben ⁸⁾ und wird genutzt. Wir verweisen auf die Dienstverpflichtungen zum Uranbergbau und zur Volkspolizei. Nach Utermann/Croon sind 1949/50 23,2 % der jugendlichen Zuwanderer aus dem Uranbergbau geflohen bzw. haben sich einer drohenden Dienstverpflichtung zum Uranbergbau durch die Flucht entzogen (s. Anlage Nr. 1 S. 130).

Die hier aufgezeichneten Tatsachen behindern die Jugendlichen in der Bildung einer eigenen Meinung, stehen der Erziehung zu einem Mannesmut im zivilen Leben (Zivilcourage) entgegen und hemmen die Entwicklung zur Eigeninitiative und Selbstverantwortung. Der total planende Staat nimmt alle Fäden in die Hand, die Initiative liegt weitgehend bei ihm.

Die so geprägten Jugendlichen verbinden mit ihrer Einwanderung nach Westdeutschland folgende Erwartungen. Sie erhoffen in Westdeutschland volle Freiheit, ohne überhaupt einen klaren Begriff von Freiheit zu haben. Ein grosser Teil von ihnen verbindet mit Freiheit die Vorstellung, tun und lassen zu können, was sie wollen. Sie ver-

stehen Freiheit als ein gänzlichcs Freisein von Bestimmungen, Ordnungen und Bindungen. Für nur wenige ist Freiheit eine Möglichkeit zur eigenen, verantwortungsvollen Lebensgestaltung.

Während in der BRP ein rapider wirtschaftlicher Aufschwung einsetzt, der in immer stärkerer Masse der Bevölkerung den Konsummarkt öffnet, erzielt die in der Sowjetzone geübte Wirtschaftspolitik im Verhältnis zur Lage vor der Währungsreform kaum eine günstigere Möglichkeit der Konsumgüterbeschaffung. So können auch nach der Währungsreform die jungen Menschen in der Zone kein rechtes Verhältnis zum Geld gewinnen. Auf die Marken, die einen Anspruch auf die notwendigen Konsumgüter verbürgen sollen, gibt es nur sehr wenig. Die Preise für diese Güter werden aber zwangsweise niedrig gehalten, die wenigen Konsumgüter für den einzelnen können in der Regel ohne Schwierigkeiten bezahlt werden. Eine rechte Auffassung vom Wert des Geldes hat man nicht. Das wird auch mit der Eröffnung der HO-Geschäfte nicht besser. Ihre Gründung stellt sich lediglich als Übernahme des Schwarzmarktes mit Schwarzmarktpreisen in die Hand des Staates dar ⁹⁾, so dass auch durch sie eine rechte Einsicht in den Wert des Geldes nicht vermittelt werden kann. Dessen falsche Einschätzung trägt zu einer um so grösseren falschen Hoffnung auf das wohllebende Westdeutschland bei. Der wirtschaftliche Aufschwung dort wird von den Jugendlichen einseitig gesehen. Man hat von den vollen Schaufenstern gehört, von der Möglichkeit, lang entbehrte Güter in Westdeutschland ohne Beschränkung kaufen zu können. Neben Lebensmitteln und Kleidern ist es besonders die in Westdeutschland fortgeschrittene Technisierung - vor allem die Motorisierung - , die fasziniert. Dass die Realisierung der Konsumwünsche für jeden einzelnen von der Höhe seines Einkommens abhängt und auch den Einwohnern der BRP die Erfüllung ihrer Wünsche sehr begrenzt ist, wird nicht gesehen. Enttäuschungen und Fehlentscheidungen bei der zweckmässigen Verwendung des

verdienten Geldes müssen sich bald nach der Zuwanderung der Jugendlichen bemerkbar machen. Dazu kommt erschwerend, dass sie durch die Handlungsweise weiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung zur masslosen Konsumgüterbefriedigung verleitet werden. Wir meinen nicht nur die den jugendlichen Zuwanderern unbekannten Werbemethoden und den Ratenkauf, sondern vor allem die Reaktion eines grossen Teiles der westdeutschen Bevölkerung, bei der Konsumgüterbeschaffung sich von Prestige Gründen leiten zu lassen. Soziologen prägten hierfür den Begriff "Geltungskonsum".¹⁰⁾ Max Scheler macht eine ähnliche kulturkritische Feststellung, wenn er von einer "grenzenlosen Pleonexie in allen tonangebenden Gruppen" spricht.¹¹⁾ Aber diese Haltung, die durch den entfesselten Ökonomismus der frühkapitalistischen Epoche ausgelöst wurde, ist inzwischen längst von der herrschenden "Elite" des Bürgertums in die breiten Volksschichten abgesunken.

Der Zustand der Entwurzelung, die überspannten Freiheits-erwartungen, die sich sehr leicht mit Erlebnishunger paaren, das Gefühl, gegenüber der einheimischen Jugend benachteiligt und zurückgesetzt zu sein, die Minderwertigkeitskomplexe auf Grund der Abhängigkeit von fremder Hilfe in der neuen Umgebung, das alles sind Fakten, die mehr oder weniger dazu beitragen, die jugendlichen Zuwanderer für das Prinzip des Geltungskonsums und des unvernünftigen Mehrhabenwollens anfällig zu machen.

Es dürfte aus unseren Darlegungen klar geworden sein, dass die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer bereits in diesem Zeitabschnitt eine Fülle sozialpädagogischer Aufgaben stellt. Sie seien im Folgenden zusammengefasst.

3) Sozialpädagogische Aufgaben bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer und der Versuch ihrer Lösung.

a) Sozialpädagogische Aufgaben.

Gleichgültig, ob es sich um Jugendliche handelt, denen

schon in der Zone die Geborgenheit der Familie, des Heimes und der heimatlichen Umwelt fehlt, oder ob sie erst durch das Verlassen der Zone aus dieser Geborgenheit gerissen werden, sie müssen hier in Westdeutschland das Gefühl von Vertrautheit und Geborgenheit finden, um dadurch die Symptome der Entwurzelung zu dämpfen oder sogar ganz aufzufangen. Ihnen muss geholfen werden, Verständnis für die Lebensweise und das Brauchtum der Menschen in ihrer neuen Umwelt zu gewinnen, damit sie sich ganz zugehörig zum neuen Lebenskreis wissen. Wenn dieses nicht erreicht wird, kommt in den Jugendlichen leicht das Gefühl des Zurückgesetztseins, der Verlassenheit und der Minderbehandlung auf. Eine Verbitterung gegen die Gesellschaft ist die Folge. Wo sich die Jugendlichen aber ausserhalb der Gesellschaft fühlen, liegt die Gefahr nahe, dass sie sich in Gegnerschaft zu ihr und zu ihrer Ordnung stellen. Das aber bedeutet ein Abgleiten zu dem Typ des gefährdeten oder verwahrlosten Jugendlichen. Andererseits darf die Geborgenheit nicht derart sein, dass sie die Eigeninitiative und die Selbstverantwortung der Jugendlichen hemmt. Im Gegenteil, die Jugendlichen müssen lernen, für sich selbst verantwortlich zu werden.

Sie müssen zu der Einsicht geführt werden, dass Freiheit nur da möglich ist, wo jeder die Rechte des anderen beachtet und Rücksicht auf ihn nimmt, dass Freiheit aber auch nur da gegeben ist, wo ihr Gebrauch von der Verantwortung gegen sich selber, gegenüber seinem Körper und seinem Geist, beherrscht wird. Die immanenten Grenzen der Freiheit, die sich aus der Natur des Menschen als individualen und sozialen Wesens und seiner Personenwürde ergeben, müssen anerkannt werden. Die Verantwortung zum rechten Gebrauch der Freiheit muss gesehen und bejaht werden.

Der rechte Gebrauch der Freiheit bezieht sich vor allem auf die Freizeitgestaltung der Jugendlichen. Eine Hin-

führung dahin muss berücksichtigen, dass eine gelenkte Freizeitgestaltung die Gefahr mit sich bringt, nur noch wenig von Freizeit erkennen zu lassen und den Eindruck eines Dienstes zu erwecken. Gerade das aber gilt es im Hinblick auf die gelenkte Freizeitgestaltung, die die Jugendlichen in der Zone erlebt haben, zu vermeiden. Die Einführung zur rechten Freizeitgestaltung darf somit nur in einer Hilfestellung bestehen; das Ziel muss die Freizeitgestaltung der Jugendlichen aus eigener Verantwortung sein.

Ebenso muss die Eigenverantwortung in Bezug auf die Befriedigung der Konsumwünsche wachgerufen werden. Der jugendliche Zuwanderer muss vertraut gemacht werden mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten und lernen, in Verantwortung für sich und seine Aufgaben sein Geld anzulegen. Dabei ist die Anregung zum Sparen sehr wertvoll und erzieherisch; denn Sparen heisst: für eine kürzere oder längere Zeit auf Ausgaben verzichten, die man sich leisten könnte. Hier ist also eine Gelegenheit zur Willensschulung gegeben.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob, wo und wie diese aufgezeichneten sozialpädagogischen Aufgaben in der Berichtszeit angefasst und gelöst worden sind.

b) Gesetze, Erlasse und Massnahmen zur Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer.

Die durch Kriegszerstörungen und den Strom von Heimatvertriebenen katastrophalen Wohnungsverhältnisse machen besondere Gesetze zur Aufnahme der Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone in die westdeutschen Länder notwendig. Der aufzunehmende Personenkreis muss möglichst klein gehalten werden. Der Erlass des Sozialministers des Landes NRW vom 4.3.1948, der in Übereinstimmung steht mit einer Vereinbarung der Länder britischer Zone in Braunschweig vom 6.2.1948, beschränkt daher diesen Personenkreis auf folgende Gruppen:

1. auf Personen, die zum Zwecke der Familienzusammenführung einreisen, 2. auf Personen, die auf Grund ihrer politischen Einstellung verfolgt werden, 3. auf alleinstehende Personen, deren Zuzug aus Gründen des Arbeits-einsatzes dringend erforderlich ist. Die Aufnahme unter diesen Bedingungen geschieht in den Hauptdurchgangslagern der Länder, in NRW in den Hauptdurchgangslagern Siegen, Warburg und Wipperfürth.

Der nach der Währungsreform durch die unterschiedliche Entwicklung in West- und Mitteldeutschland bedingte vergrößerte Strom von Flüchtlingen aus der SBZ macht eine straffere Ländervereinbarung über die Aufnahme und die Verteilung der Aufgenommenen auf die Länder notwendig. Denn einerseits fordern die Länder, die sich an die Grenze der Sowjetzone anschliessen, einen Ausgleich, da sie bislang die grösste Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen mußten, andererseits soll durch eine einheitliche Regelung erreicht werden, dass nicht, wie bisher, illegale Grenz-gänger nach Ablehnung der Aufnahme in einem Land in andere Länder wandern oder gar dahin abgeschoben werden können. ¹²⁾ Diese Ländervereinbarung wird erzielt in den "Ülzener Richtlinien" vom 11. Juli 1949. Es werden zwei Aufnahmelager bestimmt, Ülzen und Gießen, in denen je eine Prüfungskommission eingesetzt wird, die über die Aufnahmegenehmigung eines jeden Zuwanderers aus der russischen Zone entscheiden soll. Nach diesen Richtlinien sind Personen aufzunehmen, die auf Grund ihrer politischen Einstellung verfolgt worden sind, und Personen, denen auf Grund der Menschlichkeit ein Asylrecht anerkannt werden muss. Die Verteilung der Zuwanderer auf die Länder erfolgt nach einem aufgestellten Schlüssel, wobei die monatliche Gesamtquote für Aufzunehmenden auf 2840 festgelegt wird. Von dieser Quote sind diejenigen Personen, die zum Zwecke der Familienzusammenführung um Aufnahme nachsuchen, ausgenommen. Mit Erlass des Sozialministers des Landes NRW vom 22.8.1949 werden diese Richtlinien für das Land NRW rechtskräftig.

Die Gründung der BRP bringt eine neue Lage. Die politische Situation hat sich so geändert, dass eine weit grössere Anzahl von Zuwanderern aus der Zone zur Bundesrepublik kommt, von denen viele nicht unter die Aufnahmebedingungen fallen, die in den "Ülzener Richtlinien" niedergelegt sind, die man andererseits aber auch nicht in die Zone zurückschicken kann. So formuliert das Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 22.8.1950 die Aufnahmebedingungen wie folgt: "Diese besondere Erlaubnis darf Personen nicht verweigert werden, die wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben, für die persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen die ... Gebiete verlassen mußten". Schon am 21.7.1951 ist eine neue Fassung dieser Aufnahmebedingungen notwendig, wobei besonders der Satz Erwähnung verdient: "Wirtschaftliche Gründe allein begründen keinen Rechtsanspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis". Die Aufnahme dieses Gesetzes in den Gesetzestext ist nötig geworden, weil ein erheblicher Teil der Zuwanderer durch den wirtschaftlichen Aufschwung der BRP bzw. die wirtschaftliche schlechte Lage der SBZ veranlasst ist, die SBZ zu verlassen und in der BRP um Aufnahme zu bitten, die ihnen aber bei der beschränkten Aufnahme-fähigkeit der BRP nicht gewährt werden kann.

Grundsätzlich gelten die angeführten Bestimmungen auch für jugendliche Zuwanderer ¹³⁾, so dass also vor den "Ülzener Richtlinien" jeder Jugendliche den Weg durch die Hauptdurchgangslager der Länder zu gehen hat und nach der Annahme der "Ülzener Richtlinien" sich in den zentralen Auffangslagern Ülzen oder Gießen der Notaufnahmekommission zu stellen hat. Die besonderen sozialpädagogischen Verpflichtungen gegenüber diesen Jugendlichen werden nicht wahrgenommen. Das muss sich katastrophal auswirken. Da besondere Richtlinien für die Aufnahme von Jugendlichen nicht bestehen, werden die Aufnahmeanträge zahlreicher Jugendlicher abgelehnt. Andere Jugendliche wagen gar nicht, sich der Aufnahmekommission zu stellen.

Beide Fälle haben zur Folge, dass die Zahl der Jugendlichen, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung, ohne polizeiliche Anmeldung in den Großstädten und auf den Landstrassen herumtreibt, ständig anwächst. Für sie sind die "Nenndorfer Richtlinien" vom 5.11.1945 zuständig, die seinerzeit eine starke Aktivierung der Arbeit an der herumstreunenden Jugend bedeutet haben; aber der besonderen Lage der jugendliche Zuwanderer, wie sie seit der Währungsreform immer mehr in Erscheinung getreten ist, können sie nicht gerecht werden. Es ist aber auch nicht zu verantworten, die alleinstehenden Jugendlichen, die sich den gesetzlichen Aufnahmebestimmungen stellen, durch Lager zu schleusen, die Personen aller Altersschichten beherbergen, da die Jugendlichen während ihres Lageraufenthaltes eine besondere Betreuung benötigen.

Regierungsstellen des Landes Niedersachsen, in das als Land mit der längsten Zonengrenze die meisten jugendlichen Zuwanderer hereinströmen, ergreifen die Initiative, die Aufnahme der jugendlichen Zuwanderer in einen ordnungsgemässen und überschaubaren Ablauf zu bringen und so eine planmässige Einweisung der Jugendlichen in Arbeit und Unterkunft zu gewährleisten. Bereits im Juli 1948 hat der Regierungspräsident von Hannover das Lager Poggenhagen für seinen Regierungsbezirk zum Auffanglager für jugendliche Zuwanderer bestimmt. Bald gewinnt dieses Lager für ganz Niedersachsen Bedeutung, und seit Ende 1949 erfolgen Einweisungen durch die Jugend-, Sozial-, Flüchtlings- und Arbeitsämter der ganzen Bundesrepublik.

Eine gesetzliche Grundlage zur Aufnahme und Registrierung der Jugendlichen durch das Lager Poggenhagen ist zu dieser Zeit nicht gegeben. Es wird daher folgendermassen verfahren: Die Personalangaben der häufig ohne Ausweise ankommenden Jugendlichen werden durch Rückfrage, Personenfeststellungsverfahren u.ä. Massnahmen überprüft und gegebenenfalls Verbindungen mit Angehörigen oder früheren Arbeitgebern aufgenommen. Dann werden die Jugendlichen für einige Stunden in der Gemeinde Poggenhagen polizeilich angemeldet. Dieses Verfahren bietet die Voraussetzun-

gen für die Ausstellung des damaligen "Personalausweises für die britische Zone". Jetzt ist die Möglichkeit gegeben, die Jugendlichen in Arbeit und Unterkunft einzuweisen. Sie ziehen in den Ort ihres Arbeitsplatzes nicht mehr als SBZ-Flüchtlinge, sondern mit einer ordnungsgemäßen polizeilichen Abmeldung als bisherige Einwohner Poggenhagens. Dieses Verfahren widerspricht zwar nicht dem Wortlaut, wohl aber dem Sinn der polizeilichen Meldeordnung. Es wird aber von den Ländern, die Jugendliche aus Poggenhagen übernehmen, stillschweigend gebilligt.

Das Inkrafttreten des Bundesnotaufnahmegesetzes vom 22. 8. 1950 ändert nichts an dieser Verfahrensweise; im Gegenteil, die im Notaufnahmeverfahren im Lager Ülzen abgelehnten Jugendlichen werden nach Poggenhagen überstellt, damit ihnen dort in der beschriebenen Art und Weise weiter geholfen werden kann. Erst die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 11.6.1951 bestimmt die Poggenhagener Lagergruppe zu Nebenlagern des Lagers Ülzen - Bohldamm, legt den Kreis der Personen, der in den Nebenlagern unterzubringen ist, auf die "alleinstehenden Personen bis zum 24. Lebensjahr, bei besonderer Gefährdung bis zum 28. Lebensjahr" ⁵⁾ fest und regelt Fragen der Antragstellung auf Notaufnahme für Minderjährige. Damit sind die Voraussetzungen für die Tätigkeit von Notaufnahmeausschüssen in den Neben- (Jugend-) Lagern, für die Aufenthaltlegalisierung gemäss Notaufnahmegesetz und für ordnungsmässige Zuweisung der in Poggenhagen betreuten Jugendlichen an die Länder geschaffen.

Aber weder das Notaufnahmegesetz noch die Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes enthalten besondere Richtlinien für die Aufnahme von Jugendlichen in die BRP.

Auf der Ülzener Tagung der Landesflüchtlingsverwaltungen am 20.9.1951, die vom Bundesvertriebenenministerium einberufen worden ist, werden die Erfahrungen der Poggenhage-

ner Lagergruppe sowie der Länder mit eigenen Flüchtlings- (nur NRW) und Jugendhilfswerk-Gesetzen oder - Maßnahmen und der Landesarbeits- und Landesjugendämter ausgewertet. Hierbei wird festgestellt, dass der legale Aufenthalt der SBZ-Jugendlichen im Bundesgebiet eine zwingende Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung und meist auch für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen ist. Es werden Empfehlungen ausgearbeitet, die bezüglich der Notaufnahme Jugendlicher ihre Anwendung erfahren. Diese Empfehlungen haben folgenden Wortlaut: " Der Arbeitsausschuss ist der Auffassung, dass grundsätzlich vermieden werden soll, Jugendliche in die Illegalität zu drängen. Jugendliche sollen daher bei grosszügiger Anwendung der Aufnahmevoraussetzungen die Notaufnahme erhalten, sofern nicht besonders in ihrer Person liegende Gründe dagegen sprechen oder besondere politische Gründe eine Sonderbehandlung von Personengruppen bedingen. Der Ausschuss ist der Auffassung, dass bei Verheirateten unter 21 Jahren die Jugendlichkeit als Aufnahmegrund mit zu werten ist."

Weiterhin empfiehlt die Ülzener Tagung, jugendliche Zuwanderer unter 16 Jahren grundsätzlich nicht den Notaufnahmелagern zuzuführen, sondern sie auf Empfehlung der Jugendämter fernzuregistrieren. Die Möglichkeit einer Fernregistrierung soll ebenfalls den jugendlichen Zuwanderern vom 16. bis zum 21. Lebensjahr auf Antrag eines Jugendamtes oder einer Landesflüchtlingsverwaltung gegeben sein. 14)

Diese grosszügigen Aufnahmegrundsätze für Jugendliche sind seit ihrer Empfehlung auf der Ülzener Tagung angewandt und nicht mehr verändert worden (s.S. 114).

Durch die Handhabung der Aufnahme jugendlicher Zuwanderer im Lager Poggenhagen wird die Zahl der illegal in Westdeutschland lebenden Zuwanderer sehr stark verkleinert; damit werden für viele Jugendliche die Gefahren

beseitigt, die mit einem illegalen Aufenthalt verbunden sind. Ausserdem wird so eine Ausgangsbasis geschaffen, die Eingliederung der Jugendlichen im Sinne der anstehenden sozialpädagogischen Aufgaben planvoll zu gestalten. Der weitere Verlauf der Eingliederung verläuft jedoch nicht im Sinne der sozialpädagogischen Forderungen. Die Schuld liegt nicht bei der Lagerleitung, sondern weitgehend an den damaligen Umständen, an der Arbeits- und Wohnungslage.

Eine Übersicht über die Arbeitsvermittlung verdeutlicht, wie schematisch in dieser Zeit gearbeitet wird und wie wenig von einer individuellen Berufsvermittlung in diesem Zeitabschnitt gesprochen werden kann.

Übersicht über die direkte Arbeitsvermittlung aus der Lagergruppe Poggenhagen. (Diese Angaben sind den Unterlagen der Lagerleitung des Jugendnebenlagers Sandbostel entnommen.)

	Ruhrbergbau	Landwirtschaft	sonstige Berufe
1948	370 (28 %)	759 (56 %)	223 (16 %)
1949	1 270 (10 %)	8 427 (75 %)	1 640 (15 %)
1950	1 294 (11 %)	8 210 (69 %)	2 357 (20 %)
1951	1 621 (12 %)	7 837 (58 %)	4 054 (30 %)
Summe:	4 756 (12 %)	26 110 (65,7 %)	8 856 (22,3 %)

Diese Übersicht umfasst die männliche und weibliche Jugend. Sie kann nicht getrennt gegeben werden. Die weibliche Jugend, die in diesem Zeitabschnitt zu einem hohen Prozentsatz in die Hauswirtschaft geschickt wird, steht in dieser Übersicht weitgehend unter "sonstige Berufe". Dadurch verschiebt sich die prozentuale Aufteilung der männlichen Jugendlichen noch mehr zugunsten des Bergbaues und der Landwirtschaft. Das wird deutlich an der Aufgliederung der Arbeitsvermittlung für das Jahr 1951, die für männliche Jugendliche allein angegeben werden kann. Es werden 1951 vermittelt: in den Bergbau 14,8 %, in die Landwirtschaft 75,5 %, in sonstige Berufe 9,7 %.

Wenn somit in dieser Zeit über 90 % der jugendlichen Zuwanderer in Landwirtschaft und Bergbau eingewiesen werden, muss angenommen werden, dass ein hoher Prozentsatz von ihnen an einem Arbeitsplatz steht, der nicht ihrer Veranlagung und ihren Neigungen entspricht. Das muss zur Steigerung ihrer Labilität und Unbeständigkeit führen.

Neben der direkten Arbeitsvermittlung an diese Jugendlichen steht ein kleinerer Prozentsatz von Verwandtensammenführung sowie Einweisung in eine Heimstätte mit Gemeinschaftsdienst.

60 % der Arbeitsvermittlungen aus dem Lager Poggenhagen erfolgen nach Nordrhein-Westfalen. Dazu kommt ein hoher Prozentsatz der Jugendlichen, die in die Landwirtschaft Niedersachsens eingewiesen worden sind, ihren Arbeitsplatz aber verlassen haben und nach NRW eingewandert sind in der Hoffnung, in dem industriereichsten Lande Westdeutschlands eine geeignete Arbeitsstelle zu finden. Von gleicher Hoffnung getrieben, sind andere jugendliche Zuwanderer direkt, ohne Berührung der Lagergruppe Poggenhagen aus der Zone durch Niedersachsen nach NRW eingewandert.

Tatsächlich sind zu dieser Zeit die Arbeitsverhältnisse in NRW bedeutend besser als in anderen Ländern. ¹⁵⁾ Andererseits aber erschwert die Wohnungslage ein Seßhaftwerden der in das Land NRW einströmenden Jugendlichen. Unter diesen Umständen wächst in NRW der Anteil an jugendlichen Zuwanderern unter der Zahl der heimatlos herumwandernden Jugendlichen. Daher gewinnt der Erlass des Sozialministers vom 28.11.1948 " zur Erfassung, Seßhaftmachung, Beheimatung und Wiedereingliederung der heimat- und ziellos wandernden Jugendlichen unter 21 Jahren " vor allem Bedeutung für Jugendliche aus der Zone. Man kann diesen Erlass als Fortführung der "Nenndorfer Richtlinien" betrachten (s.S. 18).

Dieser Erlass vom 28.11.1948 und seine Ergänzung vom 9.11.1949 sehen ein ausreichendes Netz folgender Einrichtungen

vor: 1. Auffangheime (Vorasyale), die der Erstunterbringung und Sichtung der Jugendlichen dienen sollen. 2. Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst für Jugendliche, deren Unterbringung bei Angehörigen oder in einem Wohnheim aus erzieherischen oder anderen Gründen noch nicht möglich oder tunlich erscheint. Der Jugendliche soll so lange in der Heimstätte bleiben, bis er sich innerlich gefestigt hat, so dass eine Bewährung im freien Berufsleben erhofft werden kann. 3. Wohnheime für Jugendliche, die die innere Festigung und Reife zur Erlernung eines Berufes oder ein Dauerarbeitsverhältnis im freien Berufsleben gewonnen haben.

Die Bedeutung dieser Erlasse liegt darin, dass sie Grundzüge zur systematischen Betreuung aller ziellos einherwandernden männlichen Jugendlichen aufstellen. Sie wollen erreichen, dass alle herumstreunenden Jugendlichen erfasst werden. Die Jugendlichen sollen aber nicht nur von der Straße gebracht werden, sondern auch gemeinschafts- und berufsfähig werden. Ihnen soll die Möglichkeit geboten werden, gewissermassen von einer Einrichtungsart zur anderen aufzusteigen (Vorasyal, Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst, Jugendwohnheime), um am Schluß ganz auf sich selbst gestellt, ihr Leben meistern zu können.

Inwieweit das Anliegen der Erlasse in der Praxis erfüllt worden ist, wollen wir im Folgenden untersuchen. Dabei behandeln wir die sozialpädagogische Bedeutung der Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst, die auch Jugendgemeinschaftswerke genannt werden, in einem besonderen Kapitel, da ihnen im besonderen Masse die sozialpädagogischen Aufgaben bei der Seßhaftmachung der herumstreunenden Jugendlichen zufallen. Diese Einrichtungen sollen den Jugendlichen helfen, Sinn und Ordnung des Lebens neu zu finden und wieder gemeinschafts- und berufsfähig zu werden. Es ist selbstverständlich, dass wir entsprechend dem Thema unserer Arbeit das Schwergewicht unserer Untersuchung weniger auf die Bedeutung der Heimstätten für die Eingliederung der herumstreunenden Jugendlichen im allgemei-

nen, sondern vielmehr für die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer im besonderen legen; zumal die Anzahl der jugendlichen Zuwanderer, die in Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst eingewiesen werden, immer mehr wächst. Während es zunächst nur solche jugendlichen Zuwanderer sind, die unter die herumstreunende Jugend geraten sind, nimmt schon bald stetig die Zahl jugendlicher Zuwanderer zu, die direkt von den Aufnahmelagern in diese Heimstätten geschickt werden. Wenn die Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst dem entsprechen, was der Erlass vom 28.11. 1948 über sie ausführt, so sind sie in der Tat geeignet, sozialpädagogische Aufgaben bei der Eingliederung jugendlicher Zuwanderer zu erfüllen. Der Erlass gibt diesen Heimstätten eine Zwischenstellung zu den Jugendwohnheimen und den Fürsorgeerziehungsheimen ¹⁶⁾. Diese Zwischenstellung entspricht dem Typ des "Entwurzelten", dem wir die jugendlichen Zuwanderer in gradueller Abstufung zugeordnet haben.

Bevor wir uns der Untersuchung über die sozialpädagogische Bedeutung der Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst zuwenden, wollen wir feststellen, inwieweit die äusseren Umstände der damaligen Zeit das Gelingen der zur Diskussion stehenden Erlasse gestatten. Da die Vorasyle und Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst nur als Durchgangsstationen auf dem Wege zur Wiedereingliederung dieser Jugendlichen in Beruf und Gemeinschaft, auf dem Wege zur Selbsthaftmachung gedacht sind, hängt der gewünschte Erfolg dieser Erlasse von den Möglichkeiten ab, die Jugendlichen nach dem Durchlauf dieser Stationen in Arbeit und Wohnung vermitteln zu können. Die Wohnungslage ist katastrophal. Der Bau von Jugendwohnheimen läuft nur sehr langsam an. Die 1300 Plätze in 35 Jugendwohnheimen (ohne Heime des Bergbaues), die es Ende 1948 in NRW gibt, ¹⁷⁾ können den grossen Bedarf an Heimplätzen, der nicht nur bei der Flüchtlingsjugend, sondern auch bei einer grossen Zahl von einheimischen Jugendlichen besteht, nicht decken. Erst recht besteht wenig Aussicht, für diese Jugendlichen nach dem Verlassen der Heimstätten mit Gemeinschafts-

dienst Unterkünfte unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten zu finden. Das aber ist zur weiteren inneren Festigung der Jugendlichen notwendig. Ein Verzicht auf weitere innere Festigung bedeutet aber nicht Stillstand sondern Rückfall. So wird der Erfolg dieser Erlasse durch die Schwierigkeit der Unterbringung sehr in Frage gestellt.

c) Sozialpädagogische Bedeutung der Jugendgemeinschaftswerke.

Das Entstehen der Jugendgemeinschaftswerke stellt ein typisches Beispiel für den überragenden Wert der Privatinitiative auf dem Gebiet der Jugendpflege und der Jugendfürsorge dar. Wenige Persönlichkeiten wagen es, sich kurz nach Beendigung des Krieges dem Elend der heimatlos herumwandernden Jugendlichen energievoll und tatkräftig entgegenzustemmen.¹⁸⁾ Sie sammeln diese Jugendlichen von den Strassen, beziehen mit ihnen zerstörte, verlassene und ausgeplünderte Häuser und Heime, bauen diese in Gemeinschaftsarbeit auf und richten sie immer wohnlicher ein. Der Leistungswille der Jugendlichen wird durch den sichtbaren Erfolg ihrer Arbeit, der ihnen selbst offenkundig zugute kommt, angesprochen. Ausserhalb der so entstehenden Heimstätte werden Gemeinschaftsarbeiten angenommen - Rodungen, Aufforstungen, Brennholzbeschaffung, landwirtschaftliche Arbeit usw. - , die allen Mitgliedern der Gemeinschaft den Lebensunterhalt und weitere Mittel zur Ausgestaltung der Heimstätte bringen sollen. Während zunächst für diese Einrichtungen zum Anfang und zur Sesshaftmachung der heimatlos herumwandernden Jugend der Name Jugendgemeinschaftswerke gebräuchlich ist, bürgert sich seit der Währungsreform in NRW daneben der Name Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst ein.

Von den Initiatoren dieser Gemeinschaftswerke werden starke seelische Kräfte verlangt; denn es handelt sich nicht um Jungen, die aus idealistischem Schwung an die

Arbeit gehen, sondern um solche, die sich daran gewöhnt haben, in den Strassen und an den Bahnhöfen herumzulungern und von Schwarzmarktgeschäften zu leben. Diese Jungen müssen immer von neuem wieder angesprochen werden, bis endlich der Bann gebrochen ist und Freude an der Selbsthilfe empfunden wird. Die Gemeinschaft von Schicksalsgenossen, in der ein jeder seine Pflicht tun muss, wenn das Werk gelingen soll, trägt wesentlich zur Anerkennung der Selbsthilfe und der Selbstverantwortung bei. Von besonderer Bedeutung ist die aktive Mitarbeit des Initiators und Erziehers am gemeinsamen Werk. Je mehr nach und nach die Miterbauer der Heimstätte aus der Gemeinschaft austreten und durch andere Jugendliche ersetzt werden, um so mehr verflüchtet sich der Gemeinschaftsgeist, in dem das Werk entstanden ist. Der Schwung des Aufbaues, der die Jugendlichen mitgerissen hat, erlahmt zugunsten eines Bürokratismus, der äusserlich darin zum Ausdruck kommt, dass der Erzieher nicht mehr als Kamerad unter Kameraden sichtbar am Aufbauwerk mitarbeitet, sondern im Bürozimmer den Jugendlichen als Heimstättenleiter gegenüber sitzt. Die ausschliessliche Gemeinschaftsarbeit ausserhalb der Heimstätte wird mehr und mehr als erzwungene Arbeit zum Nutzen der Heimstätte angesehen, zu der man selbst aber keinen persönlichen Bezug mehr hat. Die Jungen sprechen nicht mehr von "unserem Heim", sondern sehen die Heimstätte nur noch als Übergangsaufenthaltsort an, durch den man geschleust werden muss wie schon durch viele andere Einrichtungen. Von einem Aufruf zur Eigenverantwortung und zur Selbsthilfe kann nicht mehr die Rede sein. 19) Der jugendliche Zuwanderer ist in der Heimstätte mit Gemeinschaftsdienst so gut wie ausschliesslich auf die Heimstattleitung und auf seine Schicksalsgenossen in der Heimstätte bezogen. Berührungspunkte mit der einheimischen Bevölkerung ergeben sich nur sehr wenig. Eine Einführung in die neue Umwelt, in die fremde Lebenswelt und in neue Lebensverhältnisse trägt allzusehr theoretischen Charakter. Eine Orientierung am praktischen Leben fehlt.

Der aufgezeichnete Freiheitsbegriff der jugendlichen Zuwanderer und ihre Erwartungen besonders in wirtschaftlicher Hinsicht bewirken, dass sie darauf drängen, möglichst bald selbst über ihr Tun und Lassen bestimmen und an dem wirtschaftlichen Aufschwung der BRP teilnehmen zu können. Unter diesem Streben aus der Heimstätte heraus ist eine Gemeinschaftsbildung in der Heimstätte sehr erschwert. Das Interesse der Jugendlichen konzentriert sich auf eine baldige Vermittlung in eine Arbeitsstelle, die ihren Wünschen und Erwartungen entsprechen soll. In dem Masse, wie sich der Heimleiter für eine baldige Vermittlung einsetzt, wird seine Hilfsbereitschaft anerkannt und ein persönlicher Bezug zwischen ihm und den einzelnen Jugendlichen ermöglicht. Ohne diese sichtbare Hilfsbereitschaft bleiben Vorträge und Aussprachen über Probleme, die durch die andersartigen Gegebenheiten in Westdeutschland entstehen, ohne Resonanz. Eine fachliche Berufsertüchtigung erfolgt in den Heimstätten in NRW nicht. Sie bieten weder die Möglichkeit, eine Lehre anzufangen oder weiterzuführen, noch finden dort "beruferschliessende Förderungslehrgänge" statt (wie z.B. in Schleswig-Holstein) ²⁰⁾. Zusammenfassend muss über die Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst für diesen Zeitabschnitt gesagt werden:

1. Beziehungen zwischen den Heimleitern und den Jugendlichen werden hergestellt. Die Jugendlichen spüren menschliche Hilfe, die ihnen entgegengebracht wird. Dadurch wird die Gefahrenquelle der Verbitterung und Isolierung gedämpft.
2. Darüber hinaus gelingt es kaum, die Jugendlichen zur rechten Gemeinschafts- und Berufsfähigkeit zu führen, da die Erreichung dieses Zieles durch die Mentalität der Jugendlichen einerseits und durch die Konstitution der Heimstätten andererseits zu sehr erschwert wird.
3. Die Bedeutung der Heimstätten verlagert sich von einer Erziehungseinrichtung immer mehr zu einer Be-

obachtungs- und Sichtungsstelle, die es gestattet, eine individuelle Weiterleitung der Jugendlichen zu ermöglichen. Jedoch kann in diesem Zeitabschnitt nur in geringem Masse eine individuelle Weitervermittlung, die den Beobachtungsergebnissen entspricht, erfolgen, da es grosse Schwierigkeiten bereitet, einen geeigneten Arbeitsplatz in Verbindung mit einer Unterkunft, die den jeweiligen sozialpädagogischen Forderungen entspricht, aufzufinden.

d) Sozialpädagogische Stellungnahme zur Einweisung jugendlicher Zuwanderer in die Landwirtschaft.

Während es in diesem Zeitabschnitt in anderen Wirtschaftszweigen Schwierigkeiten bereitet, Arbeit und Wohnung bereitzustellen (s.S. 21), ist die Landwirtschaft in der Lage, beides zu bieten. Daher werden rd. 75% aller jugendlichen Zuwanderer zunächst in die Landwirtschaft eingewiesen.

Ausserdem spricht bei diesen Einweisungen die Zwangslage der Arbeitsämter eine Rolle, den grossen Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft zu decken, ²¹⁾ der nach der Währungsreform entstanden ist. ²²⁾ Mehrere Arbeitsämter des Landes NRW schicken daher seit 1949 ihren Referenten für landwirtschaftliche Fragen zum Anwerben von Arbeitskräften in das Jugendaufnahmeflager Poggenhagen, (nach Auflösung der Lagergruppe Poggenhagen in das Lager Sandbostel). Diese Praxis wird bis zum Frühjahr 1954 geübt. ²³⁾

Unabhängig von der Arbeits- und Wohnungslage interessiert uns, inwieweit bei dem Einsatz der jugendlichen Zuwanderer in der Landwirtschaft die sozialpädagogischen Aufgaben, die ihre Eingliederung stellt, angefasst und gelöst worden sind.

Vorausgeschickt sei: in der Landwirtschaft bestehen nur sehr wenige Möglichkeiten, eine Lebensstellung zu er-

reichen. Nicht umsonst sind über 45 % aller in der Landwirtschaft eingesetzten Arbeitskräfte - ohne sogenannte familieneigene Arbeitskräfte - unter 25 Jahren. 24)

Ältere Arbeitskräfte sehen sich in der Regel gezwungen, die Landwirtschaft zu verlassen und einen anderen Beruf zu ergreifen, wenn sie eine Familie gründen wollen. Das bedeutet, dass der Einsatz der jugendlichen Zuwanderer nicht nur infolge anderer Neigungen und Berufswünsche, sondern auch infolge der heutigen Struktur in der Landwirtschaft nur zeitlich begrenzt sein kann.

Es drängen sich folgende sozialpädagogische Vorteile bei der Einweisung jugendlicher Zuwanderer in die Landwirtschaft auf: Diese Jugendlichen brauchen das Gefühl der Geborgenheit (s.S. 14). Ein grosser Prozentsatz von ihnen hat kein Familienleben oder nur ein ganz unvollkommenes oder gestörtes kennengelernt (s.S. 10). Mehr noch als für andere junge Menschen hat deshalb für sie die Unterkunft in einer Familie als die naturgegebene Lebens- und Erziehungsgemeinschaft hervorragende Bedeutung. 25)

Der Einsatz in der Landwirtschaft bringt die Aufnahme in eine Familie. Diese Aufnahme bedeutet nicht nur ein Zusammenleben mit der bäuerlichen Familie unter einem Dach, sondern durch die auf dem Lande notwendige Einheit von Haushalt und Betrieb wird eine enge Verbindung zwischen den Arbeitnehmern und der Familie des Betriebsinhabers geschaffen. Dazu bietet die patriarchalische Familienverfassung, die in bäuerlichen Familien - wenn auch abgeschwächt gegenüber früheren Zeiten - noch weitgehend verwirklicht ist, 26) die Möglichkeit, die naturgegebene Tatsache der väterlichen Autorität und des stillen, liebevollen, mütterlichen Sorgens kennenzulernen. Familienleben, Autorität und Liebe aber dürften die rechte Antwort auf die Entwurzelung der Jungen, ihren falschen Freiheitsbegriff und ihre Isoliertheit und Einsamkeit sein.

Die Pflege der Tradition, des Brauchtums, des Heimatgedanken, die Stetigkeit des Lebensablaufes, das meist im Religiösen verankerte Vertrauen in die Zukunft, der Wille,

den Kampf mit den Widerwärtigkeiten des Lebens aufzunehmen, die Beständigkeit, die Ruhe und die Ausgeglichenheit des Bauern, das alles sind Fakten, deren Einfluss auf un-
stet und ziellos herumtreibende **Jungen** sehr wertvoll ist und ihnen helfen kann, ihrem Leben wieder Klarheit und Richtung zu geben. Demgegenüber steht die Unrast des Großstadtbetriebes, die Gesichtslosigkeit unserer Städte mit ihren mannigfaltigen Verlockungen, den Vergnügungen nachzugehen, die Einsamkeit und innere Kontaktlosigkeit der Großstadtjugend, die in Rudelform auftritt und doch nur flüchtig verbundene Einzelgänger darstellt. 27)

Diese Überlegungen sprechen eindeutig für die Einweisung der jugendlichen Zuwanderer in die Landwirtschaft. Nicht hastig, überstürzt, sondern in Ruhe und Besonnenheit kann von hier aus abgetastet werden, welche Gestaltung dem weiteren Leben gegeben werden soll, wo ein erstrebter Arbeitsplatz zu finden ist oder welche Möglichkeit für eine evtl. gewünschte weitere Berufsausbildung besteht.

Da in der Landwirtschaft nur ein Teil des Arbeitslohnes ausgezahlt, während der andere Teil für Ernährung und Wohnung einbehalten wird (das landwirtschaftliche Arbeitsverhältnis ist " Gesindeverhältnis "), wird der Beginn eines neuen Lebens bei völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen (s.S. 12 f) dieser Jugendlichen sehr erleichtert. Ausserdem vermag die sprichwörtliche Besonnenheit der Bauern in Geldausgaben dem **jungen Menschen** den Wert des Geldes zu demonstrieren.

Diesen möglichen Vorteilen stehen gewichtige Nachteile gegenüber:

Die Bodenständigkeit des Bauern, seine tiefe Verwurzelung in heimatlicher Tradition und Brauchtum, seine landsmannschaftliche Eigenart, die sich bis in den Küchenzettel auswirkt, sein ausgeprägter Dialekt oder seine besondere Sprache (Plattdeutsch) sind für den jugendlichen Zuwanderer fremd, unverständlich, ja oft töricht.

Andererseits kann man nicht ohne weiteres erwarten, dass der Bauer, dem sein Hof gewissermassen Mittelpunkt der Erde ist, tiefes Verständnis für die besondere Lage des Jugendlichen aufbringt. Der Bauer ist im allgemeinen allen Fremden gegenüber leicht mißtrauisch. Bei Mißverständnissen, gegenseitigem Nichtverstehen ist aber ein so persönliches Dienstverhältnis, wie es das Arbeitsverhältnis von Bauer und Landarbeiter darstellt, eher in Gefahr, Reibereien, Unbotmässigkeiten, Übervorteilungen und endgültige Zerwürfnisse hervorzurufen, als das bei anderen Lohnverhältnissen mit grösserem Abstand der Fall ist.

Die enge Verbundenheit mit der bäuerlichen Familie ist für diese jungen Menschen zwar gut, aber ihnen selbst ist sehr oft die Vermischung von Berufs- und Privatleben unerwünscht. Sie legt ihnen nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten auf, die als lästig und unangenehm empfunden werden.

Mit dieser Feststellung berühren wir die Frage der eigenen Einstellung der jugendlichen Zuwanderer zu ihrem Einsatz in der Landwirtschaft. Es ist wichtig, diese Einstellung kennenzulernen, da sie uns weitere Hinweise geben kann, ob vom sozialpädagogischen Standpunkt aus eine vorübersehende Einweisung jugendlicher Zuwanderer in die Landwirtschaft zu begrüssen oder abzulehnen ist. Wir fragen deswegen: Wie stehen die jugendlichen Zuwanderer dieses Zeitabschnittes selbst zu ihrer Einweisung in die Landwirtschaft? Selbstverständlich sind sie mit anderen Vorstellungen herübergekommen. Die meisten von ihnen haben gehofft, in einer industriereichen Großstadt einen neuen zukunftssträchtigen Lebensstart beginnen zu können. Ihr Freiheitsbegriff und ihre wirtschaftlichen Erwartungen sind auf das Leben in der Großstadt bezogen (s.S. 11 f). Viele von ihnen sind mit bestimmten Berufswünschen herübergekommen, zu denen sicher nur in wenigen Fällen die Landarbeit gehört. Trotzdem fügen sie sich der Notwendigkeit und akzeptieren die Einweisung in die Landwirtschaft als

vorläufige Lösung, vor allem, wenn der landwirtschaftliche Betrieb in der Nähe grösserer Städte oder Industriezentren liegt, die erhoffen lässt, bald eine andere Stelle zu finden. Dazu steht mancher Jugendliche noch unter dem Eindruck der zu dieser Zeit in der Zone herrschenden, sehr schlechten Ernährungslage und sieht unter diesem Gesichtspunkt in einem landwirtschaftlichen Einsatz zunächst Verlockendes. Im übrigen sind die Jungen von der Zone her gewöhnt, auf die amtlichen Stellen angewiesen zu sein und sich nach ihren Weisungen zu richten, zumal die Art der Anwerbung in den Aufnahmelaagern durch die Referenten der Arbeitsämter (s.S. 28) sie sehr leicht zu der Meinung verleitet, dass sie durch Antritt einer Arbeitsstelle in der Landwirtschaft die Gunst des Arbeitsamtes gewinnen und dadurch auf eine baldige gute andere Stelle rechnen können.

Sobald die Jugendlichen die landwirtschaftlichen Arbeitsbedingungen näher kennenlernen, wird ihre Einstellung zum Einsatz in der Landwirtschaft aber einer starken Belastung ausgesetzt. Das gilt besonders für diejenigen, die bislang ohne landwirtschaftliche Erfahrung sind. Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft ist lang und unregelmäßig. Es handelt sich " um ein Dienstverhältnis, bei dem der Arbeitnehmer zu nicht näher festgelegten wechselnden Arbeitsleistungen bei wechselnder täglicher Arbeitszeit zur Verfügung steht und praktisch auch an die stellvertretenden Weisungen der Ehefrau bzw. der übrigen erwachsenen Familienmitglieder des Arbeitgebers gebunden ist. " ²⁸⁾ Zu der so wie so schon schweren Landarbeit kommen die hohen Arbeitsanforderungen, die sehr viele Bauern an ihre Arbeitnehmer stellen. Der Bauer hängt sehr an seinem Hofe und opfert sich mit allen Kräften für die Erhaltung und Mehrung seines Besitzes. Dieselben Triebkräfte zur Arbeit um des Hofes willen setzt er auch bei seinen Angestellten voraus, ohne zu bedenken, dass sein Eifer für seinen Hof in gewisser Weise einem Besitzerstolz und einem Eigentumsegoismus

entspringt, Impulse, die er bei seinen Arbeitern nicht erwarten kann.

Die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sind durch die isolierte Lage der Bauernhöfe gering, sie werden durch die lange und unregelmäßige Arbeitszeit und durch die hohen Arbeitsanforderungen noch ungünstiger.

Die tägliche Kost ist gut und reichhaltig, aber nicht selten einseitig und eintönig. Die Unterbringung ist häufig primitiv und nicht zufriedenstellend.

Diese Punkte machen es verständlich, dass sich bei den Jugendlichen immer stärker der Wunsch verdichtet, möglichst bald die Landwirtschaft wieder verlassen zu können. Je länger diese Wartezeit dauert, um so unzufriedener werden sie. Dabei müssen wir die Abhängigkeit des Zeitbegriffes vom Alter berücksichtigen. Ein und dieselbe Zeit, die ein Junge und ein Erwachsener vor sich haben, ist für den Jungen eine ungleich längere Zeit als für den Erwachsenen. Das zu wissen, ist zum Verständnis der Ungeduld der Jugendlichen notwendig. Sie sehen ihre Hoffnungen und Wünsche, die sie mit ihrer Zuwanderung in die Westzonen verbunden haben, enttäuscht. Sie fühlen sich zurückgesetzt und glauben, ungerecht behandelt und ausgenutzt zu werden. Hiermit stoßen wir zum tieferen Kern ihrer Unzufriedenheit vor. Der Ausdruck " Bundesknecht " (d.h. Knecht der BRP), mit dem diese Jugendlichen sich zu bezeichnen pflegen, demonstriert sehr deutlich ihr Empfinden.

Wir wollen uns in Folgendem bemühen, ihr Gefühl der Zurücksetzung, der Ausnutzung und der Minderbehandlung noch besser zu verstehen. Die einheimische Jugend meidet die Landwirtschaft. Schon das allein ist ein Umstand, der den jugendlichen Zuwanderer bestimmen kann, sich als Lückenbüsser vorzukommen. Doch beachten wir weiter, welche Einschätzung die Landarbeit heute allgemein erfährt. Die Landarbeit, die nur geringe Qualifikationsansprüche stellt, ist ein Sammelbecken für Jugendliche

geworden, die für andere Berufe vermittlungsunfähig sind. Überspitzt und krass drückt G. Iosen das wie folgt aus: " Im Wettlauf um die Arbeitskraft obsiegt die industrielle Macht; sie räumt den ledigen Bestand der Landarbeit aus. Was bleibt, sind die Mindertauglichen, der Bodensatz an sittlichem und geistigem Vermögen." 29) Schelsky stellt fest, dass selbst unter den Arbeitslosen eine starke Abneigung gegen die Landwirtschaft vorliegt und sie oft den Zustand der Arbeitslosigkeit der Beschäftigung in der Landwirtschaft vorziehen. 30) " Es gilt bei ihr (der arbeitslosen Jugend) schon für ein Zeichen des Eingeständnisses mangelnder Fähigkeit, wenn man zu dieser Arbeit gezwungen ist." Die Folge ist, dass "heute häufig genug Unzulänglichkeiten des sozial normalen Status bereits als 'Qualifikation' für die Beschäftigung in der Landwirtschaft angesehen" werden und " man die sozial abgeglittenen, kriminellen Jugendlichen gern in die Landwirtschaft zur Bewährung abschiebt." 31) Wir erkennen aus diesen Ausführungen den sozialen Prestigeverlust der Landarbeit.

Die Minderbewertung des Landarbeiters kennzeichnet sich auch darin, dass selbst auf manchen Bauernhöfen eine stark ausgeprägte Klassifizierung des Verhältnisses zwischen den Angehörigen der Bauernfamilie und den auf ihrem Hof beschäftigten Arbeitnehmern festzustellen ist. Mancher Bauer will wohl die Vorteile, nicht aber die Pflichten des traditionellen patriarchalischen Arbeitsverhältnisses übernehmen. 32)

Die Bedeutung des sozialen Prestiges für den jungen Menschen darf nicht unterschätzt werden. Bei allem Streben nach möglichst hohem Verdienst ist doch das Aufstiegsstreben nicht so sehr an den Verdienstmöglichkeiten als vielmehr an dem gesellschaftlichen Ansehen der Berufe ausgerichtet. 33) Und dort, wo das Streben nach Geld im Vordergrund steht, herrscht die Ansicht, durch das Geld ein höheres soziales Ansehen gewinnen zu können

(s.Geltungskonsum). Die Landarbeit bringt aber weder als Beruf eine soziale Anerkennung, noch ist in ihr so viel Geld zu verdienen, dass dadurch die mindere berufliche Anerkennung kompensiert werden könnte. Gerade aber der jugendliche Zuwanderer ist stärker auf das soziale Prestige, das ihm die Umwelt zuerkennt, angewiesen, als der einheimische Jugendliche! Die Parallelerscheinung ist bei den Heimatvertriebenen festzustellen. 34)

Es dürfte aus unseren Ausführungen verständlich geworden sein, dass der jugendliche Zuwanderer aus der Landwirtschaft drängt, sich enttäuscht und zurückgesetzt fühlt, ungeduldig und unzufrieden ist. Unter diesen Bedingungen fallen die sozialpädagogischen Vorteile bei ihrem Einsatz in der Landwirtschaft, wie wir sie herausstellten, kaum noch ins Gewicht.

Wir müssen also zusammenfassend feststellen: Die Nachteile, die mit dem Einsatz dieser Jugendlichen in der Landwirtschaft verbunden sind, gehen weit über die Vorteile dieses Einsatzes hinaus. So ist der hohe Prozentsatz an Einweisungen in die Landwirtschaft vom sozialpädagogischen Standpunkt aus nicht zu verantworten. Da jedoch in diesem Zeitabschnitt die äusseren Umstände keine andere Möglichkeit erster Unterbringung offenlassen, sollte Folgendes getan werden:

1. Nicht jeder Jugendliche ist für die Landwirtschaft geeignet. Es gibt einen Typ der Großstadtjugend, dem es unmöglich ist, Verständnis für Brauchtum und Eigenart des Landlebens zu gewinnen. (Ein Berliner Junge, der in der Landwirtschaft eingesetzt war, erklärte uns, er sehne sich nach dem Quietschen der Straßenbahn und dem Kreischen der Autobremsen zurück und halte es auf dem Lande nicht aus.) Solche Jugendliche müssen unbedingt von einer Einweisung in die Landwirtschaft ausgeschlossen werden.

2. Soll das lebendige Heimatbewusstsein, das sich auf dem

Lande in Tradition und Brauchtum verkörpert, fruchtbringend - und nicht befremdend und abstossend - für den Jugendlichen sein, (s.S. 29f) so ist es notwendig, die landmannschaftliche Eigenart des Jugendlichen mit der des Einweisungsraumes abzustimmen. Die Charakteristika der Stämme dürfen nicht zu unterschiedlich sein, sondern müssen möglichst weitgehende Verwandtschaft oder sinnvolle Ergänzungen aufweisen.

Durch die Nachkriegsumstände hat sich eine Aufgliederung der Deutschen in West-, Mittel- und Ostdeutsche eingebürgert, die jeweils als eine Einheit mit gleichen Eigenarten aufgefasst werden. Es wird dabei übersehen, dass diese Einteilung sich auf willkürliche Grenzlinien bezieht und die eigentlichen Stammesverwandtschaften nicht zum Ausdruck bringt. Es wäre zu begrüssen, wenn eine Untersuchung über die Verwandtschaft der deutschen Stammeseigenarten und des landsmannschaftlich gebundenen Brauchtums im Hinblick auf die Eingliederung der Heimatvertriebenen und der Zuwanderer aus der Zone unternommen würde. Eine Vielzahl von Schriften, die dieses Gebiet berühren, aber nicht speziell behandeln, liegt vor. 35) Brauchtum und Tradition, Lebensweise und Lebensauffassung sind nicht nur aus der Stammeseigenart erwachsen, sondern auch beeinflusst durch die Religionszugehörigkeit. Die Dörfer, die nicht der Fluktuation ausgesetzt waren, unter deren Zeichen seit der Industrialisierung die Städte stehen, haben im grossen und ganzen ihren eindeutigen konfessionellen Charakter bewahrt. (Erstmalig der Flüchtlingsstrom nach dem 2. Weltkrieg brachte hier und dort eine Auflockerung) . Dazu kommt, dass in manchen Dörfern auch das Vereinsleben ausschliesslich konfessionellen Charakter hat und somit die Kontaktmöglichkeit über diesen Weg dem Jungen einer anderen Konfession erschwert wird. So bedarf auch die Religionszugehörigkeit bei der Einweisung in die Landwirtschaft besonderer Berücksichtigung.

3. Nicht jeder Bauernhof ist geeignet, einen Jugendlichen aus der Zone aufzunehmen. Eine Überprüfung der Bauernhöfe auf familiäre, wohnliche und arbeitsmässige Bedingungen durch das zuständige Jugendamt oder eine von ihm beauftragte Person oder einen dementsprechenden Verein ist Mindestforderung. Darüber hinaus ist es aber notwendig, den Bauern über die besondere Lage und Mentalität der Jugendlichen zu informieren und ihn zu veranlassen, sie in die Intimbindung der Familie einzubeziehen.

4. Ähnliche Hinweise wie beim Bauern sind beim zuständigen Pfarrer, bei einzelnen Persönlichkeiten sowie bei den Jugendgruppen des Dorfes notwendig, um sie zu veranlassen, sich der Jugendlichen in rechter Weise anzunehmen.

5. Vor allem aber muss den Jugendlichen, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden, von berufener Stelle (Jugendamt, Arbeitsamt, Flüchtlingsamt) in offener Aussprache dargelegt werden, warum zunächst ein Einsatz in der Landwirtschaft notwendig ist, welche Bedeutung und Vorteile bei rechter Auffassung sich auch für sie daraus ergeben können. Dazu müssen sie wissen, wie lange sie etwa mit ihrem Einsatz in der Landwirtschaft zu rechnen haben, und überzeugt sein, dass sie nicht vergessen sind, sondern die zuständigen Stellen sich für sie um eine Arbeitsstelle und eine Unterkunft bemühen, die ihrer Berufsausbildung, ihren Wünschen und ihren Neigungen entspricht.

Diese Punkte finden in diesem Zeitabschnitt in NRW nicht in einem Ausmasse Berücksichtigung, dass es erwähnenswert wäre; d.h., bei dem Einsatz der jugendlichen Zuwanderer in der Landwirtschaft werden nicht die sozialpädagogischen Aufgaben erfüllt, die die Eingliederung dieser Jugendlichen stellt. Dass die Nichtberücksichtigung der sozialpädagogischen Verpflichtungen gegenüber den jugendlichen Zuwanderern gleichzeitig auch ein arbeitsmarktpolitisches Fiasko bedeutet, beweist der kurze

Aufenthalt des weitaus grössten Teiles dieser Jungen in der Landwirtschaft, ihr oft plötzliches und unangemeldet Verschwinden vom Bauernhofe. Neue Gesichtspunkte ergeben sich für diesen Eingliederungsweg durch Zusammenfassung der Jungen zu einer Landgruppe, für die ein hauptamtlicher Betreuer eingesetzt wird (s.S. 119 f).

Zusammenfassend ist zu der Art der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer in diesem Zeitabschnitt festzustellen:

Es wird anerkannt, dass ein illegaler Aufenthalt der jugendlichen Zuwanderer in den Ländern der Westzone nicht zu verantworten ist. Daher werden die Bedingungen für die Aufnahme jugendlicher Zuwanderer aus der Zone in die westdeutschen Länder bzw. in die BRP viel weiter gefasst als die Aufnahmebedingungen für Erwachsene. Ebenfalls verdient die Schaffung von Jugendaufnahmelagern, in denen während der notwendigen Wartezeit bis zum Abschluss des Aufnahmeverfahrens die Jugendlichen betreut werden können, besondere Erwähnung. Doch werden die Jugendlichen nach der Legalisierung ihres Aufenthaltes weitgehend ihrem eigenen Schicksal überlassen.

Zwar braucht " kein Jugendlicher mehr zu hungern, in Lumpen herumzulaufen oder obdachlos zu sein ", ³⁶⁾ wie es in der Zeit vor der Währungsreform in unzähligen Fällen vorgekommen ist, aber von einer echten beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung der Jugendlichen kann nur bei einer Minderheit gesprochen werden. Der Eingliederungsweg über die Landwirtschaft, in die rd. 75 % der jugendlichen Zuwanderer eingewiesen werden, ist vom sozialpädagogischen Standpunkt aus nicht zu verantworten.

Ein geringer Anteil jugendlicher Zuwanderer wird durch die Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst geschleust, die als einzige Institution in diesem Zeitabschnitt eine spezielle sozialpädagogische Aufgabe an ihnen erfüllen. Doch sind sie nicht in der Lage, den sozialpädagogischen Forderungen, die sich aus dem Flüchtlings- bzw. Pseudo-

flüchtlingszustand (Entwurzelung aus Familien, Heim und heimatlicher Lebensumwelt) der Jugendlichen sowie aus den in vieler Hinsicht andersartigen Gegebenheiten in West- und Mitteldeutschland ergeben, gerecht zu werden. Eine individuelle Weiterleitung der Jugendlichen aus der Heimstätte in einen geeigneten Beruf und in eine passende Unterkunft scheitert an der Arbeitsmarkt- und Wohnungslage.

Als besonders nachteilig ist zu verzeichnen, dass sich keine Stelle der in Arbeit vermittelten jugendlichen Zuwanderer unter spezieller Berücksichtigung ihrer besonderen Lage annimmt. Das aber ist in dieser Zeit um so notwendiger, als es nicht möglich ist, die Unterkünfte und die Familien, in die die Jugendlichen eingewiesen werden, speziell unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten auszusuchen.

II. Die Zeit nach dem Frühjahr 1952.

1) Politische Fakten.

Am 22. 5. 1952 wird in Paris der "Vertrag über die Errichtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) paraphiert. Diese Tatsache wird in der SBZ zum Anlass genommen, für das Weiterbestehen der Spaltung Deutschlands die westdeutsche Regierung und die Westmächte verantwortlich zu machen und zugleich eine verstärkte Sowjetisierung der eigenen Zone zu rechtfertigen.

Ausserlich verdeutlicht die Sowjetzonenregierung die Vertiefung der Spaltung durch Zonensperrmassnahmen. Die Sperrzone umfasst " einen 10 m breiten Kontrollstreifen unmittelbar an der Demarkationslinie, anschliessend einen etwa 500 m breiten Schutzstreifen und dann eine etwa 5 km breite Sperrzone". Es heisst im Gesetzeserlass der DDR: " Das Überschreiten des 10 m-Kontrollstreifens ist für alle Personen verboten. Personen, die versuchen, den Kontrollstreifen in Richtung der DDR oder Westdeutschland zu überschreiten, werden von den Grenzstreifen festgenommen. Bei Nichtbefolgung der Anordnung wird von der Waffe Gebrauch gemacht." ³⁷⁾ Ein illegaler Grenzübertritt wird durch diesen Sperrgürtel sehr erschwert bzw. unmöglich gemacht. Um so mehr wird von nun an Westberlin Sammelpunkt für diejenigen, die sich aus der Zone absetzen wollen. Zwar werden auch in Berlin Sperrmassnahmen durchgeführt, die aber in der Stadt leichter zu überwinden sind als in dem stark kontrollierten Gelände an der Zonengrenze. Während im 2. Halbjahr 1951 in Westberlin 34 553 Flüchtlinge gezählt werden, sind es im 2. Halbjahr 1952 76 523. ³⁸⁾ Der Zustrom steigt vom Frühjahr 1952 bis zum Herbst 1953 ständig an, fällt anschliessend bis zum Sommer 1954, um dann langsam wieder anzusteigen (s. Anlage Nr. 2 S.132). Ein starkes Motiv der Abwanderung aus der Zone ist in dieser Zeit die Angst, daß nach der Ratifizierung der Verträge

die Trennung zwischen West- und Mitteldeutschland noch tiefer und ein Übersiedeln in die BRP gänzlich unterbunden werden könnte. Die lange Zeit zwischen Paraphierung und Ratifizierung der Verträge bewirkt ein langes Anhalten dieser Angst, die zeitweise zu einer Panikstimmung anschwellt.

Aber nicht nur die stärkere äusserliche Trennung durch Sperrmassnahmen rechtfertigt den Glauben an eine immer tiefere Spaltung. Hand in Hand mit den Sperrmassnahmen setzt eine verstärkte Sowjetisierung der Zone ein. Auf der II. Parteikonferenz der SED (Vom 9. - 12.7.1952) proklamiert Walter Ulbricht den "Aufbau des Sozialismus". Diese dritte Phase der Neuordnung der Gesellschaft, in die durch diese Proklamation die SED eintritt, soll den Abschluss der Sowjetisierung der Zone bringen. Der Beschluss der II. Parteikonferenz sagt: " Die politischen und ökonomischen Bedingungen sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse sind soweit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist." ³⁹⁾ Der sogenannte "Neue Kurs ", der Juni 1953 verkündet wird, kann nicht als der Beginn einer grundsätzlich neuen Phase, sondern nur als zeitweilige Unterbrechung der dritten Phase angesehen werden. Doch wirkt sich dieser " Neue Kurs " sowohl in einer quantitativen als auch in einer qualitativen Änderung des Zuwandererstromes der Jugendlichen aus. Die Einzelheiten der verstärkten Sowjetisierung in der dritten Phase mögen den "Bonner Berichten aus Mittel- und Ostdeutschland entnommen werden. ⁴⁰⁾

Das Anschwellen des Zustromes Jugendlicher aus der SBZ ist aber noch zusätzlich durch folgende Fakten bestimmt: Die Volkspolizei wird weiter ausgebaut. Auf dem IV. Parlament der FDJ in Leipzig beschliesst man: " Der Dienst für die deutsche Volkspolizei ist für die Mitglieder der FDJ Ehrendienst". ⁴¹⁾ Durch Regierungsverordnung

vom 7.8.1952 wird die "Gesellschaft für Sport und Technik" zur vormilitärischen Schulung beider Geschlechter vom 14. Lebensjahr an gegründet. ⁴²⁾

Nach der Verordnung vom 24.7.1952 wird eine dem Arbeitsdienst ähnliche Organisation "Dienst für Deutschland" geschaffen, in der die Jugendlichen nach Abschluss der Lehre "freiwillig" Wiederaufbaudienst leisten sollen. ⁴³⁾

Nicht nur die äusseren Fakten, die die Flüchtlingszahlen im Hinblick auf eine Entvölkerung der Zone beängstigend ansteigen lassen, berechtigen uns dazu, mit dem Frühjahr 1952 einen neuen Abschnitt anzusetzen, sondern auch der immer mehr sich abzeichnender Unterschied der geistig-seelischen Verfassung der Jugendlichen in der Zone zu derjenigen der Jugendlichen in der BRP. Liegt bislang der Unterschied lediglich in den verschiedenen politischen (Zwang-Freiheit) und wirtschaftlichen (totale Planwirtschaft - soziale Marktwirtschaft) Lebensverhältnissen begründet, so treten von nun an ideologische Unterschiede stärker in den Vordergrund. Die Beeinflussung durch Organisationen (Pioniere, FDJ usw.), Schule und "Förderung der Jugend" ⁴⁴⁾ machen sich jetzt bemerkbar, da die Jugend, die durch die Kriegs- und Nachkriegserlebnisse noch dem Ressentiment gegen die russische Besatzungsmacht verhaftet ist, abgetreten ist und der Einfluss der älteren Menschen, die infolge eigener Erfahrungen und Vergleichsmöglichkeiten kritisch dem neuen System gegenüberstehen, nachlässt. Auf die Jugend, die jetzt heranwächst, setzen die Machthaber der Sowjetzone ihre Hoffnung. Sie gilt es zu gewinnen (s. Ziel der Pädagogik in der Sowjetzone, S. 46 ff). Ihr wird demonstriert, dass sie ernst genommen wird. Man ebnet ihr den Weg zu einer Ausbildung. Das Studium auf Oberschulen, Fachschulen und Universitäten wird durch Stipendien unterstützt. Am Arbeitsplatz erhält der Jugendliche für gleiche Arbeit gleichen Lohn mit seinen älteren Berufskollegen. Der Jugend werden hohe verantwortungsvolle Posten an-

vertraut. Die Zahl derjenigen Jugendlichen, die ganz in der kommunistischen Weltanschauung aufgeht, wächst von Tag zu Tag.

Natürlich weiss die Jugend, dass sie für die Anerkennung ihrer Bedeutung und die Inanspruchnahme ihrer Förderungen politische Zusagen machen und politische Anforderungen erfüllen muss. Dieser auferlegte Zwang wird von der Jugend - graduell abgestuft nach ihrer Bindung an die bolschewistische Weltanschauung und ihrer daraus gefolgerten Einsicht in die Notwendigkeit dieses Zwanges - empfunden. Das Gefühl für diesen Zwang und ein vielleicht inneres Auflehnen dagegen bedeutet aber ebenso wenig eine klare Absage an die Lehre der marxistisch-leninistischen Weltanschauung wie das Verlassen der Zone.

2) Geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer.

a) Das Moment der Entwurzelung.

Wir legten oben dar (s.S. 9), dass der Zustand des Herausgerissenseins aus Familie, Heim und heimatlicher Lebensumwelt bei allen jugendlichen Zuwanderern, gleichgültig zu welcher Zeit sie die Zone verlassen haben, gegeben ist. So wird auch in dieser Zeit die Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer wesentlich durch das Moment der Entwurzelung bestimmt. Unsere Aussagen, die wir darüber für den vorausgegangenen Zeitabschnitt getroffen haben, behalten im wesentlichen ihre Gültigkeit (s. S. 9f) . Es wird zu beachten sein, dass Fakten, die von nun an die geistig - seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer mitbestimmen (Befangenheit in der kommunistischen Weltanschauung) auch dem Moment der Entwurzelung eine Nuancierung gegen (s. S. 66).

Nehmen wir wiederum den prozentualen Anteil unter den jugendlichen Zuwanderern, die aus gestörten Familienverhältnissen kommen oder Heimatvertriebene sind, als Anhaltspunkt für die Höhe des Anteils der Jugendlichen,

die schon in der Zone keine rechten Beziehungen zu ihrer heimatlichen Lebensumwelt gehabt haben, die schon in der Zone gewissermassen Entwurzelte waren, so ist eine prozentuale Abnahme dieser Kategorie Jugendlichen festzustellen. Die Abnahme ist vor allem stark in der Zeit der politischen Hochkonjunktur des Jahres 1953 und steigt dann in Auswirkung des "Neuen Kurs" 1954 wieder ein wenig an. Der Anteil der Halb- und Vollwaisen sinkt 1953 auf 34,5% und wächst im Jahre 1954 wieder auf 37,2 %, der Anteil der heimatvertriebenen Jugendlichen sinkt 1953 auf 27,5 % und steigt wieder auf 32 % (vgl. S. 10). Ein Hinweis auf eine verhältnismässig geringe Verwurzelung der jugendlichen Zuwanderer in der Lebensumwelt ihres letzten Aufenthaltsortes in der Zone dürfte auch aus folgendem Umstand zu erkennen sein, der vor allem auf die Kriess- und Nachkriegsergebnisse zurückzuführen ist: Nur bei jedem 10. Jugendlichen des Zuwandererjahrganges 1953 (genau 10,3 %) stimmen Geburtsort und letzter Wohnsitz in der Zone überein. (Ergebnis unserer Repräsentativerhebung im Lager Sandbostel, s. Anlage Nr. 1 S. 130).

Wir werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch öfters darauf zu sprechen kommen, welche Aufmerksamkeit dem Moment der Entwurzelung bei der Eingliederung dieser Jugendlichen gewidmet werden muss.

b) Die Befangenheit der jugendlichen Zuwanderer in der kommunistischen Weltanschauung.

Die geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer wird von nun an sehr stark von ihrer Befangenheit in der kommunistischen Weltanschauung bestimmt (s.S. 42) . Diese Feststellung haben wir immer wieder bei unseren Unterhaltungen mit den jugendlichen Zuwanderern (s. Anlage Nr. 4 S. 137 ff) und bei unseren Untersuchungen über ihr Verhalten treffen können. Diese Befangenheit darf aber nicht dahin verstanden werden, dass sie das System der Zone bzw. die Weltanschauung,

die dieses System trägt, in allem bejahen.

Von ihrem Übertritt in die BRP versprechen sich die Jugendlichen in irgendeiner Weise einen Vorteil, sonst würden sie die Zone nicht verlassen; anders gesagt, in ihrem Übertritt kommt irgendeine Kritik an dem System der Sowjetzone zum Ausdruck, sei es an dem System als solchem oder an einzelnen Massnahmen oder Zuständen in der Zone. Bei der innigen Verflechtung von Regierungssystem und Weltanschauung in der Zone bedeutet die Kritik an dem einen notwendig auch eine Kritik an dem anderen. Daher darf also aus dem Übertritt der Jugendlichen gefolgert werden, dass sie die kommunistische Weltanschauung nicht vollständig akzeptieren. Ein vollständiges Aufgehen in der kommunistischen Weltanschauung kann nur von den Jugendlichen angenommen werden, die in der BRP eine Aufgabe im Sinne des Bolschewismus zu erfüllen haben. Politische Agenten aber sind aus unseren Überlegungen ausgeschlossen.

Wir stellen somit fest: Wir haben Jugendliche vor uns, die in der kommunistischen Weltanschauung bewusst oder unbewusst befangen, aber nicht fanatisch eingekapselt sind. Befangenheit in der kommunistischen Weltanschauung besagt nicht eine Begeisterung für den Kommunismus, eine vollständige Identifizierung mit der kommunistischen Weltanschauung, sondern Befangenheit besagt, dass das Denken, Urteilen und Handeln von der kommunistischen Weltanschauung beeinflusst wird. Es ist aber zu ergänzen, dass jedes Denken, Urteilen und Handeln der jugendlichen Zuwanderer in irgendeiner Weise von dieser Befangenheit beeinflusst wird. Ihre Befangenheit erfasst alle Lebensgebiete. Das aber heisst, dass sie bei allen sozialpädagogischen Akten zur Eingliederung jugendlicher Zuwanderer berücksichtigt werden muss. Um das zu können, ist es notwendig, Verständnis für diese Befangenheit aufzubringen und weiterhin zu wissen, wie der in der kommunistischen Weltanschauung befangene Jugendliche auf die weltanschaulichen Gegebenheiten, die er in der BRP vorfindet, reagiert.

aa) Das pädagogische Ziel der Sowjetzone.

Seit der Verkündung des "Aufbaues des Sozialismus " wird das Erziehungs- und Unterrichtswesen der SBZ im Aufbau und im Ziel noch stärker an das sowjetische System der Volksbildung angeglichen. Nur die Sowjetpädagogik gilt als Pädagogik, die den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit stellen kann. Sie ist "Vorbild" und "Leitstern" jeder fortschrittlichen und demokratischen Erziehung. ⁴⁵⁾ Sie hat die Pädagogik, die vorher nur ein "Sammelsurium von Ansprüchen scheinwissenschaftlicher Erkenntnisse " gewesen ist, überhaupt erst zu einer Wissenschaft entwickelt. ⁴⁶⁾ Daher muss die Pädagogik, " wenn sie für sich das Recht in Anspruch nehmen will, eine wirkliche Wissenschaft zu sein, vor allem von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus getragen werden." ⁴⁷⁾ Diesen offiziellen Stimmen sowjetzonaler Pädagogen gemäss sind alle Erzieher in der SBZ gehalten, sich vor allem mit der Sowjetpädagogik zu beschäftigen. Die Lehrbücher der Pädagogik sind überwiegend Übersetzungen aus dem Russischen. In der Prüfungsordnung vom 5.2.1951 für die 2. Lehrprüfung heisst es: " Die 2. Lehrprüfung soll zeigen, daß der Lehramtsanwärter bestrebt war, sich eine wissenschaftliche pädagogische Bildung anzueignen. Dazu ist Voraussetzung, dass er die fortgeschrittenste pädagogische Wissenschaft, die Sowjetpädagogik, systematisch erarbeitet hat und ständig um die Festigung, Vertiefung und Vervollständigung dieser Kenntnisse bemüht ist. Er muss also nachweisen, dass er die Lehrbücher der Pädagogik von Jessipow/Gontscharow und Ogorodnikow/Schimbirjew eingehend studiert hat ... Er soll weiterhin aufzeigen, wie er die Erkenntnisse der Sowjetpädagogik auf die Entwicklung der deutschen demokratischen Schule anzuwenden weiss. Das Studium der fortschrittlichsten pädagogischen Theorie muss ihn befähigen, schädliche und reaktionäre pädagogische Theorien und Tendenzen zu erkennen und zu bekämpfen. " Noch ausführlicher legt der § 1 der Prüfungsordnung für die 1. Lehrprüfung diese Gedanken dar.

Was haben wir nun unter Sowjetpädagogik zu verstehen? Im Lehrbuch der Pädagogik von Jessipow/Gontscharow heißt es: "Wir sprechen nicht von einer Erziehung an sich, sondern von der kommunistischen Erziehung, deren Verwirklichung dank ... der Errichtung der Diktatur des Proletariats möglich wurde. Deshalb bezeichnen wir die Sowjetpädagogik als die Wissenschaft von der kommunistischen Erziehung, Bildung und Unterricht der heranwachsenden Generation". ⁴⁸⁾ Ausdrücklich wird betont, dass die Sowjetpädagogik kommunistische Erziehung meint, wobei unter kommunistischer Erziehung "die Erarbeitung der kommunistischen Weltanschauung und der kommunistischen Überzeugung" verstanden wird. Sie bezieht sich "auf die Entwicklung solcher Charaktereigenschaften, die der Persönlichkeit in der kommunistischen Gesellschaft eigen sein müssen." ⁴⁹⁾ Das heisst: Jeder Erziehungsvorgang soll auf die kommunistische Weltanschauung bezogen sein und dazu beitragen, dass der Zögling sein ganzes Denken und Handeln von der kommunistischen Weltanschauung bestimmen lässt. Die kommunistische Weltanschauung ist nicht etwa ein Unterrichtsfach, das Gesellschaftswissenschaft oder Gegenwartskunde heissen mag, sondern der Kommunismus integriert die ganze Erziehung, den ganzen Unterricht. ^{49a)} Unterricht wird definiert als "Prozess der in der Schule planmässig zu leistenden Arbeit, durch den die Schüler Wissen, Können und Fertigkeiten in Übereinstimmung mit den Aufgaben der kommunistischen Erziehung erwerben." ⁵⁰⁾ Aber die Erziehungsarbeit erschöpft sich nicht im Unterricht"; stellen Ogorodnikow/Schimbirjew fest, "die Familie befasst sich mit der Erziehung der Kinder von ihrem frühesten Alter an. Erziehungsarbeit wird auch in den öffentlichen vorschulischen Einrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderheimen ...) geleistet;... sie wird ausserhalb der Unterrichtszeit und in besonderen ausserschulischen Einrichtungen durchgeführt. Diese vielfältige und vielseitige Erziehungsarbeit wird nur in dem Fall erfolgreich sein, wenn Einheitlichkeit in den Zielen, in den allgemeinen

Grundsätzen der Organisation und in den Methoden dieser Arbeit gewährleistet ist, ganz unabhängig davon, wo und durch wen die Erziehungsarbeit geleistet wird." ⁵¹⁾ Das heisst, dass in allen Bereichen, in denen Erziehungsvorgänge vor sich gehen - vom Säuglingsalter bis zur Mannesreife - dieselben Motive und dieselben Impulse in dem Prozess der Formung des Menschen zur Wirkung kommen sollen. Wir haben es hier also mit einer ausgesprochenen Ganzheitlichkeit des Erziehungsvorganges zu tun. Wenn wir feststellen, dass dieser ganzheitliche Erziehungsvorgang totaliter bezogen ist auf die kommunistische Weltanschauung, die nach Stalin gleich der Philosophie des dialektischen Materialismus ist ⁵²⁾, so müssen wir uns klar werden, dass Weltanschauung und Philosophie hier mehr bedeuten als im westeuropäischen Sinne darunter verstanden wird. Auch Bochenski sagt mit seiner Feststellung, dass die dialektische materialistische Philosophie sich als eine von den anderen Wissenschaften unabhängige Disziplin betrachtet, keineswegs deren Dienerin, sondern ihre letzte Basis ist ⁵³⁾, noch zu wenig. " Die Sowjetphilosophie ist vielmehr eine Art gottloser Theologie" ⁵⁴⁾. Und die kommunistische Weltanschauung stellt sich dementsprechend als "gottlose Religion" dar. In diesem Sinne spricht Ozelaw Milosz in Bezug auf den Kommunismus stets von dem "neuen Glauben" und der "neuen Religion" ⁵⁵⁾.

Es liegt vor allen Dingen nahe, eine Analogie zu der kath. Kirche zu sehen, sowohl in der theologischen Methode (ex auctoritate), dem unfehlbaren Lehramt, als auch in der Geschlossenheit des Systems und der Durchdringung aller Lebensbereiche. Doch weist Wetter darauf hin, dass die kath. Theologie " sich streng auf das Gebiet der Offenbarung, d.h. auf das Gebiet des Glaubens und der Sitten beschränkt, für die übrigen Wissenschaftsgebiete, wie z.B. für die Philosophie, jedoch höchstens als 'negative Norm' herangezogen wird." ⁵⁶⁾ Das "unfehlbare Lehramt" des Bolschewismus aber erstreckt sich auf alle Gebiete der Wissenschaft und Kultur. Diese " gottlose

Religion" erhebt einen unbedingten Totalitätsanspruch. So ist also das Ziel der Sowjetpädagogik - und damit auch das Ziel der Pädagogik in der Sowjetzone - eine Durchdringung und Bezogenheit jeder Lebensphase des Menschen, jedes Redens und Handelns, jedes Denkens und Tuns auf die kommunistische Weltanschauung und zwar in einem Totalitätsanspruch, der weit über den Anspruch hochstehender Religionen hinausgeht.

Es dürfte aus diesen Ausführungen auch ersichtlich geworden sein, dass alle Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles schon seit einigen Jahren eingeleitet worden sind, die Jugendlichen in der Zone also schon lange dieser Pädagogik ausgesetzt sind.

bb) Die Anziehungskraft des dialektischen Materialismus auf junge Menschen.

Zunächst drängt sich die Frage auf: Muss nicht ein junger Mensch, der die Wahrheit sucht, notwendig eine Lehre ablehnen, der durch ihren Totalitätsanspruch jeder Objektivismus fehlt? Das heisst, den dialektischen Materialismus verkennen. Der dialektische Materialismus argumentiert so: Es gibt keine Überparteilichkeit. Aus dem Kampf der Gegensätze resultiert der Fortschritt. In diesem Kampf ist der Objektivismus nur eine Maske zur Verhüllung der bürgerlichen Parteilichkeit. Die ausbeutende Minderheit muss gegenüber der unterdrückten Mehrheit ihre Parteilichkeit unter der Maske einer objektiven Wissenschaft verbergen. In der bolschewistischen Philosophie ist der Objektivismus - wie auch der Subjektivismus - überwunden; denn die subjektiven Interessen des Proletariats fallen mit den objektiven Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung zusammen, die notwendig der Aufrichtung des Sozialismus entgegen strebt. Das Proletariat, dem die Zukunft gehört, ist an der Wahrheit interessiert und nicht wie das Bürgertum an der Umnebelung der Wahrheit.⁵⁷⁾ So liegt die Parteimässigkeit der sowjetischen Philosophie in der Konsequenz des dialektischen Materialismus. Letztlich kann also nur der Verstandnis für die Parteilichkeit

der sowjetischen Philosophie haben, der in der Lehre des dialektischen Materialismus verankert ist. Er wird dann auch keinen Anstoss daran nehmen, dass viele Autoritäten diese Philosophie ablehnen. Diese Autoritäten sind für ihn dem klassenbedingten Denken verhaftet. Es ist also absolut nicht überzeugend, den Fragen der Jugendlichen aus der Zone mit dem Hinweis auf die Zahl von Autoritäten, die anderer Meinung sind, zu begegnen; zumal dieser Hinweis leicht in der Reihe der Argumente steht, die die Anschauung des dialektischen Materialismus als undiskutabel oder sogar als stupide abtun. Solche Argumentation bringt entweder den Jugendlichen in eine Ratlosigkeit, treibt ihn in Minderwertigkeitskomplexe oder bedingt eine Versteifung seiner ganzen Haltung, die sich in einem Überlegenheitsgefühl äussern kann.

Der dialektische Materialismus weist zwar eine Fülle von Widersprüchen, Unklarheiten und Primitivitäten auf. Es fehlt ihm nicht nur die saubere Trennung von Logik, Erkenntnistheorie und Ontologie, sondern jede dieser Disziplinen weist Widersprüche und Fehlschlüsse auf. Bochenski kommt zu dem Urteil: "Der dialektische Materialismus ist keine wissenschaftliche Philosophie im westeuropäischen Sinne des Wortes". Er ist "eher eine Art atheistischer Katechismus für gläubige Mitglieder der Partei". ⁵⁸⁾ Und doch sagt Bochenski: "Zu einem guten Teil halten wir seine Ansichten ... für richtig". (Bochenski ist Thomist).

Die Anziehungskraft für den dialektischen Materialismus, liegt darin, dass er "ganz einfach Wahrheiten ausspricht, die dem Gemeinsinn der 'Philosophie' des vorphilosophischen Menschen angehören." ⁵⁹⁾ Das mögen einige Beispiele erläutern:

1. Dem vorphilosophischen Menschen ist es selbstverständlich, dass menschliche Erkenntnis ein Sichangleichen an das Seiende als den vorgegebenen Gegenstand ist. So ist ihm ein erkenntnistheoretischer Idealismus widersinnig,

die Lehre eines erkenntnistheoretischen Realismus aber natürlich und vernünftig. (Der Terminus Realismus ist im erkenntnistheoretischen Sinne in der sowjetischen Philosophie nicht gebräuchlich. Sie gebraucht dafür den Ausdruck Materialismus, der damit eine erkenntnistheoretische und eine ontologische Bedeutung erhält.) Aus der Bejahung des Realismus ist für den jugendlichen Menschen unter der Herrschaft des Bolschewismus um so leichter ein Zugang zum dialektischen Materialismus zu finden, als alle nicht-materialistischen philosophischen Systeme zur idealistischen Philosophie gerechnet werden. Diese Schwarzweiß-Malerei ist typisch für die kommunistische Methode.

2. Mit diesem Realismus verbindet der dialektische Materialismus einen radikalen Rationalismus. Die absolute Wahrheit existiert und ist erkennbar.⁶⁰⁾ Unsere Erkenntnis wächst stetig und nähert sich immer mehr der ganzen Wahrheit. Grundsätzliche Schranken gibt es nicht. Es ist lediglich eine Frage der Zeit und der Intensivität unserer Forschung und Arbeit, dass wir uns der ganzen Wahrheit nähern. Lenin führt aus: "Vom Standpunkt des modernen Materialismus ... aus sind die Grenzen der Annäherung unserer Kenntnis an die objektive, absolute Wahrheit geschichtlich bedingt, die Existenz dieser Wahrheit selbst aber ist unbedingt, unbedingt ist, dass wir uns ihr nähern."⁶¹⁾ Dieser Optimismus, nach dessen Glauben die Wissenschaft alles entdecken wird, ist sehr anziehend für heutige junge Menschen, die fasziniert sind von dem Fortschritt der Technik. Zugleich gibt dieser Fortschrittsglaube die Möglichkeit, Reste eines religiösen Glaubens, die als lästig empfunden werden, zum Schweigen zu bringen. Ungelöste Fragen, auf die heute nur eine Religion Antwort geben kann, werden morgen von der Wissenschaft beantwortet werden können (Entstehung des Lebens usw.).

Unseren Ausführungen über das Verhältnis der jugendlichen Zuwanderer zu Arbeit und Beruf, die wir in einem späteren

Kapitel bringen, sei hier vorweggenommen, dass sich aus diesem Fortschrittsoptimismus für den Marxisten ein kraftvolles Arbeitsethos ergibt. Das Fernziel ist die volle Beherrschung der Natur mit den Mitteln der Wissenschaft. Alles theoretische und praktische Arbeiten soll den Weg dazu bahnen. Je mehr die Natur beherrscht wird, um so vollendeter wird der Mensch, oder anders gesagt, je mehr der Mensch in diesem Sinne arbeitet, um so mehr wird er Mensch. Von hier aus wird es verständlich, dass junge Menschen bereit sind, manche Opfer (Überstunden, Übersoll usw.) auf sich zu nehmen, die das totalitäre, kommunistische System vom einzelnen verlangt. 61a)

3. Dem areligiösen, nur diesseitig denkenden Menschen ist die Lehre von der totalen Abhängigkeit des Bewußtseins (des Geistes) vom Körper akzeptabel. Allgemein darf gesagt werden, dass für den vorphilosophischen modernen Menschen diese Abhängigkeit weit verständlicher ist als ein extremer Spiritualismus.

Wetter sieht die Anziehungskraft des dialektischen Materialismus auf den modernen Menschen vor allem darin begründet, dass diese Lehre " die oft unbewusste oder unausgesprochene Einstellung des Durchschnittsbürgers von heute wiedergibt, soweit er nicht noch positiv religiös und christgläubig ist; und zwar unabhängig von politischer Haltung und sozialer Zugehörigkeit, die denselben Durchschnittsbürger vielfach zum erbitterten Gegner des Kommunismus machen mögen. Die dem ganzen System zugrunde liegenden Thesen, dass ausserhalb der Materie nichts existiert und dass die ganze Welt in ihrer heutigen Gestalt irgendwie "von selbst" geworden ist, entsprechen der Anschauung wohl der überwiegenden Mehrzahl der heutigen Menschen, nicht nur jener, welche die kommunistische Partei in ihren Reihen zählt." 62)

4. Die marxistische Dialektik erkennt - im Gegensatz zum klassischen Materialismus - qualitative Unterschiede,

verschiedene Seinsstufen an.⁶³⁾ Diese Anerkennung drängt sich dem vorphilosophischen Menschen auf, für den Steine etwas grundsätzlich anderes sind als Lebewesen, Pflanzen wiederum etwas wesentlich anderes als Menschen. Sicher lässt die Entstehung dieser verschiedenen Seinsstufen - wie sie z.B. von Rosenthal dargelegt wird⁶⁴⁾ - Fragen offen. Aber diese Fragen dürften kaum gestellt werden von einem Menschen, der von Grund auf diesseitig denkt; im Gegenteil, ein derartiger vorwissenschaftlicher Mensch wird es begrüßen, wenn ihm eine Erklärung für die Entwicklung gegeben wird, zumal der dialektische Materialismus zum Beweise seiner Thesen auf die Tatsache von qualitativen Sprüngen im biologischen Geschehen hinweisen kann. (Damit ist zwar nicht die Zurückführung der qualitativen Sprünge auf quantitative Veränderungen bewiesen.) Letztlich wird ja heute von keiner wissenschaftlichen Seite eine Entwicklung bestritten. Der Streit geht nur um das Wie der Entwicklung.

5. Der dialektische Materialismus lehrt die inneren Widersprüche in den Naturdingen und Naturerscheinungen. Diese Widersprüche sind die Ursache jeder Entwicklung.⁶⁵⁾ Nun ist es zwar unmöglich, dass die Dinge in der Welt sich widersprechen - nur Urteile können im contradiktorischen Gegensatz stehen, die Dinge in der Welt können sich wohl unter verschiedenen Bedingungen gegensätzlich verhalten -, aber dem vorphilosophischen Menschen drängen sich scheinbare Widersprüche in der Wirklichkeit auf. Für sie gibt ihm die Lehre der Dialektik eine Erklärung.

Die Lehre vom Widerspruch als das wesentlichste Element der Wirklichkeit dient unter der Herrschaft des Bolschewismus im weiteren Sinne auch zur Rechtfertigung von Widersprüchen und Gegensätzen in Reden, in Schriften und im Handeln der verantwortlichen Stellen der Partei und des Staates. Im Anschluss an diese Auslegung der Lehre der Dialektik sieht der junge Mensch eine Gelegenheit, Widersprüche, in die er sich verwickelt hat, zu rechtfertigen.

6. Für denjenigen, der Fuss gefasst hat im dialektischen Materialismus, wird auch die Bejahung seiner Anwendung auf die Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens (historischer Materialismus) nicht allzu grosse Schwierigkeiten bereiten, zumal sich auch hier verschiedene Aussagen dem jungen, vorphilosophischen Menschen anbieten, einen leichten Zugang zur Lehre des historischen Materialismus zu finden. Dass dabei unlogischerweise der Schluss von einer Ebene auf eine ganz andere übertragen wird, kann der vorwissenschaftliche Mensch nicht ohne weiters ergründen. So bereitet es den jungen Menschen keine grossen Bedenken, die Gesetze der Entwicklung verschiedener Seinsstufen als Übergang einer quantitativen Veränderung in eine grundlegende qualitative Veränderung, wie er sie im dialektischen Materialismus anerkannt hat, auf die Prozesse zu übertragen, die sich in der Gesellschaft vollziehen. Zwischen dem gesellschaftlichen Sein in der Urgemeinschaft, der Sklaverei, dem Feudalismus, dem Kapitalismus und dem Sozialismus wird jeweils ein qualitativer Unterschied und ein Entwicklungsaufstieg vom Niederen zum Höheren gesehen. Anziehend an dieser Lehre ist für den jungen Menschen der Fortschrittsglaube, der ihm naturgemäss ist.⁶⁶⁾ Da im Denken des modernen Menschen Fortschritt stets im Zusammenhang mit Technik steht, wird ohne grosse Schwierigkeit die Abhängigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung von den jeweiligen Produktivkräften mitan- erkannt.

Der Fortschrittsglaube der Jugendlichen ist besonders leicht für die bolschewistische Lehre zu gewinnen, da es nicht schwer fällt, auf der westlichen Seite eine Vielzahl von Vertretern einer übermüdeten, lebensfremden Untergangsstimmung aufzuzeigen; sei es, dass diese Vertreter von einer ewigen Wiederkunft (Nietzsche), von einem Untergang der jeweils in sich selbständigen Kulturen (Spengler) oder von einem endgültigen Untergang sprechen. Die Verallgemeinerung dieser Untergangs-

stimmung auf den ganzen westlichen Kulturkreis liegt im Rahmen der bolschewistischen Methode, stets nur schwarz- weiss zu malen.

7. Die Abhängigkeit des Denkens von den Produktionsverhältnissen und von der gesellschaftlichen Stellung in den Produktionsverhältnissen hat ebenfalls einen wahren Kern. Es wird nur wenige Menschen geben, die von sich behaupten können, dass ihr Denken in Bezug auf gesellschaftliche Fragen von ihrer gesellschaftlichen Stellung unbeeinflusst sei.

Die weitere Behauptung aber, dass der einzige bestimmende Faktor der gesellschaftlichen Ideen die Produktionsverhältnisse bzw. in letzter Instanz die Produktivkräfte seien, ist sicherlich nicht leicht annehmbar. Doch scheinen uns diese Gedanken, die in folgender Behauptung Stalins gipfeln: " Neue Ideen und Theorien entstehen, im Grunde genommen, eben darum, weil sie für die Gesellschaft notwendig sind, weil ohne ihr organisierendes, mobilisierendes und umgestaltendes Wirken die Lösung der lösungsreifen Aufgaben der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft unmöglich ist," ⁶⁷⁾ nicht weniger unverständlich als die Behauptungen, die zur selben Zeit in Amerika aufgestellt wurden und eine Vielzahl von Anhängern fanden. Wir meinen den Pragmatismus, nach dem - gemäss Dewey - die Aufgabe des Denkens darin besteht, Gedanken hervorzubringen, deren der Organismus zur Weiterführung seiner Lebenstätigkeit bedarf. So ist nach Dewey der Fortschritt im Denken veranlasst und bedingt durch die Schwierigkeiten, in die der Mensch geraten ist und unter deren Druck das menschliche Wesen "bewusst" wird. ⁶⁸⁾ Diese Analogie legt es uns nahe, im Unterschied vom Pragmatismus in der sowjetischen Lehre von Sozial-Pragmatismus zu sprechen; ein Ausdruck, der uns besonders im Hinblick auf die Ethik des Bolschewismus zu passen scheint (s.S. 65).

8. Die Darbietung der dialektisch-materialistischen Lehre sowohl auf der Grundschule wie auch auf der Ober-

schule geschieht in einer simplifizierten Art und Weise. Auch die diesbezügliche Literatur - weitgehend Übersetzungen aus dem Russischen - fällt durch die leichte Verständlichkeit des dargebotenen Stoffes auf Kosten einer wissenschaftlichen Genauigkeit auf. Bei dieser Vereinfachung wird aber ständig die hohe Wissenschaftlichkeit des behandelten Stoffes und seiner Darstellung betont, wodurch sich der Lernende, dem das Dargebotene einleuchtend erscheint, geschmeichelt fühlen muss. Diese Simplifikation kommt der Psyche des Jugendlichen entgegen. " Der Jugendliche ist in seinem Denken 'radikal', er neigt dazu, mit wenigen weit umspannenden Begriffen ganze Fragenkomplexe zu meistern; er hat ... die Tendenz, alles möglichst zu vereinfachen und zu rationalisieren". ⁶⁹⁾ Es besteht aber auch die Gefahr, dass diese Vereinfachung den Typ des Halbwissenden erzieht, der für sich den sokratischen Spruch so umkehrt: " Ich weiss, dass ich fast alles weiss".

" Die schablonenhafte Einfachheit der Welterklärung ... verleiht gerade dem bolschewistischen Denken die scheinbare Geschlossenheit eines Systems, das einerseits bis zu einem gewissen Grade allgemein verständlich ist und andererseits durch seine Leichtverständlichkeit wie seine Geschlossenheit imponiert und dem geistig mehr oder weniger bindungslos gewordenen Menschen eine gewisse, wenn auch unechte Sicherheit verleiht." ⁷⁰⁾

Es dürfte ersichtlich geworden sein, dass die aufgeführten Punkte für den Jugendlichen verfänglich sind und es verständlich erscheinen lassen, wenn er unter dem Einfluss intensiver Erziehungsarbeit, die ihn sowohl intellektuell wie auch emotional anspricht ⁷¹⁾, zur kommunistischen Weltanschauung neigt. Geschützt wird nur der junge Mensch sein, der eine eigene, festfundierte Weltanschauung hat, oder - in Bezug auf die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer gesprochen - nur diejenigen werden die kommunistische Weltanschauung überwinden, die in der BRP zu einer eigenen, festfundierten Weltan-

schauung gelangen. Andererseits zeigen unsere Ausführungen, dass Befangenheit in dialektisch-materialistischer Weltanschauung keineswegs verallgemeinernd dahingehend verstanden werden darf, diese Jungen seien im Sinne eines vulgären Materialismus einseitig dem Materiellen, Körperlichen, Triebhaften verhaftet. ⁷²⁾

cc) Die weltanschaulichen Gegebenheiten in der Bundesrepublik aus der Sicht der jugendlichen Zuwanderer.

Der kommunistische Staat ist ein total ausgeprägter Weltanschauungsstaat, d.h.: er schreibt seinen Untertanen vor, "was sie in den letzten und tiefsten Fragen des Lebens und der Welt für wahr zu halten und zu bekennen und was sie als Irrtum zu verdammen und abzuschwören haben" . ⁷³⁾ Dieser totalitäre Weltanschauungsstaat verlangt eine totalitäre Regierungsform. So verstehen wir unter einem kommunistischen Staat sowohl die Regierungsform dieses Staates als auch die Weltanschauung, die diesen Staat prägt. Anders die BRP bzw. die westlichen Demokratien. Sie sind zwar eindeutig festgelegt auf eine bestimmte Weltanschauung. Das einheitliche Band des Westens liegt also nicht in einer gemeinsamen Weltanschauung, sondern lediglich in der Idee der Demokratie.

Was aber ist unter Demokratie zu verstehen? Demokratie heisst: die Herrschaft des Staates liegt in den Händen des Volkes. Dasselbe behauptet - ob mit Recht oder ohne Recht, sei hier nicht untersucht, - auch der kommunistische Staat von seiner Regierungsform. So kann diese Definition noch nicht als Kriterium der westlichen Demokratien dienen. Eine Demokratie im westlichen Sinne wird weiter dadurch bestimmt, dass in ihr jeweils der Auffassung, die sich in einer freien und geheimen Wahl die Wahrheit verschaffen konnte, für eine festgesetzte Zeit die Führung im Staat überlassen wird und die Minderheit sich in dieser Zeit dem Willen der Mehrheit zu

beugen hat, jedoch mit dem Recht, ihre Anschauung zu vertreten und die Mehrheit zu kritisieren, um so ihrerseits zur Mehrheit werden zu können. Die Veränderlichkeiten und vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten der politischen Elemente gehören unbedingt zum Wesen der Demokratie. 74)

Die Idee der Demokratie - in dem aufgezeichneten Sinne - ist eindeutig antitotalitär und damit notwendig auch antikommunistisch. Sie ist aber sehr allgemein, also inhaltsarm. Ein Mensch, der von sich sagt, er sei Anhänger der Demokratie, hat damit noch nicht seinen weltanschaulichen Standort und seine politischen Ansichten kundgetan. Eine Vielzahl verschiedener Weltanschauungen sind in den westlichen Demokratien vertreten. Dabei verstehen wir unter Weltanschauung " eine Schau, ein Erfassen, ein Begreifen der Welt - d. h. der Gesamtheit der Dinge - in ihrem Sein und Sinn, in ihrem Ursprung und Ziel, in ihrem Wert, ihren Bedürfnissen und Forderungen " 75). Die Spannweite der vertretenen Weltanschauungen reicht von der Seins- und Sinnhinordnung der Gesamtheit der Dinge auf einen persönlichen Schöpfergott über eine Schau der Welt als Werdeprozess, in dem sich Gott selbst verwirklicht und zum Selbstbewusstsein kommt, zu einer Welt, die von Gesetzen durchwaltet wird, die aus ihr selber stammen, bis hin zu einer Sicht, die die Welt und das Geschehen auf ihr als Akkumulation von Zufällen ansieht, d.h. bis hin zur Auffassung von der Sinnlosigkeit der Welt, zum Nihilismus. Diese 4 angedeuteten Weltanschauungen sind nur Stufen, zwischen denen eine ganze Skala verschiedener Weltanschauungen zu finden ist, religiöse und areligiöse. Aus jeder Weltanschauung ergibt sich eine bestimmte Wertung und Haltung zur Welt und dem Geschehen in der Welt.

Viele Menschen und Menschengruppen stellen aber nicht die Frage nach Sein und Sinn der Welt, sie dringen nicht zu einer Weltanschauung gemäss der vorliegenden De-

definition vor, sondern erheben irgendetwas, das innerhalb jeder echten Weltanschauung nur relative Bedeutung hat, zum Sinn des Lebens (z.B. hoher Lebensstandard, Sport, usw.). Man kann sagen, sie haben eine unechte Weltanschauung. Diese unechten Weltanschauungen sind noch vielzähliger als die echten. Beide stellen Wertmaßstäbe und Ziele auf und nehmen damit Einfluss auf das gesellschaftliche Leben. Das politische Leben ist ein Spiegelbild dieser verschiedenen weltanschaulichen Strömungen.

Derjenige, der in der Demokratie steht und einen eigenen festen Standort hat, begrüßt die demokratische Regierungsform, weil er in ihr die Chance sieht, seine Anschauung zur Geltung zu bringen und weitgehendst nach seiner Anschauung zu leben. Ganz anders aber ist die Situation für den jugendlichen Zuwanderer. Es fällt ihm zwar nicht schwer, die Regierungsform zu bejahen. Er verbindet mit ihr den Begriff der Freiheit und mit der Regierungsform drüben den Begriff Unfreiheit bzw. Zwang. Aber den verschiedenen weltanschaulichen Strömungen, die unter dieser Regierungsform möglich sind, steht er verständnis- und hilflos gegenüber. Welchen Standort soll er in dieser Vielzahl von Richtungen und Meinungen einnehmen? Drüben ist er in einem schwarz-weiß-Schema erzogen worden, in das dort jede Richtung gepresst wird (Kapitalismus- Sozialismus, Idealismus- Materialismus, Ausbeuter- Ausgebeutete, Kriegstreiber- Friedenskämpfer). Es besteht die Gefahr, dass der jugendliche Zuwanderer von vornherein vor der unüberschaubaren Vielheit der weltanschaulichen Strömungen in der BRP kapituliert und resigniert jeder Auseinandersetzung zwischen den politischen und weltanschaulichen Richtungen in der BRP einerseits und der kommunistischen Weltanschauung andererseits ausweicht. Dazu wird er noch dadurch veranlasst, dass ihm diese Vielheit und Differenziertheit der Anschauungen in der BRP in doppelter Hinsicht ein Ärgernis ist. 1. Diese unüberschaubare Vielheit ist

ihm ein Ausdruck dafür, dass man in der BRP nicht weiss, was man will; sie ist ihm ein Zeichen der Schwäche.

2. In der Anerkennung der Gleichwertigkeit verschiedener Weltanschauungen liegt das Eingeständnis, dass die Demokratie kein eindeutiges Wahrheitskriterium kennt. Für einen jugendlichen Zuwanderer, der aus einem Staate kommt, der behauptet, auf der wissenschaftlich ergründeten, einzig wahren Weltanschauung aufzubauen, ist dieses Eingeständnis der Demokratie ungeheuerlich. Wir betonen, dass der Jugendliche nicht in der kommunistischen Weltanschauung steht, sondern nur in ihr befangen ist; er hat keinen klaren, festfundierten weltanschaulichen Standort. Aber gerade, weil er gewissermassen zwischen den Weltanschauungen steht, zieht er sehr leicht aus diesem Eingeständnis der Demokratie die Folgerung, dass es überhaupt kein Wahrheitskriterium gibt. Ein Relativismus kann ihn aber nicht veranlassen, seine Stellung zur kommunistischen Weltanschauung zu überprüfen und in eine Auseinandersetzung mit den weltanschaulichen Strömungen in der BRP zu treten. Eher ist er geneigt, jede Suche nach der Wahrheit für sinnlos zu halten und in einen Skeptizismus zu verfallen.

Eine Auseinandersetzung mit den weltanschaulichen und politischen Gegebenheiten in der Zone und in der BRP wird aber nicht nur durch die Unüberschaubarkeit der Vielzahl von weltanschaulichen Strömungen in der BRP bzw. durch die Resignation vor einem vermeintlichen Relativismus, sondern auch durch die Divergenz der Begriffe erschwert oder verhindert. Mit den Termini Demokratie, Freiheit, Sittlichkeit, Realismus, Idealismus, Wahrheit und einer Vielzahl weiterer Ausdrücke werden hüben und drüben verschiedene Begriffe verbunden. Es ist offensichtlich, dass sich hieraus Schwierigkeiten für die jugendlichen Zuwanderer ergeben müssen, Anschauungen und Meinungen der westdeutschen Bevölkerung zu verstehen. Diese Schwierigkeiten tragen mit dazu bei, dass viele von ihnen frühzeitig resignieren und eine grundsätzliche Auseinandersetzung meiden.

Bezeichnend ist die Art, wie die Jugendlichen einer Auseinandersetzung aus dem Wege gehen. Sie sind fähig, sich rein äusserlich den Meinungen und Anschauungen der näheren Umgebung anzupassen, obwohl sie innerlich weit von einer derartigen Stellungnahme entfernt sind. Diese Verhaltensweise ist manchen von ihnen so sehr zur Selbstverständlichkeit geworden, dass sie nicht im geringsten etwas Unehrlisches darin finden. Im Laufe unserer Interviews (s.Anlage Nr. 4 S. 141 f) erklären in einem Heim von 11 befragten jugendlichen Zuwanderern 10, dass der Tod für den Menschen in jeder Hinsicht das Ende bedeute, dass sie nicht an ein Weiterleben nach dem Tode glauben. Trotzdem nehmen diese Jungen an allen christlichen Gottesdiensten, die in diesem konfessionell geleiteten Heim stattfinden, teil, so z.B. an den täglichen Morgenandachten. Sie sind erstaunt zu hören, dass ihr Verhalten inkonsequent, ja letztlich unehrlich sei. Wir werden der Situation der Jugendlichen nicht gerecht, wenn wir diese Verhaltensweise nur im Zusammenhang mit ihrem Übertritt aus der SBZ in die BRP sehen. Vielmehr muss angenommen werden, dass viele jugendliche Zuwanderer schon in der Zone daran gewöhnt sind, sich den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen. Viele von ihnen hören drüben z.B. im Elternhaus dieses und in der Schule und den Organisationen jenes und sehen sich gezwungen, entweder im Elternhaus oder in der Öffentlichkeit Anschauungen vorzutäuschen. Dabei bietet ihnen der dialektische Materialismus eine Lösung an, die aufkommenden Widersprüche zu überbrücken (s.S. 53).

Kommt es aber nicht zu einer offenen und ehrlichen Auseinandersetzung mit den Lehren der kommunistischen Weltanschauung, so kann es auch nicht zu einer echten, wohl begründeten Absage an den Kommunismus kommen. Das Meiden einer intellektuellen Auseinandersetzung bewirkt, dass das Verhältnis der jugendlichen Zuwanderer zur kommunistischen Weltanschauung letztlich nur noch rein emotional bestimmt bleibt und den emotionalen Schwankungen unter-

liegt. Die Folge davon ist: Ärger über irgendeine Behandlung, die den jugendlichen Zuwanderern widerfahren ist, oder Unzufriedenheit über irgendeinen Zustand in der BRP werden nicht zum Anlass einer sachlichen Auseinandersetzung, sondern bewirken eine verstärkte Hinneigung zum Kommunismus. Dass dadurch eine Einordnung in die BRP erschwert oder verhindert wird, ist offensichtlich.

Das Fehlen eines Standpunktes, der die Gegebenheiten überschaubar macht, muss für Jugendliche, die aus einem geschlossenen weltanschaulichen System kommen, das in jeden Lebensbereich hineinspricht, eine Unsicherheit hervorrufen. Woran soll sich die Haltung orientieren? Einem Teil der Jugendlichen gelingt es, durch Absolutsetzung eines Lebenswertes (s. unechte Weltanschauung) ihre Unsicherheit und innere Leere zu übertünchen. Während die Lebenshaltung dieser Jugendlichen verkrampt und unecht ist, lassen sich die Jugendlichen, die zu keinem festen Standort gelangen, in ihrem Tun und Handeln von wechselnden Motiven treiben und zeigen sich in ihren beruflichen Verpflichtungen wie im ausserberuflichen Leben unbeständig. Hier sind Nietzsches Worte zutreffend: " Es ist ein allgemeines Gesetz, jedes Lebendige kann nur innerhalb eines Horizontes gesund, stark und fruchtbar werden; ist es unvermögend, einen Horizont um sich zu ziehen, und zu selbstisch wiederum, innerhalb eines fremden den eigenen Blick einzuschliessen, so siecht es matt aber überhastig zu zeitigem Untergang dahin. Die Heiterkeit, das gute Gewissen, die frohe Tat, das Vertrauen **auf** das Kommende - alles das hängt, bei den einzelnen wie bei dem Volke, davon ab, dass es eine Linie gibt, die das Übersehbare, Helle, von dem Unaufhellbaren und Dunkel scheidet". 76)

Es kann der Einwand erhoben werden, die Gegenüberstellung: dort kommunistische Weltanschauung, hier ein Konglomerat von Weltanschauungen, sei zu einseitig. Die Jugendlichen seien nicht nur in der kommunistischen Weltanschauung

befangen, sondern gehörten auch nach eigenen Angaben zu rd. 97 % (lt. unserer Erhebung für das Jahr 1953, s. Anlage Nr. 1 S. 130) zu einer christlichen Religion. Ausserdem sei in der BRP die christliche Weltanschauung weitgehend bestimmend. Dazu ist zu sagen:

1. Es ist nicht zulässig, bei dieser Überlegung von dem Taufschein der Jugendlichen auszugehen, sondern es muss von dem tatsächlichen Verhältnis zu ihrer Konfession bzw. zu den Lehren des Christentums ausgegangen werden. Das aber zeigt, dass nur eine kleine Minderheit auf Grund ihres Glaubens als Christen bezeichnet werden kann (s.Anlage Nr. 4 S. 142). Und auch bei ihnen bleibt offen, inwieweit sie trotz ihres christlichen Glaubens der kommunistischen Weltanschauung verhaftet sind.

2. Zwar neigen viele Jugendliche im Anfang ihres Aufenthaltes in der BRP - vor allem in den Auffanglagern - dazu, das Christentum als einheitliche Weltanschauung der Bundesrepublik zu betrachten. Dies dürfte dadurch mitbedingt sein, dass die führende Partei der BRP sich "Christlich-demokratische- Union " nennt. Aber vor den realen Tatsachen der Vielheit der Weltanschauungen verblaßt diese Annahme immer mehr. Der Jesuit Brockmüller sagt: " Wohl sprechen die Christen im Westen immer noch von einer abendländischen und christlichen Kultur, weil bei ihnen immer noch das Welt- und Lebensbild des Mittelalters mitschwingt..... während aber inzwischen das wirkliche Abendland ein ganz anderes Weltbild entwickelt und daraus das praktische Leben gestaltet hat. Wohl gibt es in dieser Welt des Abendlandes noch Christentum, aber sie wird nicht mehr vom Christentum geformt. Nicht einmal philosophisch ! ... Es stehen sich wieder ein extremer Idealismus und ein extremer Realismus mit vielen Spielarten gegenüber ... Im politischen Geschehen ist in der Neuzeit dieselbe Aufspaltung geschehen" . 77)

Wenn wir somit anerkennen müssen, dass das Christentum oder besser gesagt die christliche Religion in der Regel in der Sicht der jugendlichen Zuwanderer eine Weltanschauung unter vielen anderen ist, so sollte trotzdem nicht unterlassen werden, diesen Jugendlichen den Sondercharakter des Christentums gegenüber anderen Weltanschauungen aufzuzeigen. Gerade weil sich die kommunistische Weltanschauung als eine "atheistische Religion" darstellt, liegt es nahe, als klarste Antwort auf diese "atheistische Religion" die christliche Religion anzusehen, zumal deutlich geworden sein dürfte, dass diesen Jugendlichen, die aus einer totalen, alles umfassenden Weltanschauung kommen, nicht mit inhaltsarmen, allgemeinen Hinweisen - wie z.B. Hinweisen auf das allgemein Menschliche, das ist zu vag. - gedient ist. Sie bedürfen konkreter, klarer Antworten.

- c) Die Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Fakten auf die geistig-seelische Verfassung und Einstellung der jugendlichen Zuwanderer.

Obwohl rein äusserlich der Unterschied zwischen West- und Mitteldeutschland in der Möglichkeit, das Leben frei nach eigenem Willen zu gestalten, eher grösser als kleiner geworden ist, sind die Freiheitserwartungen, die die Jugendlichen mit ihrer Einwanderung in die BRP verknüpfen, nicht mehr so hervorstechend wie in dem vorausgehenden Zeitabschnitt (s.S. 11 f). Es ist so, als ob der Glaube an die Möglichkeit einer freiheitlichen Lebensgestaltung eine tiefe Einbusse erlitten hätte. Der Grund dafür kann nicht nur in der sowjetzonalen Propaganda über die Unfreiheit in der BRP liegen, in der Militaristen und Faschisten, Junker und Unternehmer angeblich die Freiheit knebeln. Derartige oberflächliche Propaganda wird kaum Glauben finden. Dafür sind die Jugendlichen zu skeptisch. Der Grund für die geringeren Freiheitserwartungen muss vielmehr darin

gesehen werden, dass die Jugendlichen sich an den Zustand des Dirigiert- und Kommandiertwerdens in der Zone gewöhnt haben. Mag dies teilweise eine rein äusserliche Gewöhnung sein, so ist sie doch auch ein Ausdruck für eine fortgeschrittene Befangenheit der Jugendlichen in der kommunistischen Weltanschauung.

Der dialektische Materialismus definiert die Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit des geschichtlichen Ablaufes ; ⁷⁸⁾ d.h.: in dem Masse, wie sich der einzelne dieser Notwendigkeit öffnet, ist er frei; und in dem Masse, wie er sich in seinem Tun und Lassen gegen den notwendigen geschichtlichen Ablauf, gegen das Kommen des Sozialismus stemmt, ist er unfrei. Wir behaupten nun keineswegs, dass die jugendlichen Zuwanderer diesen Freiheitsbegriff akzeptieren. Das kann nur ein Mensch, der die kommunistische Weltanschauung vollständig bejaht. Wir betonten aber, dass die jugendlichen Zuwanderer mehr oder weniger in der kommunistischen Weltanschauung befangen sind. So sind sie auch vom Freiheitsbegriff des dialektischen Materialismus befangen; d.h.: ihre Sicht für wahre Freiheit ist getrübt.

Dem Freiheitsbegriff der verschiedenen philosophischen Systeme ist jeweils ein Sittlichkeitsbegriff zugeordnet. Dem Freiheitsbegriff des dialektischen Materialismus entspricht folgender Sittlichkeitsbegriff, der von Lenin geprägt wurde, aber auch heute noch als gültig in den sowjetischen Lehrbüchern der Pädagogik wiedergegeben wird: " Wir sagen: Sittlich ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft dient und den Zusammenschluss aller Werktätigen um das Proletariat, das die neue Gesellschaft errichtet". ⁷⁹⁾ Wenn auch nicht behauptet werden kann, dass die Jugendlichen in der Zone diesen Sittlichkeitsbegriff in seiner letzten Konsequenz durch ihr Tun und Lassen anerkennen, so trägt doch auch er dazu bei, Verwirrung zu schaffen und den Blick für echte sittliche Verantwortung, ohne die eine echte Freiheit nicht bestehen kann, zu trüben.

Wir stellen fest: die jugendlichen Zuwanderer verbinden mit ihrem Übertritt in die BRP nicht mehr die überspannten Freiheitserwartungen des vorausgehenden Zeitabschnittes. Trotzdem muss ihr Freiheitsbegriff weiterhin, wenn auch in einem anderen Sinne, verzerrt genannt werden. So bleibt die Aufgabe bestehen, den jugendlichen Zuwanderern zu einem rechten Freiheitsbegriff zu verhelfen; das um so mehr, als der Jugendliche in der Zone immer mehr entwöhnt worden ist, in freier Selbstbestimmung Entscheidungen über den Gebrauch seiner Zeit und die Gestaltung seines Lebens zu treffen. Es gibt sogar jugendliche Zuwanderer, die eine innere Leere empfinden, weil nicht mehr über ihre Freizeit bestimmt wird.

Die wirtschaftlichen Erwartungen der Jugendlichen sind viel realer als im vorausgegangenen Zeitabschnitt. Es ist eine Ernüchterung über die äusseren Gegebenheiten in der BRP eingetreten. Ausserdem darf im Verhältnis zu den Jahren 1948 bis 1952 eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in der Sowjetzone festgestellt werden. Wenn auch das Realeinkommen tiefer liegt als in der BRP, so hat sich doch die Kaufpraxis in der Zone der in der BRP immer mehr angeglichen. Nur noch für wenige Lebensmittel sind Marken notwendig. Der Jugendliche ist an den Geldverkehr gewöhnt. Es bleiben aber weiterhin für den jugendlichen Zuwanderer die oben angeführten Gefahren des Geltungskonsums und der Alleanexie bestehen.

d) Sozialpädagogische Folgerungen

Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass von nun an die Befangenheit der jugendlichen Zuwanderer in der kommunistischen Weltanschauung ein bestimmender Faktor ihrer geistig-seelischen Verfassung und Einstellung ist. Selbst auf das Moment der Entwurzelung ist sie nicht ohne Einfluss. Zu den natürlichen Folgen eines Herausgerissenseins aus der heimatlichen Lebensumwelt tritt eine weltanschauliche Heimatlosigkeit (s.S. 60). Wir

haben gesehen, dass diesen Jugendlichen ein klarer, tief fundierter Standpunkt fehlt. Wir haben die Notwendigkeit erkannt, den Jugendlichen zu einem solchen Standpunkt zu verhelfen. Diese Hilfe liegt einerseits im Interesse der Jugendlichen, da sie nur so zielgerecht und geradlinig ihr Leben aufbauen können, andererseits auch im Interesse der Allgemeinheit, da nur Jugendliche mit einem wohlfundierten Standpunkt immun gegen die Lockungen der modernen Massenpropaganda und gegen das Gift der Vorurteile sein können. Nur solche Jugendliche haben ein positives, aufbauendes Verhältnis zur Gesellschaft.

Der Weg zum fundierten Standpunkt geht über das Lernen eines selbständigen, vorurteilsfreien Denkens und Urteilens. Das ist ein schwieriger Weg, da gerade diese Jugendlichen auf Grund ihrer Befangenheit voll von Vorurteilen sind. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass auch das Urteil vieler einheimischer Menschen - und zwar nicht nur junger Menschen - verwirrt ist. Ähnlich wie die geistig-seelische Einstellung der jugendlichen Zuwanderer stark von dem totalitären kommunistischen System bestimmt ist, ist die Einstellung eines Teils der einheimischen Bevölkerung noch von dem totalitären nationalsozialistischen System beeinflusst. Was für die jugendlichen Zuwanderer in besonderem Masse gilt, gilt für diesen Teil der einheimischen Bevölkerung in abgeschwächter Form. Was Borinski über die Einstellung vieler Menschen in der BRP mit folgenden Worten aussagt, könnte ebenso gut eine Charakterisierung der Einstellung der jugendlichen Zuwanderer sein: " Sie sind noch nicht daran gewöhnt, im unbequemen und unruhigen Spannungsfeld der Freiheit zu leben. Sie zögern, selbst zu denken und selbst zu handeln, sich selbständig ein Urteil zu bilden und auf eigene Faust und eigene Verantwortung die Initiative zu ergreifen. Sie warten auf Anweisungen von oben, auf goldene Regeln, die man getrost nach Hause tragen kann, auf Rezepte, die einem das eigene Nachdenken und das Wagnis des eigenen

Tuns abnehmen." 80) Wir sehen aus dieser Ähnlichkeit der Einstellung, dass die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer ein weites Problem berührt. Sie kann nur schwer gelingen, wenn viele Einwohner der BRP selbst nicht zur inneren Klarheit und zur Bejahung demokratischer Lebensform vorgestossen sind. Natürlich kann mit den sozialpädagogischen Massnahmen zur Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer nicht gewartet werden, bis die gesamte einheimische Bevölkerung den rechten Weg gefunden hat; aber man muss bei den zu ergreifenden Massnahmen diese aufgezeichnete Problematik sehen und sich darauf besinnen, dass auch die Erziehung der einheimischen Bevölkerung beherzt angefasst werden muss. Wir denken an einen weiteren Ausbau von Heim- und Abendvolkshochschulen. Wir verweisen auf die in dieser Beziehung segensreichen Wirkungen der evgl. Akademien und der kath. Seminare. In ähnlicher Form ist den jugendlichen Zuwanderern zu helfen, wobei gemeinsame Kurse mit Einheimischen und Zuwanderern sehr zu begrüessen sind.

Es geht darum, den jugendlichen Zuwanderern zunächst einmal die demokratischen Spielregeln zu demonstrieren. Sie müssen erleben, dass in der Demokratie die verschiedenen gesellschaftlichen und geistigen Gegensätze auf einander prallen und frei ausgekämpft werden, allerdings - und das ist sehr wichtig - unter Beachtung gemeinsamer Kampfregeln. Diese Kampfregeln heissen Toleranz und Fairneß. Sie verlangen, dass trotz aller Gegensätze und Kämpfe von den einzelnen Gegnern doch jeweils das gemeinsame Ganze gesehen wird. So ist es angebracht, die jugendlichen Zuwanderer an Parlaments-sitzungen des Bundes, der Länder oder der Kommunen teilnehmen zu lassen oder ihnen zu ermöglichen, Wortduelle von Vertretern gegensätzlicher Richtungen - auf neutralem Boden ausgetragen (Volkshochschulen, "Heime der Offenen Tür" oder andere überparteiliche Gremien oder Gemeinschaften) - anzuhören.

Jedoch ohne Wirkung auf diese Jugendlichen sind Reden von Einzelpersonen, da sie den Verdacht nach einseitiger Beeinflussung oder Schulung hervorrufen. Von dem bloßen Anhören verschiedener Parlamentsdebatten und Rededuellen ist überzugehen zur Beteiligung der Jugendlichen an Diskussionen. Dazu ist ein kleiner Aussprachekreis am besten geeignet. Bedingung für eine fruchtbare Diskussion aber ist, dass der jugendliche Zuwanderer in diesem Kreis warm geworden ist; denn nur dann wird er immer mehr den Mut finden, seine eigenen Gedanken zu äussern. Darum sollte solch ein Kreis auch gesellschaftliche Veranstaltungen aufziehen, auf denen persönliche Bekanntschaften geschlossen und dadurch Hemmungen überbrückt werden können. Es wäre zu denken an gemeinsame Besichtigungen von Landschaften, von Kunstdenkmälern und von modernen Betrieben. Gerade solche Ausflüge würden auch den Diskussionsstoff anregen. Denn es sollen in einem derartigen Aussprachekreis selbstverständlich nicht nur politische Themen besprochen werden, sondern jedes Zeitproblem, das den einzelnen beschäftigt oder beschäftigen sollte, kann zum Anlass genommen werden, das selbständige Denken und Urteilen der Jugendlichen auszubilden. Da gibt es die Möglichkeit, die Diskussion an der modernen Literatur sich entzünden zu lassen, die ja ein Ausdruck unserer Zeit ist und damit in die Zeitprobleme einführt. Dasselbe ist von der modernen bildenden Kunst zu sagen. Oder es besteht die Möglichkeit, von technischen Neuerungen auszugehen und von dort zu den Problemen unserer Zeit vorzustossen. Wir sehen, dass auf diese Art und Weise zugleich auch das Problem einer sinnvollen Freizeitgestaltung mitangefasst wird. Wie brennend gerade das Problem der Freizeitgestaltung bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer ist, lehrt uns ihr Freiheitsbegriff. Wir werden weitere Ausführungen zur Freizeitgestaltung im Anschluss an unser nächstes Kapitel bringen, da dann die diesbezügliche Problematik noch deutlicher geworden sein dürfte (s.S.97f).

Es ist leichter, einen Aussprachekreis ausschliesslich von jugendlichen Zuwanderern aufzuziehen, als einen gemischten Kreis von Einheimischen und Zuwanderern. Gerade aber das letztere muss angestrebt werden, damit die Diskussionen nicht eng und einseitig werden, sondern Gegensätze deutlich werden, die immer wieder den eigenen Blick weiten. Ausserdem vermeidet ein gemischter Kreis, bei denen die jugendlichen Zuwanderer spüren, dass auch die einheimischen Teilnehmer immer wieder mit den einzelnen Problemen ringen müssen, den Eindruck einer Schulung. Ein gemischter Kreis wirkt sich aber nicht nur vorteilhaft auf die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer, sondern auch auf das Verständnis der Einheimischen für das Geschehen hinter dem "eisernen Vorhang" aus. Besonders dadurch, dass die Einheimischen angeregt werden, sich mit der kommunistischen Weltanschauung, mit dem dialektischen Materialismus zu beschäftigen, rückt das Geschehen hinter dem "eisernen Vorhang" menschlich näher.

Das aber dürfte sehr deutlich aus unseren Ausführungen über die Befangenheit der jugendlichen Zuwanderer in der kommunistischen Weltanschauung, besonders aus unseren Darlegungen über die Anziehungskraft des dialektischen Materialismus geworden sein, dass ein jeder, der sich in besonderer betreuender Form den jugendlichen Zuwanderern widmet - das gilt vor allem für die Leiter eines Aussprachekreises - über den dialektischen Materialismus Bescheid wissen muss. Ohne dieses Wissen ist die Einstellung der jugendlichen Zuwanderer nicht zu verstehen, ohne dieses Wissen kann man nicht ernst und gewissenhaft mit ihnen diskutieren, kann man ihnen nicht helfen, sich zu einem tief fundierten Standpunkt durchzuringen.

In der Regel werden für solche Aussprachekreise oder Arbeitsgemeinschaften erst die jugendlichen Zuwanderer, die über 18 Jahre alt sind, reif genug sein. Wenn möglich sind für die Jüngeren gesonderte Kreise aufzuziehen, in denen Probleme zur Sprache kommen, die dem Alter dieser

Jungen gemäss sind. Dabei muss man sich darüber klar sein, dass die jü-ngerer jugendlichen Zuwanderer keineswegs leichter zu formen sind; im Gegenteil, sie sind am stärksten in der kommunistischen Weltanschauung befangen (Man muss im Westen zur Kenntnis nehmen, dass die kommenden Jahrgänge der Jugend in der Zone immer mehr in der kommunistischen Weltanschauung Fuss fassen werden.) Gerade bei den jüngeren Jahrgängen müssen die meisten inneren Widerständen und Vorurteile überwunden werden. Sie zu lockern und zu enthärten, kann nicht so sehr mit intellektuellen Mitteln geschehen, als vielmehr dadurch, dass diese Jugendlichen zunächst ein Zuhause, eine Geborgenheit finden. Aber auch bei den Jugendlichen über 18 Jahre bestehen grosse Schwierigkeiten, sie für solche Arbeitskreise und Gemeinschaften zu gewinnen. Wege dazu werden wir in unserem letzten Kapitel aufzuzeigen haben.

3) Verhältnis der jugendlichen Zuwanderer zu Arbeit und Beruf (untersucht an Hand statistischer Erhebungen)

a) Anliegen der Untersuchung.

Arbeit und Beruf gehören zum Menschsein. Sie prägen weitgehend sein Leben. In der Arbeit und im Beruf verwirklicht der Mensch in hervorragender Weise sein Leben, seine Natur. Der besondere Platz, den Arbeit und Beruf dort einnehmen, verlangt auch bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer in die BRP berücksichtigt zu werden. Ohne berufliche Eingliederung kann von einer Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer nicht gesprochen werden. Was aber haben wir unter beruflicher Eingliederung zu verstehen?

Eine Vermittlung der jugendlichen Zuwanderer in den Beruf, den sie in der Zone erlernt bzw. dort ausgeübt haben, ist nicht unbedingt eine rechte Berufsvermittlung. Der Volksschüler muss in der Regel am Ende des 14. Lebensjahres einen Beruf ergreifen. Damit steht er in den meisten Fällen noch halb als Kind vor der Berufswahl.

Spranger sagt: "Weder ist sein Urteil reif genug, um nur entfernt die Sachlage zu überschauen, noch ist er selbständig genug, um sich dem Willen und der Suggestion seiner Berater zu entziehen. Entwicklungspsychologisch betrachtet, liegt das Ende der gesetzlichen Schulzeit viel zu früh." ⁸¹⁾ Siegmund-Schultze erhebt deswegen die Forderung, dem Jugendlichen nach Beendigung des Reifealters die Möglichkeit zu geben, seinen Beruf zu wechseln, wenn er inzwischen erkannt hat, dass seine Neigungen auf anderem Gebiet liegen. ⁸²⁾ Diese Forderung aber sollte erst recht bei den jugendlichen Zuwanderern erfüllt werden, deren Übertritt aus der SBZ in die BRP eine tiefe Cäsar in ihrem Leben bedeutet, die hinreichenden Anlass gibt, die bisher eingeschlagene Lebensrichtung, wozu nicht zuletzt der Beruf gehört, zu überprüfen. Dazu kommt, dass die äusseren Umstände, die in der Zone und in der BRP die Ergreifung eines Berufes mitbestimmen, sehr verschieden sind. In einer vollkommenen Planwirtschaft muss notwendig sowohl Auslese als auch Ausbildung des Nachwuchses an Arbeitskräften ganz dem Produktionsplan untergeordnet werden, d.h. also, dass in der Zone eine Berufsnachwuchslenkung geübt wird, die sich nach dem Produktionsplan richtet. ⁸)

Die Eignung der Jugendlichen für einen Beruf wird nicht absolut betrachtet, sondern immer nur relativiert im Hinblick auf ein vorgegebenes Produktionsziel beurteilt. Schon von frühesten Jahren an erfolgt eine planmässige berufliche Interessenlenkung und -werbung. ⁸³⁾ Mit dieser Feststellung soll nicht die Behauptung aufgestellt werden, dass es dagegen in der BRP jedem Jugendlichen möglich ist, einen beliebigen Beruf zu ergreifen. Auch in der BRP kann nicht nur die Berufsneigung und Berufseignung der Jugendlichen berücksichtigt werden. Bislang stand einem Überangebot an Nachwuchskräften ein Mangel an Lehr- und Arbeitsstellen gegenüber. Eine Abstimmung der Berufswünsche auf das Gemeinwohl wird stets eine sehr grosse Rolle spielen. Albert Huth stellt (1949) fest: "...

wollte man den Ratsuchenden ihren Willen erfüllen, dann wären wir in einigen Jahren ein Volk von Köchen, Schneidern und Frisören, auf der anderen Seite hätten wir keine Former, Dreher, Spengler, Bergleute, Näherinnen, Druckereianlängerinnen, Brunnenbauer, Glaser usw." 84)

Und doch besteht zwischen der Berufswahlfreiheit der Jugendlichen in der BRP und in der Zone ein wesentlicher Unterschied, der darin begründet ist, dass man hüben und drüben unter Gemeinwohl etwas anderes versteht, oder anders gesagt, die Auffassung über die Stellung des einzelnen Menschen zur Gesellschaft verschieden ist. Es ist hier nicht der Ort, sozialphilosophisch das verschiedene Verhältnis zwischen Einzelmensch und Gesellschaft in den beiden Teilen Deutschlands zu untersuchen. Wir verweisen auf die einschlägige Literatur. 85)

Hier genügt die Feststellung, dass jeweils etwas anderes darunter verstanden wird. Das aber heisst, in der Zone wird der Jugendliche durch andere Gesichtspunkte und durch andere Mittel zu seinem Beruf bestimmt als in der BRP. Es ist daher nicht abwegig anzunehmen, dass sich manche Jugendliche nach ihrem Übertritt aus der Zone in der BRP in dem Verhältnis zu ihrem bislang ausgeübten Beruf vor neue Gesichtspunkte gestellt sehen. Andere haben eben deswegen, weil sie sich in der SBZ in ihrem Beruf unwohl fühlten, die Zone verlassen. Wir dürfen feststellen: Eine Arbeitsvermittlung in den erlernten bzw. in den bisher in der Zone ausgeübten Beruf braucht keineswegs die rechte Berufseingliederung zu sein. (Bereits im Aufnahmelager Sandbostel haben 1953 23,3 % der jugendlichen Zuwanderer den Wunsch, einen anderen als den in der Zone ausgeübten Beruf zu ergreifen, 61,5 % wollen in denselben Beruf vermittelt werden und 15,2 % wünschen ihre angefangene Lehre bzw. Studium beenden zu können.) 86)

Hier wird deutlich, dass die jugendlichen Zuwanderer vor ihrer Vermittlung sorgfältig auf ihre Berufseignung beobachtet werden müssen. Während dieser Beobachtungszeit müssen sie selbst Gelegenheit haben, sich über das Berufsleben, d.h. über

Berufsmöglichkeiten , - anforderungen und - aussichten in der BRP zu orientieren und dadurch Klarheit über ihre Berufswünsche zu erlangen.

Die berufliche Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer ist abgeschlossen, wenn sie 1. ihren Arbeitsplatz ausfüllen und 2. selbst von ihrer Arbeit, von der Ausübung ihres Berufes ausgefüllt werden. Setzen wir voraus, dass durch eine sorgfältige und abgewogene Vermittlung die Jugendlichen in einem Berufe stehen, der ihrer geistigen und körperlichen Veranlagung und ihren Neigungen entspricht, so hängt die erste Bedingung für den Abschluss ihrer beruflichen Eingliederung (Ausfüllung des Arbeitsplatzes) von dem Grad ihrer Grundausbildung (Schul- und Lehrzeit), von ihren Berufskenntnissen, von der Fähigkeit, sich am Arbeitsplatz einzusetzen, kurz gesagt, von ihrer Berufstüchtigkeit ab und die zweite Bedingung (Ausgefülltwerden vom Beruf) von ihrer Auffassung von Arbeit und Beruf, von der Idee, unter der sie allgemein Arbeit und Beruf sehen und ausüben, mit anderen Worten, von ihrer Berufsgesinnung. Müssen diese Bedingungen negativ beantwortet werden, so ist vor und nach der Vermittlung der jugendlichen Zuwanderer eine Berufserziehung notwendig. 87)

Es gilt also zu klären, ob allgemein bzw. zum mindesten bei einer grossen Anzahl von jugendlichen Zuwanderern Berufstüchtigkeit und Berufsgesinnung negativ zu werten sind. Unsere Untersuchung nach dem Verhältnis der jugendlichen Zuwanderer zu Arbeit und Beruf konzentriert sich damit auf die Fragen nach ihrer Berufstüchtigkeit und ihrer Berufsgesinnung. Dabei sind wir besonders bei der Untersuchung der Berufstüchtigkeit auf empirische Ergebnisse angewiesen. Ohne derartige Untersuchungen gerät eine Argumentation für oder gegen die Berufstüchtigkeit in die Gefahr, lediglich Vorurteile beweisen zu wollen.

In der BRP stösst man immer wieder auf das Vorurteil, die Fähigkeit der jugendlichen Zuwanderer, ihren Arbeitsplatz auszufüllen, liege weit unter dem Durchschnitt der Fähig-

keit der einheimischen Jugendlichen. Teils handelt es sich dabei um Erfahrungen einzelner Arbeitgeber, die sehr schnell verallgemeinert werden (s. als Beispiel für leichtfertige Verallgemeinerungen Anlage Nr. 6, S. 151), teils beruhen sie auf verschiedenen theoretischen Erwägungen, die in folgende 5 Punkte zusammengefasst werden können:

1. Die Lehrzeit in der Zone ist in den meisten Berufen kürzer als in der BRP, in manchen sogar auf 2 Jahre verkürzt.
2. Die Lehrzeit wird nicht nur mit fachlicher Ausbildung, sondern auch mit intensiver Schulung im sowjetischen dialektischen Materialismus ausgefüllt. Man kann also annehmen, dass unter solcher Schulung die fachliche Ausbildung erheblich leiden muss.
3. Der Wirtschaftsmarkt der Zone ist durch seine einseitige Ausrichtung auf den Handel mit den Oststaaten von manchen Rohmaterialien abgeschlossen, die den Betrieben in der BRP zur Verfügung stehen. Das bedingt, dass alle Arbeitsweisen, die sich auf die Verarbeitung dieser Materialien beziehen, den jugendlichen Zuwanderern fremd bleiben müssen.
4. Die Jugendlichen in der BRP sind im freien Spiel der Kräfte einer Wettbewerbswirtschaft höheren Anforderungen ausgesetzt als die in der Planwirtschaft.
5. Gerade diejenigen, die beruflich versagen, werden eher geneigt sein, die Zone zu verlassen, als diejenigen, die in ihrem Beruf etwas leisten.

Zwar sind diese Argumente nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, es ist aber sicherlich nicht gestattet, verallgemeinernde Folgerungen aus ihnen zu ziehen. Hier wird die Notwendigkeit einer empirischen Untersuchung deutlich. Dabei sei darauf hingewiesen, dass falsche Aussagen über die Berufstüchtigkeit, die die jugendlichen Zuwanderer in ihrer Gesamtheit treffen, ihnen sehr viel schaden können. (Z.B. wird die Bereitschaft der Arbeitgeber, einen jugendlichen Zuwanderer einzustellen,

dadurch in Frage gestellt.)

b) Durchführung und Ergebnis der Untersuchung.

Wir erfassen in unserer Untersuchung die jugendlichen Zuwanderer, die aus 6 Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst im IV. Vierteljahr 1953 entlassen worden sind, wobei wir diejenigen Jugendlichen ausschliessen, die nach der Arbeitsaufnahme noch weiter von den Heimstätten betreut werden. (Nachbetreuung). Von den Heimstätten liegt eine in Nordrheinland (von 3 dort bestehenden), eine im westf. Ruhrgebiet (die einzige dort) und 4 in Ostwestfalen bzw. Lippe. Es ergibt sich eine Anzahl von 387 Jugendlichen. Das ist jeder zweite bis dritte der in diesem Vierteljahr aus den Heimstätten vermittelten Jugendlichen. (Im Jahre 1953 wurden insgesamt 3355 Jugendliche aus den Heimstätten des Landes NRW in Arbeit vermittelt, d.h. also, in einem Vierteljahr rd. 850.) 88)

Wir nehmen Jugendliche, die aus Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst in Arbeitsstellen vermittelt sind, da bei ihnen am ehesten die Voraussetzungen einer sorgfältigen und abgewogenen Vermittlung erfüllt sind. Solche Heimstätten sind in diesem Zeitabschnitt noch mehr als im vorausgegangenen Sichtung- und Beobachtungsstellen (s. S. 27f/117) und bemüht, soweit es die äusseren Umstände (Arbeitsmarkt und Wohnungslage) gestatten, die Jugendlichen individuell zu vermitteln.

Da wir im übrigen bestrebt sind, unserer Untersuchung möglichst den Durchschnitt der Gesamtheit der jugendlichen Zuwanderer zugrunde zu legen, erfassen wir jene, die im IV. Vierteljahr 1953 in Arbeit vermittelt sind. Diese Jugendlichen sind von August bis einschl. November 1953 aus der Zone in die BRP gekommen. In dieser Zeit flaut die politische Hochkonjunktur, die am 17. Juni ihren Höhepunkt erreicht hat, immer mehr ab. Durch die Ankündigung des "Neuen Kurs" wird in manchem Menschen der Zone die Hoffnung auf eine gemässigtere politische Richtung und auf eine Besserung der wirtschaftlichen

Lage geweckt und er dadurch zum Ausharren in der Zone veranlasst. Von dieser Zeit an nimmt die Anzahl der Zuwanderungen aus der Zone in die BRP bis zum Sommer 1954 ständig ab. Da bei einer Abnahme des Flüchtlingsstromes der prozentuale Anteil derjenigen wächst, die aus Gründen ihrer privaten Lage, ihrer Veranlagung und ihres Charakters geneigt sind, ihre Heimat zu verlassen (s.S. 10), dürfte der Zeitpunkt zwischen einer politischen Hochkonjunktur und politisch ruhigen Tagen gerade eine rechte Auslese von Jugendlichen bringen, die in ihrer durchschnittlichen Zusammensetzung weder einseitig aus politischen Gründen zum Übertritt aus der Zone veranlasst sind, noch einseitig den Typ des "entwurzelten Jugendlichen" darstellen.

Entsprechend dem Anliegen der Untersuchung richtet sich die Befragung an die Arbeitgeber, zu denen die Jugendlichen aus der Heimstätte vermittelt worden sind. Die Befragung findet ein Jahr nach der Vermittlung statt, also im IV. Vierteljahr 1954.

Von mehr als der Hälfte der untersuchten Jugendlichen liegt in den Heimstätten nur die Angabe der Wohnung vor, zu der sie entlassen sind, nicht aber die Anschrift ihres Arbeitgebers, die in diesen Fällen erst durch Anfrage bei öffentlichen und privaten Instanzen in Erfahrung gebracht worden ist. Diese Ermittlung erschwert sich in vielen Fällen dadurch, dass die Jugendlichen inzwischen einen Wohnungs- oder Ortswechsel vorgenommen haben.

Unter den 387 Jugendlichen, von denen wir ausgegangen sind, gibt es 21 Jugendliche, die weder in der von der Heimstätte mitgeteilten Wohnung noch bei dem angegebenen Arbeitgeber bekannt sind. Es muss in diesen Fällen offen bleiben, ob die Heimstätten irrtümlich eine falsche Entlassungsanschrift vermerkt haben oder ob diese Jugendlichen zwar zu dieser Anschrift verwiesen aber nie dort aufgetaucht sind. Es bleiben also 366 Jugendliche, über die Auskunft eingeholt worden ist.

Da in der Regel die Feststellung zutrifft, dass das Verhältnis zu Arbeit und Beruf bei denjenigen Menschen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, wesentlich günstiger ist als bei denjenigen ohne Berufsausbildung, ist bei unserer Untersuchung eine dementsprechende Aufgliederung notwendig. Wir unterscheiden daher bei den Angaben unserer Untersuchungsergebnisse folgende 3 Gruppen von Jugendlichen:

Gruppe I: Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung, die in ihren Beruf vermittelt sind.

Gruppe II: Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung, die aber in einen anderen Beruf vermittelt sind. (Damit ist aber keineswegs gesagt, dass diese Jugendlichen in einen Beruf vermittelt sind, der nicht ihrer Veranlagung und Neigung entspricht (s.S. 71 ff)).

Gruppe III: Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Die Aufgliederung der einzelnen Untersuchungsergebnisse in diese 3 Gruppen noch weiterhin altersmässig aufzuteilen, ist nicht möglich, da dazu die untersuchte Anzahl Jugendlicher zu klein ist (s.Einleitung) . Bei den Fragen, die sich auf die Berufstüchtigkeit der Jugendlichen beziehen, wird dieser Mangel durch die Art unserer Fragestellung gemildert, denn durch sie ist erreicht, dass die Arbeitgeber bei ihren Antworten jeweils den Zuwanderer, nach dessen Berufskenntnis und Einsatz am Arbeitsplatz wir sie fragten, mit einem gleichaltrigen einheimischen Jugendlichen verglichen haben. Dadurch ist eine allgemeine Aussage über die Berufstüchtigkeit der jugendlichen Zuwanderer im Vergleich zur Berufstüchtigkeit der einheimischen Jugend möglich. Gerade auf diesen Vergleich kommt es uns an.

Um aber Anhaltspunkte für Erwägungen zu geben, die das Alter der Jugendlichen berücksichtigen, geben wir in einer Übersicht eine Aufteilung der 3 Gruppen auf folgende 3 Altersstufen:

- Altersstufe 1: Jugendliche über 20 Jahre (also 21 u. 22)
Altersstufe 2: Jugendliche zwischen 18 u. 20 Jahren
Altersstufe 3: Jugendliche unter 18 Jahre (also 16 u. 17)

Ausserdem bringen wir bei den Fragen nach Verbleib oder Nichtverbleib der Jugendlichen am Arbeitsplatz sowie bei der Übersicht über den wöchentlichen Verdienst der Jugendlichen neben der Aufteilung nach den 3 Gruppen eine Aufteilung nach den 3 Altersstufen.

Die einzelnen Untersuchungsergebnisse:

Die 366 Jugendlichen verteilen sich wie folgt auf die 3 Gruppen:

Gruppe I	204 Jugendliche	=	55,8 %
Gruppe II	61 Jugendliche	=	16,7 %
Gruppe III	101 Jugendliche	=	27,5 %
366			100 %

Diese prozentuale Aufteilung darf keineswegs verallgemeinert werden. Der Anteil der Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung an der Gesamtzahl der im Jahre 1953 in die BRP zugewanderten Jugendlichen beträgt nach unseren Feststellungen (s. Anlage Nr. 1 S. 130) 49,8 %. (Bei den Heimatvertriebenen unter den jugendlichen Zuwanderern liegt der diesbezügliche Prozentsatz bei 47,1 %, bei den in der Zone einheimisch gewesenen Jugendlichen bei 51,2 %). Die Differenz zwischen dem Anteil jugendlicher Zuwanderer mit abgeschlossener Berufsausbildung, wie er unserer Untersuchung zugrunde liegt (55,8 % + 16,7 % = 72,5 %), und dem Anteil solcher Jugendlichen an der Gesamtzahl aller im Jahre 1953 zur BRP zugewanderten Jugendlichen (49,8 %) ist dadurch zu erklären, dass wir in unserer Untersuchung aus bestimmten Gründen (s. S. 76) nur Jugendliche erfasst haben, die durch Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst geschleust sind. Wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass z.B. in die Heimstätte mit Gemeinschaftsdienst in Bochum-Hordel zur Weitervermittlung fast ausschliesslich Facharbeiter eingewiesen werden (80 Jugendliche unserer

Untersuchung gingen durch die Heimstätte "Bochum-Hordel"), so dürfte diese Differenz verständlich sein.

Die 3 Gruppen, in die wir die Jugendlichen aufgeteilt haben, setzen sich altersmässig wie folgt zusammen:

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
Altersstufe 1: (er 20 Jahre)	51 = 25,0 %	13 = 21,3 %	17 = 16,8 %	81 = 22,1 %
Altersstufe 2: (3-20 Jahre)	135 = 66,1 %	33 = 54,1 %	56 = 55,5 %	224 = 61,2 %
Altersstufe 3: (unter 18 Jahre)	18 = 8,9 %	15 = 24,6 %	28 = 27,8 %	61 = 16,7 %
	204 = 100 %	61 = 100 %	101 = 100 %	366 = 100 %
Altersstufe 1	Altersstufe 2	Altersstufe 3	Gesamt	
Gruppe I	51 = 63,0 %	135 = 60,3 %	18 = 29,5 %	204 = 55,8 %
Gruppe II	13 = 16,0 %	33 = 14,7 %	15 = 24,6 %	61 = 16,7 %
Gruppe III	17 = 21,0 %	56 = 25,0 %	28 = 45,9 %	101 = 27,5 %
	81 = 100 %	224 = 100 %	61 = 100 %	366 = 100 %

(In der ersten Übersicht sind die Prozentzahlen auf die Gesamtzahl der jeweiligen Gruppe, in der zweiten Übersicht auf die Gesamtzahl der jeweiligen Altersstufen bezogen.)

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
1. Es sind vermittelt in:				
a) Handwerk	67 = 32,9 %	7 = 11,4 %	10 = 10,0 %	84 = 22,9 %
b) Industrie	115 = 56,5 %	20 = 32,9 %	28 = 27,7 %	163 = 44,4 %
c) Bergbau	3 = 1,5 %	3 = 4,9 %	17 = 16,8 %	23 = 6,3 %
d) Landwirtschaft	-	17 = 27,9 %	25 = 24,7 %	42 = 11,7 %
e) Sonstige	19 = 9,1 %	14 = 22,9 %	21 = 20,8 %	54 = 14,7 %
	204 = 100 %	61 = 100 %	101 = 100 %	366 = 100 %

Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
----------	-----------	------------	--------

2. Berufskenntnisse bzw. Ausfüllung des Arbeitsplatzes im Vergleich zu der einheimischen Jugend:

a) besser	32 = 17,2 %	1 = 2 %	4 = 4,5 %	37 = 11,5 %
b) ebenbürtig	104 = 55,9 %	41 = 82 %	56 = 66,0 %	201 = 62,6 %
c) schlechter	50 = 26,9 %	8 = 16 %	25 = 29,5 %	83 = 25,9 %
d) unbekannt	<u>18</u>	<u>11</u>	<u>16</u>	<u>45</u>
bzw. nicht zu beurteilen.	204 = 100 %	61 = 100 %	101 = 100 %	366 = 100 %

3. Einsatz am Arbeitsplatz:

a) arbeits- willig, strebsam	167 = 86,0 %	38 = 69,0 %	63 = 70,4 %	268 = 79,4 %
b) unlustig, unzufrieden	14 = 7,2 %	11 = 20,0 %	19 = 21,4 %	44 = 13,0 %
c) aufsässig, faul	13 = 6,8 %	6 = 11,0 %	7 = 8,2 %	26 = 7,7 %
d) unbekannt	<u>10</u>	<u>6</u>	<u>12</u>	<u>28</u>
	204 = 100 %	61 = 100 %	101 = 100 %	366 = 100 %

4. Berufsaussichten im Hinblick auf Einsatz und Fähigkeit:

a) sehrgut	31 = 18,0 %	-	-	31 = 10,7 %
b) gut	83 = 48,3 %	28 = 62,3 %	31 = 43,0 %	142 = 49,1 %
c) mässig	47 = 27,3 %	6 = 13,3 %	11 = 15,5 %	64 = 22,2 %
d) schlecht	11 = 6,4 %	11 = 24,4 %	30 = 41,5 %	52 = 18,0 %
e) unbekannt	<u>32</u>	<u>16</u>	<u>29</u>	<u>77</u>
	204 = 100 %	61 = 100 %	101 = 100 %	366 = 100 %

5. Wöchentlicher Verdienst: a) Aufteilung nach Gruppen:

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
a) unter 60 DM	72 = 37,1 %	20 = 35,2 %	71 = 79,0 %	163 = 47,8 %
b) zw. 60-80 DM	81 = 41,7 %	28 = 49,1 %	19 = 21,0 %	128 = 37,5 %
c) zw. 80 - 100 DM	27 = 13,9 %	9 = 15,7 %	-	36 = 10,6 %
d) über 100 DM	14 = 7,3 %	-	-	14 = 4,1 %
e) unbekannt	<u>10</u>	<u>4</u>	<u>11</u>	<u>25</u>
	204 = 100 %	61 = 100 %	101 = 100 %	366 = 100 %

b) Aufteilung nach Altersstufen:

	Über 20 J.	Zw. 18-20 J.	Unter 18 J.	Gesamt
a) unter 60 DM	21 = 28,0 %	99 = 46,7 %	43 = 79,7 %	163 = 47,8 %
b) zw. 60-80 DM	25 = 33,3 %	92 = 43,4 %	11 = 20,3 %	128 = 37,5 %
c) zw. 80-100 DM	15 = 20,0 %	21 = 9,9 %	-	36 = 10,6 %
d) über 100 DM	14 = 18,7 %	-	-	14 = 4,1 %
e) unbekannt	<u>6</u>	<u>12</u>	<u>7</u>	<u>25</u>
	81 = 100 %	224 = 100 %	61 = 100 %	366 = 100 %

6. 1 Jahr nach der Arbeitsvermittlung sind noch in der Firma bzw. sind nicht mehr in der Firma:

a) Aufteilung nach Gruppen:

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
a) noch in d.Fa.	122 = 59,7 %	26 = 42,6%	33 = 32,2 %	181 = 49,5%
b) nicht mehr in der Firma	82 = 40,3 %	35 = 57,4%	68 = 67,8 %	185 = 50,5%
	204 = 100 %	61 = 100 %	101 = 100 %	366 = 100%

b) Aufteilung nach Altersstufen:

	Über 20 J.	Zw. 18-20 J.	Unter 18 J.	Gesamt
a) noch in d.Fa.	54 = 66,7 %	92 = 41,1 %	35 = 57,4 %	181 = 49,5%
b) nicht mehr in der Firma	27 = 33,3 %	132 = 58,9 %	26 = 42,6 %	185 = 50,5%
	81 = 100 %	224 = 100 %	61 = 100 %	366 = 100 %

7. Von denen, die nach einem Jahr nicht mehr in der Firma sind, haben die Firma bereits verlassen

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
a) nach 3 Monaten	40 = 48,8 %	23 = 65,8%	25 = 36,8 %	88 = 47,5%
b) nach 6 Monaten	69 = 89,0 %	28 = 80.0%	47 = 69,0 %	144 = 77,8%

8. Die Firma ist auf folgende Art und Weise verlassen worden:

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
a) die Firma kündigte	22 = 26,4 %	8 = 22,8%	12 = 17,5%	42 = 22,7%
b) der Jugendliche kündigte	46 = 56,1 %	21 = 60,1 %	36 = 53,3%	103 = 55,7%
c) der Jugendliche verließ ohne Kündigung d.Stelle	14 = 17,5%	6 = 17,1 %	20 = 29,2%	40 = 21,6%
	82 = 100 %	35 = 100 %	68 = 100 %	185 = 100%

9) Zur SBZ sind nachweislich zurückgewandert:

a) Aufteilung nach Gruppen

Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	Gesamt
4 = 1,9%	7 = 11,5%	14 = 14,0 %	25 = 7,0 %

b) Aufteilung nach Altersstufen

Über 20 J.	Zw. 18-20 J.	Unter 18 J.	Gesamt
1 = 1,2 %	18 = 8.0 %	6 = 9,8 %	25 = 7.0 %

(Die Prozentsätze beziehen sich beim Punkt 9 auf die Gesamtzahl der jeweiligen Gruppe bzw. Altersstufe.)

10. Unterkunftsorten der Jugendlichen. Es wohnten

a) in Jugendwohnheimen	53 = 15,8 %
b) privat	217 = 65,0 %
c) in der Arbeitgeberfamilie	64 = <u>19,2 %</u>
d) unbekannt	<u>32 =</u>
	366 = 100 %

c) Auswertung des Untersuchungsergebnisses

Hervorstechend an dem Ergebnis der Erhebung sind zwei Fakten. 1. Die Berufskennntnis bzw. die Fähigkeit, den Arbeitsplatz auszufüllen, der Einsatz am Arbeitsplatz, die Berufsaussichten im Hinblick auf Einsatz und Fähigkeit werden zu einem hohen Prozentsatz positiv gewertet. 2. Um so mehr überrascht die verhältnismässig hohe Zahl Jugendlicher, die frühzeitig ihre Arbeitsstelle aufgegeben hat. An Hand dieser zwei Fakten und unter Heranziehung der übrigen Untersuchungsergebnisse werden wir die Berufstüchtigkeit und die Berufsgesinnung der Jugendlichen untersuchen.

aa) Berufstüchtigkeit der jugendlichen Zuwanderer.

Die durchschnittlich positive Bewertung des Einsatzes der jugendlichen Zuwanderer am Arbeitsplatz und ihrer Fähigkeit, den Arbeitsplatz auszufüllen, geht nicht nur aus den Punkten 1. bis 4. unseres Untersuchungsergebnisses, sondern auch aus der Tatsache hervor, dass nur einer verhältnismässig geringen Zahl jugendlicher Zuwanderer vom Arbeitgeber gekündigt worden ist (s. Punkt 8a). Wenn somit unser Untersuchungsergebnis eine Berufstüchtigkeit der jugendlichen Zuwanderer angibt, die keineswegs unter der der einheimischen Jugendlichen

liegt, so sind damit die Argumente, die das Gegenteil behaupten, empirisch widerlegt. Aber es kann nicht bestritten werden, dass einige Punkte dieser Argumentationen für sich betrachtet überzeugend wirken. Daher ist es notwendig, die Gesamtsituation zu untersuchen, in der die Jugendlichen in der Zone zu Arbeit und Beruf geführt werden und an ihrem Arbeitsplatz stehen. Nur so können wir den jugendlichen Zuwanderern gerecht werden. Dabei muss es sich zeigen, ob unser positives Ergebnis über ihre Berufstüchtigkeit in den Gegebenheiten, unter denen sie in der Zone aufgewachsen sind, begründet ist.

Eine Weltanschauung wie der Kommunismus, die alles vom ökonomischen Standpunkt aus sieht und bewertet, ⁸⁹⁾ muss notwendig der Produktion eine grosse Bedeutung zumessen. So wird in den vom Kommunismus beherrschten Staaten eine möglichst hohe Produktion erstrebt. Dabei ist die Produktionssteigerung nicht so sehr auf die gegenwärtige Konsumgüterbefriedigung der Bevölkerung gerichtet, als vielmehr hingeordnet auf die Erreichung des eschatologischen Zieles des Kommunismus. Die Produktionssteigerung ist notwendig zur Machtgewinnung gegenüber den kapitalistischen Staaten, die die kommunistischen Staaten umgeben und durch ihre Existenz das Kommen der klassenlosen Gesellschaft verzögern. ⁹⁰⁾

Da das Eigeninteresse der arbeitenden Menschen in den kommunistischen Ländern nicht den Spielraum zur Entfaltung hat wie in den Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsform, sind diese Länder gezwungen, auf andere Weise eine Leistungssteigerung der Arbeiter und damit eine Produktionssteigerung zu erzielen. Das wird erreicht einerseits durch den Leistungslohn, andererseits durch Anwendung ideologischer Mittel. ⁹¹⁾

Bei der Bemessung des Leistungslohnes wird von der Qualifikation, die eine Arbeit zu ihrer Bewältigung erfordert, und von der Quantität des Arbeitsergebnisses aus-

gegangen. " Die Bezahlung der Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz erfolgt nach dem Leistungsprinzip, entsprechend ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und ihrer Verantwortung unter Berücksichtigung der Schwere, Kompliziertheit und volkswirtschaftlichen Bedeutung der zu leistenden Arbeit. 92) Grundlage der Bemessung der Lohnhöhe nach der Menge des Arbeitsergebnisses sind die festgesetzten Arbeitsnormen. 93) Auf die Leistungssteigerung durch Normerhöhung soll hier nicht weiter eingegangen werden. Das Lohnsystem wird ergänzt durch Erfolgsprämien und Treueprämien. "Entscheidend für die Prämienzahlung ist die Erfüllung oder Übererfüllung des Produktionsplanes. 94)

Die Arbeiten in den verschiedenen Berufen werden in Lohngruppen aufgegliedert - im allgemeinen in 8 Lohngruppen -. Die erste Lohngruppe enthält die einfachsten und leichtesten Arbeiten, die die geringsten Kenntnisse und Fähigkeiten voraussetzen, während in die höchste Lohngruppe die schwierigsten und höchst qualifizierten Arbeiten eingeordnet werden. Je grösser der Unterschied zwischen den einzelnen Lohngruppen ist, desto mehr wird der Arbeiter dadurch angespornt, Kenntnisse und Fertigkeiten zu vervollkommen, um in eine höhere Lohngruppe zu gelangen. Wir stellen also fest, dass die Qualifikation des Arbeiters stark bewertet wird und dass man versucht, sie durch materiellen Anreiz zu steigern. 95) Besonders gekennzeichnet wird die Bedeutung der Ausbildung und Qualifikation der arbeitenden Menschen in der Zone durch die Vergünstigungen, die der sogenannten "technischen Intelligenz" zukommen. 96)

Die ideologische Beeinflussung zur Leistungssteigerung geschieht vor allem durch einseitige Verherrlichung der Arbeit. Der Mensch wird letztlich nur gewertet nach seiner Arbeitsfähigkeit, nach dem Nutzwert, den er auf dem Arbeitsmarkt darstellt. (Engels: "Die Arbeit hat den Menschen geschaffen"). Die Zuteilung verschiedener Lebensmittelkarten entsprechend der Einschätzung der Produktivität kennzeichnet diese Tendenz. 97) Die Titel-

verleihung wie "Aktivist", "Verdienter Aktivist", "Held der Arbeit", "Verdienter Erfinder", "Verdienter Techniker des Volkes" soll diejenigen als beispielhaft herausstellen, die sich durch eine Steigerung der Produktivität besonders für die "neue Gesellschaftsordnung" eingesetzt haben. Ausserdem verbindet sich mit dieser Titelverleihung nicht nur ein ideologischer, sondern auch ein materieller Anreiz zur Leistungssteigerung, da diese Titel mit beachtlichen Geldbeträgen dotiert sind. 98)

Diesen aufgeführten Anreizen zur Leistungs- und Qualifikationssteigerung stehen auch die jungen Lehrlinge und Berufsanwärter gegenüber. Ihre ideologische Beeinflussung, sich ganz für eine ständige Produktionssteigerung einzusetzen, hat schon im vorberuflichen Alter begonnen. Die Schulkinder werden zu einem Kult der Arbeit erzogen. Ein Beispiel dafür ist ein Vorschlag zu einer Feierstunde anlässlich des 75. Geburtstages des Präsidenten Wilhelm Piek am 3. Januar 1951, den wir im Auszuge im Anhang bringen (s. Anlage Nr. 5 S. 149). Dabei ist zu berücksichtigen, dass solche Vorschläge die Bedeutung einer Dienstvorschrift haben. Man ist bestrebt, sich genau an den "von oben" kommenden Vorschlag zu halten.

Unter dem Zeichen "lernen, lernen, lernen" wachsen die Kinder auf. Ein ausgeprägtes System der Leistungskontrolle hält die Schulkinder unter einem festen Lernzwang. Schon seit 1948 sind Zwischenprüfungen in den Klassen der Grund- und Oberschulen vor den Versetzungen eingeführt. 99) Ein weiteres Mittel zur Leistungskontrolle und Druckmittel zum Lernen ist das Schülertagebuch, in dem "die Hausaufgaben, die Zensuren der Leistungskontrollen in jedem Fach, etwaige Auszeichnungen, die gesellschaftliche Betätigung, die Förderungsmassnahmen und die Teilnahme an auserschulischen Arbeitsgemeinschaften laufend eingetragen" werden. 100) Der kindliche Wettstreit wird angestachelt. Für gute Leistungen werden

Diplome und Medaillen verliehen. Letztlich bedeuten die Methoden der Förderung des Lerneifers nichts anderes als " die Methoden sowjetzonaler Fabrikarbeit, auf die Schule übertragen. So frühzeitig wie möglich wird dem Schüler das 'Soll' seiner Klasse bekanntgegeben. Es wird ihm mitgeteilt, was in einem für ihn überschaubaren Zeitabschnitt zu lernen ist. Und nun wird unter Leitung des Lehrers ständig festgestellt, wie weit die Klasse in der 'Sollerfüllung' ist. Die Leistung bleibt nicht unbeachtet. Der Lehrer und seine Klasse, ja, ganze Schulen können für 'gute' Arbeit ausgezeichnet werden; die Zurückbleibenden erleiden einen schweren Prestigeverlust mit den daraus erwachsenden Kollektivnachteilen". 101)

Die Berufsausbildung steht unter demselben Gesichtspunkt. Auch in den Berufsschulen finden verstärkte Leistungskontrollen statt. Nach jedem Halbjahr hält man Zwischenprüfungen mit einem theoretischen und einem praktischen Teil ab. Der jugendliche Wettstreit erfüllt durch Berufswettkämpfe Ansporn und Reiz. Weiterhin wird eingehämmert: Gutes Lernen wie gutes Arbeiten gehören zu den " patriotischen Pflichten " . Die Arbeit soll aufgefasst werden als " Sache der Ehre, des Ruhmes und des Heldentums. " 102) Mit guten Leistungen ist das hohe Prestige verbunden, eine vorschriftsmässige politische Gesinnung zu haben.

Aber man feuert nicht nur zum Lernen, zur Arbeit an, sondern man ebnet auch Wege zu einer guten, fachlichen Berufsausbildung. Die Berufsschule ist mehr und mehr mit der berufspraktischen Ausbildung verflochten, ein besonderes selbständiges Staatssekretariat für Berufsausbildung ist geschaffen worden, dem neben dem Berufsschulwesen die gesamte Ausbildung von Facharbeitern untersteht. Volkseigene Betriebe haben Betriebsberufsschulen gegründet. Die Kombination Lehrwerkstätten mit Betriebsberufsschulen und einer internatsmässigen Unterbringung der Lehrlinge gibt es seit 1951. Sie läuft unter der Bezeichnung VEB-Lehrkombinate. Lange schreibt

dazu : " Die Lehrkombinate gelten als die beste Form der Berufsausbildung. Dass sie eine vielseitige und besonders intensive Arbeit in der Prägung und Formung der jungen Arbeiter zu leisten vermögen, ist auch gewiss nicht zu bestreiten." ¹⁰³⁾ So kann nicht bezweifelt werden, dass auch diese Form der Ausbildung geeignet ist, die Jugendlichen zu einem intensiven Lernen anzuhalten und ihnen eine gute Fachausbildung zu geben. Es bleibt zwar die grosse Frage offen, inwieweit die Jugendlichen in diesen Kombinat~~en~~ natürlich aufwachsen können, werden doch schon in der BRP die betriebseigenen Jugendwohnheime kritisch beurteilt, weil sie prakt~~isch~~ dem Jugendlichen nie das Gefühl geben, einmal ausserhalb des Betriebes zu sein. Die Verbindung Betrieb, Betriebswohnheim und Betriebsberufsschule dürfte diese psychische Belastung noch weiter verstärken.

Wir stellen zusammenfassend fest: Die Gesamtsituation in der Zone ist so, dass die Schulkinder und die Jugendlichen zu einem intensiven Lernen angehalten werden, ja, dass sie kaum das kindliche oder jugendliche Spiel kennen. Lernen und Arbeiten werden als höchste Pflicht des einzelnen herausgestellt, mit der Arbeit wird ein Kult getrieben. Der Lern- und Arbeitseifer wird weiter angestachelt durch Ausspielung des Ehrgeizes und durch Aussicht auf grösseren materiellen Gewinn. Daneben sind aber auch Möglichkeiten zu einer guten fachlichen Berufsausbildung geschaffen, die immer weiter ausgebaut werden. Die Jugendlichen werden durch vielerlei Anreize angespornt, höhere Qualifikationsstufen zu erreichen. Wenn somit die Begründung für die positiv zu wertenden Fähigkeiten der jugendlichen Zuwanderer, sich am Arbeitsplatz einzusetzen und ihn auszufüllen, gegeben ist, so rufen doch gerade diese Begründungen in uns Bedenken wach, ob die Berufsgesinnung oder, anders gesagt, das innere Verhältnis der Jugendlichen zu ihrem Beruf und zu ihrer Arbeit gesund und natürlich ist.

bb) Berufsgesinnung der jugendlichen Zuwanderer.

Aus den Darlegungen über die berufliche Erziehung und über die ideelle und materielle Wertung der Arbeit in der Zone ist deutlich geworden, dass die soziale Funktion des Berufes dort entsprechend der Absolutsetzung des sozialen Bezuges des Menschen durch den Bolschewismus verabsolutiert wird. Die Arbeit erhält ihre Wertung einseitig aus dem Nutzen, den sie der Gemeinschaft, besser gesagt, dem Kollektiv bringt. Dabei ist die Auslegung, was unter Nutzen für die Gemeinschaft verstanden wird, davon abhängig, was jeweils der Stärkung, Vertiefung und Verbreitung der "neuen Gesellschaftsform" am besten dient.

Unserer Behauptung über die Verabsolutierung des Sozialwertes des Berufes in der Zone kann entgegen gehalten werden, dass in der Lohnvergütung auch der Individualwert des Berufes seine Anerkennung findet. Dazu ist zu sagen: 1. Auch die Lohnvergütung ist in der Zone ganz eingespannt in das Bemühen, das gesetzte gesellschaftliche Ziel zu erreichen. Nur so ist die Anspornung durch den Leistungslohn und durch andere materielle Anreize zu verstehen. Wie sehr dieser Leistungslohn auf den vom System gewünschten Nutzen gerichtet ist, wird durch das Lohngefälle verdeutlicht, das durch Regierungsdekret zugunsten der jeweils wichtigsten Arbeitsvorhaben geschaffen worden ist. ¹⁰⁴⁾ 2. Der Individualwert des Berufes liegt nicht nur in der Selbsterhaltung (Unterhaltserwerb), sondern auch in der Selbstvervollkommnung. Die Scholastik sagt: "Omne agens agendo perficitur". Diese Sicht des Berufes ist unbekannt. Sofern in der Zone von Selbstvervollkommnung gesprochen wird, geschieht das stets nur im Hinblick auf die Verpflichtung, die sich aus der Mitgliedschaft zur Gesellschaft, d.h. zur politischen Machtordnung ergibt. ¹⁰⁵⁾ Die Selbstvervollkommnung der Person als eines sich selbst verantwortlichen Wesens findet keine Erwähnung.

Dabei soll gar nicht bestritten werden, dass der Beruf nur dann zur Selbstvervollkommnung beitragen kann, wenn auch seine soziale Funktion gesehen und berücksichtigt wird. Wie die Person nicht ein Mal Einzelwesen, ens individuelle, und ein anderes Mal Gemeinwesen, ens soziale, sondern stets und ständig Person, d.h.: Einzelwesen und Gemeinschaftswesen ist und eine Vernachlässigung einer dieser Komponenten zu einem verzerrten Menschenbild führt, so darf auch weder die individuelle noch die soziale Seite des Berufes vernachlässigt werden, wenn der Beruf zur Entfaltung des Berufsträgers zur Persönlichkeit beitragen und sie nicht hemmen soll. Treffend definiert Grimme den Beruf wie folgt: " Unter Beruf ... wird eine besondere Art und Weise verstanden, wie der einzelne den Sinn seiner individuellen und sozialen Natur verwirklicht." 106)

Da in der Zone die rechte Abgewogenheit zwischen individueller und sozialer Seite des Berufes nicht gegeben ist, sondern seine soziale Seite extremistisch betont wird, kommen wir zu dem Urteil, dass das Wesen des Berufes dort nur sehr verengt und verzerrt gesehen wird. Dabei sei nicht davon gesprochen, dass die auf Gott gerichtete Beziehung des Berufes entsprechend der Lehre des bolschewistischen Systems vollständig geleugnet wird; denn die Frage, von wem der einzelne zu seiner Lebensaufgabe, zu seiner Arbeit berufen ist, - letztlich hat unter dieser Fragestellung die Bezeichnung Berufung, vocatio nur einen Sinn - 107) wird auch im Westen nur noch sehr wenig gestellt und der religiöse Charakter des Berufes kaum anerkannt.

Wenden wir uns wieder den jugendlichen Zuwanderern zu. Sie sind in der Zone ganz in der oben angeführten verengten und verzerrten Berufsidee erzogen worden. Entsprechend ihrer Befangenheit in der kommunistischen Weltanschauung muss angenommen werden, dass diese Berufsidee in gewisser Hinsicht zu ihrer eigenen geworden ist.

Durch ihre Zuwanderung in die BRP entfällt aber die soziale Bezogenheit des Berufes auf Stärkung und weitere Entwicklung der "neuen Gesellschaftsordnung". Eine neue Bezogenheit auf das Gemeinwohl im Sinne der westdeutschen Staatsform kann erst dann erwartet werden, wenn der Jugendliche sich zu dieser Gesellschaft zugehörig weiss; d.h. wenn er gesellschaftliche Eingliederung gefunden hat. Daher verlieren diese Jugendlichen, die drüben in einer überspannten Masse zur sozialen Wertung der Arbeit erzogen worden sind, hier in der BRP sehr leicht jeden sozialen Bezug ihres Berufes. Damit aber wird das Streben nach möglichst hoher Vergütung, das in der Zone zur Steigerung der Produktivität immer wieder angestachelt worden ist, gänzlich von der sozialen Funktion der Arbeit isoliert. Die Arbeit wird nur noch nach dem materiellen Gewinn eingeschätzt, den sie erbringt. Andere Jugendliche, denen die ständige Betonung der sozialen Seite der Arbeit in der Zone nur ein leeres Lippenbekenntnis gewesen ist, haben schon drüben die Arbeit ausschliesslich als materielle Gewinnquelle gesehen.

Dabei muss noch folgendes beachtet werden: Die Jugendlichen kommen aus der Zone mit der Sehnsucht und dem Drang, von irgend*twas, worüber sie selbst aber keine klare Vorstellung haben, angesprochen und ausgefüllt zu werden. Diese Sehnsucht ist zunächst erklärlich aus der neuen, unbekannten Lage, vor der sie nach dem Zonengrenzübertritt stehen. Sie ist mit unbestimmten Erwartungen und Hoffnungen verknüpft. Dazu kommt, dass die Jugendlichen drüben beruflich und ausserberuflich in einem dauernden "In-Betriebsein" standen. Das Drängen zu diesem und jenem Tun, das in der Zone zur Tagesordnung gehört, wird irgendwie - meist unbewusst - vermisst. Eine gewisse Leere bleibt zurück, die danach verlangt, sinnvoll ausgefüllt zu werden. (s.S. 66).

Es gibt jugendliche Zuwanderer, die ausschliesslich in der Ausübung ihres Berufes Erfüllung suchen. Aber das ist nur eine Minderheit. Und auch von ihr muss gesagt werden, dass sie sich einem verzerrten Menschenbild aussetzt. Denn nicht nur in der Ausübung des Berufes ist die volle Entfaltung zur Persönlichkeit, zur Fülle und zur Vollreife des Menschentums zu sehen, sondern beruf- und ausserberufliches Leben müssen zu diesem Ziel eine Einheit bilden. " Der Nur-Fachmann ist in seinem Persönlichkeitswerte verkümmert" ! ¹⁰⁸⁾ Aber die Gefahr liegt bei der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen im anderen Extrem. In vollständiger Verkennung des Wesens des Berufes suchen sie Erfüllung ihres Lebens in einer von der Arbeitssphäre vollkommen getrennten Freizeitgestaltung. Der Beruf ist nur dazu da, durch den Verdienst, den er erbringt, die Möglichkeit dazu zu verschaffen. Die jugendlichen Zuwanderer werden in dieser Auffassung dadurch bestärkt, dass der Riss zwischen beruflicher und ausserberuflicher Sphäre auch in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung zu finden ist. Ist doch in der BRP " die grosse Irrlehre " stark verbreitet, " der Mensch arbeite, um zu verdienen, er verdiene, um zu leben, er lebe, um zu geniessen". ¹⁰⁹⁾ Im Zusammenhang mit der verzerrten, einseitigen Berufs-idee der jugendlichen Zuwanderer müssen auch die in der BRP weit verbreiteten Prinzipien der Pleonexie und des Geltungskonsums gesehen werden. Zu den Begründungen, die wir oben (s.S. 13) für die Anfälligkeit der jugendlichen Zuwanderer für diese Prinzipien gegeben haben, müssen wir jetzt noch ihre einseitige Sicht des Berufes als Gewinnquelle zählen. In dieser Sicht des Berufes liegt schon das Prinzip des ständigen Mehrhabenwollens begründet. Umgekehrt kann man auch sagen, dass die Anfälligkeit der jugendlichen Zuwanderer für diese Prinzipien sie im verstärkten Masse beeinflusst, ihren Beruf nur als Gewinnquelle zu sehen. Ihre Anfälligkeit für diese Prinzipien und ihre verzerrte.

Berufsidee hängen wechselseitig von einander ab.

Unsere Ausführungen über die einseitige, verzerrte Berufsidee eines grossen Teils der jugendlichen Zuwanderer werden durch folgende weitere Ergebnisse unserer Untersuchung bekräftigt. Von den Jugendlichen, die ihre Stelle gekündigt haben, hat laut Aussagen der Arbeitgeber über die Hälfte ausdrücklich als Kündigungsgrund angegeben, mehr verdienen zu wollen. Das heisst aber nicht, dass der restliche Prozentsatz ohne Ausnahme einen anderen Kündigungsgrund gehabt hat. Ihr Kündigungsgrund ist nur nicht bekannt. Ebenso dürften viele Jugendliche, die ohne Kündigung ihre Stelle verlassen haben, dies getan haben, weil sie mehr verdienen wollten. Das wird auch noch durch folgendes Untersuchungsergebnis unterstrichen.

Der prozentuale Anteil derjenigen Jugendlichen, die ihre Stelle aufgegeben haben, ist bei denen, die in einen Handwerksbetrieb ¹¹⁰⁾ vermittelt worden sind, grösser als bei denen, die in einen Industriebetrieb eingetreten sind. Aus Handwerksbetrieben haben 57,6 % und aus Industriebetrieben nur 46,2 % der jugendlichen Zuwanderer ihre Stelle verlassen. Bei diesem Stellenwechsel ist oft sogar eine berufsfremde Stelle in der Industrie einer berufseigenen im Handwerk vorgezogen worden. Auf Grund des persönlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie zwischen den Arbeitskollegen, wie es im überschaubaren Werkraum des Handwerkes gegeben ist, ¹¹¹⁾ haben wir vermutet, dass die jugendlichen Zuwanderer sich hier eher heimisch fühlen würden als in einem Industriebetrieb. Gegenüber den Handwerksbetrieben sind aber in der Regel in den Industriebetrieben die wirtschaftlichen Arbeitsgegebenheiten günstiger, insbesondere werden in der Industrie höhere Löhne gezahlt. ¹¹²⁾

Das aber heisst, dass die prozentual höhere Zahl der Stellenaufgabe jugendlicher Zuwanderer in Handwerksbetrieben als in Industriebetrieben auf finanzielle

Gründe hinweist.

Die einseitige, überspannte Sicht des Berufes als materielle Gewinnquelle muss immer wieder zur beruflichen Unzufriedenheit führen. Ungeduldig versuchen diese Jugendlichen an einem anderen Ort ihr Glück. Ein typisches Symptom ist es, dass die Aufgabe des Arbeitsplatzes in kleineren Orten viel öfter als in Großstädten vorkommt. Es zieht die Jungen in das unruhige Getriebe der Großstadt, das eher geeignet ist, die eigene Unausgefülltheit und Unruhe zu übertünchen. Derselbe Grund dürfte bei einer grossen Zahl von Jugendlichen vorliegen, die zur Zone zurückkehren. Auch hier ist der Drang wirksam, die Leere, die nicht ausgefüllt wurde, drüben mit Betriebsamkeit zu verdecken.

Wir fassen im Folgenden unsere Aussagen über das Verhältnis der jugendlichen Zuwanderer zu Arbeit und Beruf zusammen und ziehen aus ihnen sozialpädagogische Folgerungen.

d) Sozialpädagogische Folgerungen.

Die Berufstüchtigkeit und der Arbeitseifer der jugendlichen Zuwanderer sind zu einem hohen Prozentsatz befriedigend. Aus diesem günstigen Bild darf aber nicht gefolgert werden, dass für eine Berufsertüchtigung jugendlicher Zuwanderer nichts getan zu werden braucht. Unsere Feststellung gibt nur allgemeine Anhaltspunkte. Ihre Bedeutung liegt vor allem darin, dass sie falsche und dadurch schädliche Verallgemeinerungen widerlegt. Sie zeigt, dass es vollständig unangebracht ist, eine Berufsertüchtigung aller jugendlichen Zuwanderer vorzuschreiben. Solch eine Anordnung würde auch dann abzulehnen sein, wenn sie die Möglichkeit einer Ausnahme für nachweislich besonders tüchtige Jugendliche vorsehen würde. Da sie ein falsches und diskriminierendes Urteil über die Berufstüchtigkeit der jugendlichen Zuwanderer im allgemeinen enthalten würde, könnte sie nur Schaden anrichten. Es muss der umgekehrte Weg ge-

gangen werden. Den Jugendlichen, die offensichtlich eine Berufsertüchtigung notwendig haben, muss Gelegenheit geboten werden, ihre Allgemeinkenntnisse wie auch ihre speziellen Berufskenntnisse zu erweitern. Berufsfördernde Fachkurse oder allgemeinbildende Lehrgänge können für diese Jugendlichen in Heimen stattfinden, in denen die notwendigen Ausbildungsstätten vorhanden sind, oder die betreffenden Jugendlichen können in die gewerbliche Wirtschaft vermittelt werden und dort zu besonderen Kursen - evtl. in Zusammenarbeit mit den zuständigen Berufs- oder Volkshochschulen - zusammengefasst werden. Besondere Möglichkeiten müssen zur Umschulung von Jugendlichen geschaffen werden, die nach ihrer Zuwanderung zur BRP einen anderen Beruf ergreifen möchten.

Ein weit schwierigeres und differenzierteres sozialpädagogisches Problem als die Berufsertüchtigung stellt die Berufsgesinnung der jugendlichen Zuwanderer dar. Ihre Berufsidee ist einseitig und verzerrt. Das Wesen des Berufes wird verkannt. Die soziale Funktion des Berufes - drüben verabsolutiert - wird hier kaum oder überhaupt nicht beachtet. Die individuelle Funktion wird einseitig in dem Verdienst gesehen. Die Selbstvervollkommnung durch den Beruf ist weitgehend fremd. So sieht ein Grossteil der Jugendlichen in der Ausübung seines Berufes lediglich eine Lohnerwerbsquelle. Lebenserfüllung wird ausschliesslich ausserhalb des Berufes gesucht. Diese verzerrte Berufsgesinnung hat zur Folge, dass Berufs- und Arbeitsfreude weitgehend unbekannt sind; das heisst aber nicht, dass die Arbeit unbedingt als Fron oder Last empfunden wird. Durch die einseitige Sicht des Berufes ist der jugendliche Zuwanderer in verstärkter Masse den Verlockungen der Pleonexie und des Geltungskonsums ausgesetzt. Eine stete Unruhe und Unzufriedenheit ist die Folge. Nicht von ungefähr sind wir in dieser Untersuchung bei den Jugendlichen, die aus innerer Unzufriedenheit und Unerfülltheit ihre

Arbeitsstelle wieder verlassen, auf den Typ gestossen, von dem wir oben sagten (s.S. 62), dass er ohne festfundierten Standort, damit auch ohne klare Haltung sei und sich in seinem Tun und Lassen von wechselnden Motiven treiben lasse.

Die sozialpädagogischen Probleme, die bei der Analyse der Berufsgesinnung der jugendlichen Zuwanderer auftauchen, sind nicht durch einmalige Kurse oder Lehrgänge zu lösen. Es ist nicht möglich, den jugendlichen Zuwanderern von heute auf morgen zur rechten Berufsgesinnung zu verhelfen, zumal wir erkannt haben, dass die Auffassung der jugendlichen Zuwanderer von Arbeit und Beruf in engem Zusammenhang mit ihrer sonstigen Lebensauffassung steht, ihre Berufsgesinnung ein Ausdruck ihrer sonstigen Gesinnung ist.¹¹³⁾ Dementsprechend ist auch der Ansatzpunkt zur Hebung ihrer Berufsgesinnung sehr weit zu fassen. Was zur Hebung der Gesamtgesinnung der Jugendlichen erreicht wird, wird sich auch positiv auf ihre Berufsgesinnung auswirken. Gewinnt ihr Leben durch echte Sinngebung und feste Zielsetzung eine klare Linie, so werden auch Arbeit und Beruf einen tieferen Sinn erhalten. Hier wird wieder deutlich, wie wichtig es ist, den Jugendlichen zu einem tief fundierten Standort zu verhelfen (s.S. 67), der eine Sinngebung ihres Lebens einschliesst, die dem Wesen des Menschen entspricht, und Voraussetzung zu einer festen Haltung ist. Feste Haltung bedeutet Beständigkeit im beruflichen und ausserberuflichen Leben.

Unzweifelhaft ist bei einem grossen Teil der einheimischen Jugend eine ähnliche Berufsgesinnung anzutreffen wie bei den jugendlichen Zuwanderern. Aber das wiegt bei der einheimischen Jugend nicht so schwer, da bei ihnen das Fehlen beruflicher Lebenserfüllung viel leichter durch ausserberufliche Lebenserfüllung ausgeglichen werden kann. Dafür sprechen ihre vielseitigen Beziehungen zur Umwelt, zu Institutionen, Gemeinschaften und Einzelpersonen. Die jugendlichen Zuwanderer

aber stehen isoliert und fremd in ihrem ausserberuflichen Leben. Es ist schwer für sie, echte Lebens-
erfüllung zu finden. Je schwerer das ist, um so
grösser ist die Gefahr, dass sie scheinbarer Lebens-
erfüllung nachjagen. Dazu kommt, dass der Drang nach
Ausfüllung und Erlebnissen bei einem grossen Teil der
jugendlichen Zuwanderer besonders ausgeprägt ist.
Viele von ihnen sind nur aus Erlebnishunger zur Aus-
wanderung aus der Zone getrieben worden. Für alle ju-
gendlichen Zuwanderer aber gilt, dass sie drüben in stän-
diger Betriebsamkeit gehalten worden sind und nun in
der BRP sehr leicht eine Leere spüren, die verlangt,
ausgefüllt zu werden.

Wir stossen hier auf die Notwendigkeit, die jugendli-
chen Zuwanderer aus ihrer Isoliertheit zu reissen, ih-
nen zu helfen, mitmenschlichen Kontakt zu Einzelper-
sonen und Gemeinschaften zu gewinnen. Gewinnen sie ein
Gefühl der Geborgenheit, so wird das nicht ohne posi-
tiven Einfluss auf ihre berufliche und ausserberufliche
Beständigkeit sein können (s.S. 104 f).

Sehr wichtig ist es, dass diese Jugendlichen Zugang
zu echten, natürlichen Freuden haben. Wenn wir sie
von dem unruhigen Jagen nach Augenblickserlebnissen
abziehen wollen, müssen ihnen dafür echte Freuden ge-
boten werden. Damit ist wieder die Forderung nach einer
sinnvollen Freizeitgestaltung gestellt (s.S.14/69). Sie
ist besonders für die jüngeren Jahrgänge zu erheben,
die nicht gewöhnt sind, ihre Freizeit selbst zu ge-
stalten. Die Jugendlichen sind zu schützen gegen eine
kommerzielle Betriebsmacherei und Zerstreuung, die sich
unter dem Namen "Freizeitgestaltung" anbietet. Ebenso
sind Massenveranstaltungen mit passiven Zuschauermengen
keine Freizeitgestaltung in dem von uns gewollten Sin-
ne. Statt dessen ist eine Freizeitgestaltung zu for-
dern, die die Entfaltung personaler Eigenschaften för-
dert. Das ist am besten in kleinen Jugendgruppen mög-

lich, in denen jeweils verschiedene Formen der Zusammengehörigkeit und der Geselligkeit gesucht und geübt werden, wie sie den verschiedenen Anschauungen, Veranlagungen und Interessen der Jugendlichen entsprechen. (113a) Den bestehenden Jugendgruppen fällt die Aufgabe zu, sich um den einzelnen jugendlichen Zuwanderer zu bemühen und ihn in ihren Kreis aufzunehmen. Inwieweit dies geschieht, suchten wir durch eine Rundfrage bei allen Jugendgruppen in 3 Landkreisen und 3 kreisfreien Städten im Lande NRW zu ermitteln. Diese Untersuchung scheiterte, weil die Jugendgruppen uns nicht hinreichende Auskunft gaben. Soweit wir Feststellungen treffen konnten, weisen sie darauf hin, dass nur wenige jugendliche Zuwanderer von den Jugendgruppen aufgenommen werden. Das liegt nicht nur an den Jugendgruppen, sondern auch an den jugendlichen Zuwanderern, die sich im allgemeinen nicht gerne organisatorisch binden. Um so mehr gewinnen für sie die Jugendklubs und "Heime der Offenen Tür" Bedeutung, die keine bestimmte organisatorische Ausrichtung verlangen, sondern als Treffpunkt für die nicht organisierte Jugend gedacht sind. Ausbau und Neugründungen dieser Einrichtungen sind daher zu fordern.

Erst wenn den jugendlichen Zuwanderern der Weg zur echten Freizeitgestaltung geebnet ist, kann von ihnen verlangt werden, Mass zu halten, sich nicht von dem Prinzip des unvernünftigen Mehrhabenwollens an Geld, Konsum, Abwechslung und sogenannten "Freuden" leiten zu lassen.

Wir sehen, dass die sozialpädagogischen Folgerungen aus dem Verhältnis der jugendlichen Zuwanderer zu Arbeit und Beruf weite Lebensgebiete dieser Jugendlichen betreffen. Das sozialpädagogische Bemühen um die Hebung der Berufsgesinnung der jugendlichen Zuwanderer darf schon dann erfolgreich genannt werden, wenn erreicht ist, dass die Jugendlichen nicht nur arbeiten, um mit Hilfe eines möglichst hohen Lohnes ihre Augenblickswünsche befriedigen zu können, sondern sie mit ihrer Ar-

beit ein bestimmtes Lebensziel verbinden. Dabei kann das, was unter Lebensziel verstanden wird, über den Wunsch nach Sicherung, nach ruhiger beständiger Zufriedenheit, nach Geborgenheit, nach Familiengründung sich immer mehr dem Wunsch nach eigener Vervollkommnung, so wie es dem Wesen des einzelnen, seiner individualen und sozialen Natur entspricht, nähern.

4) Verhaltensweise jugendlicher Zuwanderer im mitmenschlichen Kontakt in ihrer neuen Umgebung.

Es ist natürlich, wenn Jugendliche, die aus ihrer Familie und heimatlichen Lebensumwelt gerissen sind und nun fremd und ungeborgen in einer neuen Umgebung stehen, ein Bedürfnis nach Kontakt zu Mitmenschen haben. Unsere Interviews (s. Anlage Nr. 4 S. 146 ff) mit jugendlichen Zuwanderern zeigen, dass bei ihnen dieses Kontaktbedürfnis sehr intensiv ist, doch bei der Mehrzahl von ihnen auf eine ganz persönliche, intime Freundschaft, insbesondere auf eine Partnerschaft mit einem Menschen des anderen Geschlechtes gerichtet ist. Das Ziel ihrer Sehnsucht ist ein von der Umwelt abgeschlossenes Eheleben, von dem sie sich Ruhe und Geborgenheit versprechen.

Hier spricht nicht nur das natürliche Verlangen eines jungen Menschen nach der Ehe; auch ist diese Sehnsucht nicht damit erklärt, dass viele von ihnen kein richtiges Familienleben, kein eigentliches Zuhause kennengelernt haben und sich daher um so mehr nach einem Daheim, nach einem Familienleben sehnen. Wie aus unseren Interviews hervorgeht, haben zweifellos diese Fakten die Reaktion der jugendlichen Zuwanderer mitbeeinflusst, aber darüber hinaus muss ihre starke Sehnsucht nach der Intimbindung als ein Ausdruck ihrer Hilflosigkeit gegenüber dem gesellschaftlichen Leben in der BRP angesehen werden. Alle Momente, die auf Grund der unterschiedlichen Verhältnisse in den beiden Teilen Deutschlands die Situation der jugendlichen Zuwanderer bestimmen und ihnen

das Einleben in die BRP erschweren, machen sich hier bemerkbar. Vor den Schwierigkeiten, einen rechten Bezug zu dem öffentlichen Leben in der BRP zu gewinnen und natürliche soziale Beziehungen zu Gruppen und Gemeinschaften anzuknüpfen, wollen sie in die Intimsphäre flüchten. Eine ähnliche Reaktion ist seit dem letzten Kriege bei weiten Teilen der deutschen Bevölkerung festzustellen. Man zieht sich aus dem gesellschaftlichen Leben auf das Familienleben zurück. Die Soziologen sprechen von einer Auflösung der gesellschaftlichen Einheit durch Verselbständigung der sie tragenden Gruppen (Familie usw.) Sie fassen diese Erscheinung unter dem Begriff "Desintegration" zusammen. ¹¹⁴⁾ Die jugendlichen Zuwanderer werden gewissermassen durch die äusseren Umstände zu dieser Verselbständigung gezwungen. Ist ihnen auch die Intimsphäre verschlossen, so verfallen sie ungegliederten Massenvergnügungen (Tanz, Kino, Sportplatz usw.).

Die in unseren Interviews zum Ausdruck gekommene überraschend starke Intensivität der Sehnsucht nach einer persönlichen, vertrauten Beziehung zu einem Mitmenschen mag auch eine Reaktion auf die Kollektivbestrebungen in der Zone sein. Dübel erwartet eine derartige Reaktion von der sowjetzonalen Jugend. ¹¹⁵⁾ Soweit das zutrifft, widerspricht dieses aber keinesfalls unserer Feststellung, dass ein Grossteil der jugendlichen Zuwanderer in der kommunistischen Weltanschauung befangen ist. Es handelt sich hier um eine psychische Reaktion, deren Ursache sich die Jungen nicht einmal bewusst zu sein brauchen. Daher ist es nicht nötig, dass mit dieser Reaktion intellektuelle Einwände gegen die bolschewistische Lehre erhoben werden, ebenfalls würde die Reaktion nicht notwendig eine Zerstörung emotionaler Anziehungspunkte zu dieser "atheistischen Religion" bedeuten.

Aber unabhängig davon, welche Ursachen bei dieser Sehnsucht mitspielen, sie muss bei der Eingliederung der

Jugendlichen berücksichtigt werden, sofern wir überhaupt von Eingliederung sprechen wollen. Daher erscheint es uns wertvoll, weitere Hinweise zu gewinnen, ob die Verhaltensweise der jugendlichen Zuwanderer, von denen gesagt werden kann, dass sie soziale Beziehungen gefunden haben, anders, günstiger ist als die der übrigen Jugendlichen. Diese Fragestellung soll im Folgenden untersucht werden. Dabei interessiert, ob diese Jugendlichen sesshafter, insbesondere ob sie beständiger an ihrem Arbeitsplatz sind. Letztlich wird auch nach etwaigen negativen Urteilen über diese Jugendlichen zu fragen sein.

Wir klären diese Fragen an Hand einer erneuten statistischen Erhebung. Diese Erhebung führen wir unter denselben Bedingungen durch wie die Untersuchung, die wir im vorausgegangenen Kapitel beschrieben haben, um dadurch einen Vergleich zwischen den Ergebnissen beider Untersuchungen (soweit sie die Beständigkeit am Arbeitsplatz betreffen) zu ermöglichen, d.h.: sowohl der Zeitpunkt, zu dem die Jugendlichen in der BRP auf sich selbst gestellt sind (das ist in der Untersuchung des vorausgegangenen Kapitels das IV. Vierteljahr 1953), wie auch der Zeitpunkt, zu dem wir die Auskunft über ihre Bewährung einholen(im vorausgegangenen Kapitel das IV. Vierteljahr 1954), sollen in beiden Untersuchungen übereinstimmen. Ausserdem muss Gewissheit gegeben sein, dass die Menschen, zu denen die Jugendlichen, die dieser Untersuchung zugrunde liegen, persönlichen Kontakt gefunden haben, gut beleumundet sind. Aus diesen Gründen nehmen wir zu dieser Untersuchung Jugendliche, die nach ihrer Notaufnahme zu Verwandten entlassen worden sind. Sie stehen dadurch sofort mit Beginn ihres Eintrittes in das Leben der BRP im mitmenschlichen Kontakt. Diese Jugendlichen müssen alle den Weg über das Landesdurchgangslager Stukenbrock nehmen und werden von hier aus zu ihren Verwandten eingewiesen. Da vor der Einweisung dieser

Jugendlichen zu ihren Verwandten die Lagerleitung Stukenbrock beim Jugendamt, in dessen Bezirk die Verwandten wohnen, anfragt, " ob vom jugendfürsorgischen Standpunkt eine Unterbringung bei den angegebenen Verwandten verantwortet werden kann " (Wortlaut der Anfrage der Lagerleitung Stukenbrock), ist eine gewisse Sicherheit gegeben, dass wir mit diesen Jugendlichen solche erfassen, die Kontakt zu gut beleumundeten Menschen gefunden haben. Dadurch, dass diese Jugendlichen alle durch das Lager Stukenbrock geschleust werden, ist es verhältnismäßig leicht möglich, von ihnen eine hinreichende Anzahl für unsere Untersuchung zu erfassen, die, wie in der vorausgegangenen Untersuchung, im IV. Vierteljahr 1953 selbständig (ausserhalb von Lagern und Jugendgemeinschaftswerken) in das Leben der BRP eingetreten sind.

Die Jugendlichen, die zu ihren in der BRP wohnenden Eltern oder Elternteilen vermittelt worden sind, haben wir aus unserer Untersuchung ausgeschlossen. Die Verhaltensweise solcher Jugendlichen wird allzu sehr sowohl durch die elterliche Autorität, als auch durch eine Rücksichtnahme auf die Eltern bestimmt. Dagegen kann das Verhältnis zu anderen Verwandten jederzeit gelöst werden, wenn grundsätzlich Unstimmigkeit aufkommt. Insofern stimmt dies letztere Verhältnis mit dem persönlichen, vertrauensvollen Kontakt zwischen Nichtverwandten überein. Andererseits muss eingeräumt werden, dass die Verhaltensweise der Jugendlichen, die zu Verwandten eingewiesen werden, von Imponderabilien mitbestimmt wird. Durch den Kontakt mit Verwandten sind Momente aufgerufen, die mehr als gewöhnlich Gedanken und Gefühle auf Kindheit, Familienleben, Vater, Mutter, Elternhaus, Heimat und heimatliche Lebensumwelt richten. Doch ist die Spannweite der Intensivität und der Vertrautheit des Kontaktes bei diesen verwandtschaftlichen Verhältnissen ebenso gross wie bei

dem persönlichen, vertrauensvollen Kontakt zwischen Nichtverwandten.

November/Dezember 1953 sind 223 Jugendliche aus dem Lager Stukenbrock zu Verwandten eingewiesen worden. Von ihnen gehen 73 zu ihren Eltern.bzw. ihrem Elternteil. Weitere 24 sind über 22 oder unter 16 Jahre alt und entfallen damit ebenfalls für unsere Untersuchung. Die übrigen 126 liegen unserer Untersuchung zugrunde. Ihre altersmässige Aufgliederung ist wie folgt (berechnet auf das Jahr ihrer Zuwanderung (1953)):

Altersstufe 1 (21 u. 22 J.)	18 = 14 %
Altersstufe 2 (zw. 18 u. 20 J.)	67 = 53 %
Altersstufe 3 (16 u. 17 J.)	41 = 33 %
	126 = 100 %

Die Auskunft über die Bewährung der Jugendlichen wird Anfang 1953 durch Befragung der Verwandten sowie durch Jugendämter und Jugendwohlfahrtsverbände eingeholt. Damit ist zwar die Zeit zwischen Eintritt in das Leben der BRP und Einholung der Auskunft über die Jugendlichen 1 bis 2 Monate länger als bei der Untersuchung des vorausgegangenen Kapitels; trotzdem ist aber über die Beständigkeit am Arbeitsplatz ein Vergleich zwischen diesen beiden Untersuchungen möglich, da mit der Aufnahme bei den Verwandten nicht sofort eine Berufsvermittlung gegeben ist. Andererseits hat - wie unsere Untersuchung ergibt - spätestens 2 Monate nach der Einweisung zu den Verwandten jeder Jugendliche eine Arbeitsstelle, sofern er nicht vorher das Bemühen danach aufgegeben hat und zur Zone zurückgekehrt ist.

Über 11 (= 8,7 %) Jugendliche können keine Angaben

gemacht werden, da sie und ihre Verwandten unbekannt verzogen sind (5,6 %) oder die Verwandten nie unter der angegebenen Anschrift gewohnt haben (3,1 %), Im letzteren Falle muss es offen bleiben, ob die Instanzen sich geirrt haben oder ob die Jugendlichen die Instanzen mit falschen Angaben täuschen konnten. Es bleiben 115 Jugendliche, über die Auskunft eingeholt werden kann. Auf diese Zahl beziehen sich die folgenden Prozente.

74 (= 64,3 %) Jugendliche sind nach einem Jahr noch auf ihrem ersten Arbeitsplatz. Dagegen ist der entsprechende Prozentsatz bei der Untersuchung, die wir im vorausgehenden Kapitel dargelegt haben, nur 49,5 %. Der Unterschied ist sehr auffallend.

68 (= 59,1 %) wohnen noch in derselben Gemeinde, in die sie vom Lager Stukenbrock aus eingewiesen worden sind, d.h.: sie wohnen noch bei ihren Verwandten (35 = 30,0 %) oder zum mindesten noch am Wohnort ihrer Verwandten. Auch das ist ein sehr hoher Prozentsatz, wenn man berücksichtigt, dass ein Teil der Jugendlichen von vornherein gar nicht am Wohnort seiner Verwandten Wohnung nimmt, weil er dort keinen geeigneten Arbeitsplatz findet. (Das ist schon daraus ersichtlich, dass der Prozentsatz der Jugendlichen, die noch den ersten Arbeitsplatz innehaben, höher ist als der Prozentsatz derjenigen, die noch am Ort, zu dem sie aus dem Durchgangslager entlassen worden sind, wohnen.)

Ein Gesetzeskonflikt oder ein unangenehmes Auffallen bei den zuständigen Stellen (Jugendamt, Arbeitgeber usw.) kann in keinem Falle nachgewiesen werden.

Entscheidend für die grössere Beständigkeit dieser Jugendlichen am Arbeitsplatz ist aber nicht so sehr ihr dauerndes Zusammenleben mit den Verwandten in einer Wohnung bzw. in einer Stadt, sondern vor allem die Tatsache, dass in den ersten Wochen und Monaten des Aufenthaltes in der BRP Mitmenschen da sind, zu denen sie

ein Vertrauensverhältnis haben, das die übrige Fremdheit und Unverstandenheit dämpft, Mut zum Durchhalten gibt und Möglichkeiten zu weiteren sozialen Beziehungen schafft. Manche Verwandte haben ihren Neffen oder Vetter, der aus der Zone zu ihnen kommt, vorher noch nie gesehen, aber durch die Familienbande ist in der Regel ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis gegeben. Diese Jugendlichen haben nie in der Masse das Gefühl der Einsamkeit und Verlassenheit, des Nichtverstandendewerdens von der Umwelt und des Nichtverstehens der Umwelt gespürt, wie diejenigen Jugendlichen, die keinen Verwandten und keinen Bekannten in der BRP haben und erst langsam zu einem mitmenschlichen Kontakt vorstossen müssen. Bei ihnen ist das Moment der Entwurzelung nie in einem solchen Ausmasse in Erscheinung getreten wie bei den anderen Jugendlichen. Dabei ist es weniger von Bedeutung, ob auch Reibungen zwischen den Jugendlichen und ihren Verwandten auftreten. Sie kommen sicher vor.

Es muss aber hervorgehoben werden, dass diese unerwartet hohe Beständigkeit am Arbeitsplatz und Wohnort erreicht ist, obwohl diese Jugendlichen keinerlei spezielle Einführung genossen haben, die die verschiedenen Auswirkungen auf ihre geistig-seelische Verfassung berücksichtigt hätte, die sich durch die unterschiedliche geistige, politische und wirtschaftliche Entwicklung in West- und Mitteldeutschland ergeben. Das zeigt, dass vorrangig bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer das Moment der Entwurzelung berücksichtigt werden muss.

Gegenüber diesen günstigen Untersuchungsergebnissen überrascht aber die Zahl der Jugendlichen, die in die Zone zurückgewandert sind (11,3%). Hier dürften die Imponderabilien mitspielen, die wir oben erwähnten. Durch den Kontakt mit ihren Verwandten in der BRP werden diese Jugendlichen in stärkerer Masse als andere angeregt, Verbindungen zu ihren Familienangehörigen

in der Zone aufrecht zu erhalten. Dadurch werden sie leichter bewogen, zu ihren Angehörigen in die Zone zurückzukehren. Andererseits darf dieser Prozentsatz an Rückwanderern nicht verglichen werden mit dem Prozentsatz, der bei der Untersuchung im vorausgegangenen Kapitel festgestellt wurde. Während in den 11,3 % bei der vorliegenden Untersuchung tatsächlich alle Jugendlichen erfasst worden sind, die nach einem Jahr Aufenthalt in der BRP in die Zone zurückgewandert sind, sind in den 7 % Rückwanderern, die bei der Untersuchung im vorausgegangenen Kapitel festgestellt wurden, nur diejenigen enthalten, von deren Rückwanderung der Arbeitgeber Kenntnis hat. Wieviel Zuwanderer aber zusätzlich unter denjenigen sind, über deren Verbleib die Arbeitgeber keine Auskunft geben können, bleibt offen.

Aus den Darlegungen dieses Kapitels ergeben sich folgende sozialpädagogische Folgerungen: Das Kontaktbedürfnis der jugendlichen Zuwanderer ist ein so elementares Bedürfnis, dass es unbedingt einer vordringlichen Berücksichtigung bei ihrer Eingliederung bedarf. Die Verhaltensweise derjenigen jugendlichen Zuwanderer, die Kontakt zu gut beleumundeten Menschen gefunden haben, weist eine grössere Beständigkeit auf, als die der übrigen. Man kann sagen: sie haben einen fortgeschritteneren Grad der Eingliederungsfähigkeit erreicht. Daher ist allen jugendlichen Zuwanderern vordringlich zu einem persönlichen, vertrauensvollen Kontakt zu gut beleumundeten Menschen bzw. Menschengruppen zu verhelfen. Dabei sollte als Ziel des Kontaktes ein ähnliches Vertrauensverhältnis angestrebt werden, wie es zwischen Verwandten gegeben ist. Eine Aufnahme in die Geborgenheit einer geeigneten Familie wäre eine besonders glückliche Lösung. Sie sollte vor allem für die jüngeren Jahrgänge unter den jugendlichen Zuwanderern angestrebt werden.

5) Sozialpädagogische Aufgaben bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer und der Versuch ihrer Lösung.

a) Sozialpädagogische Aufgaben.

Nachdem wir die Situation der jugendlichen Zuwanderer aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und dabei in den einzelnen Darlegungen auf die jeweils sich ergebenden sozialpädagogischen Aufgaben hingewiesen haben, ist es nun möglich, die Wertigkeit der einzelnen Aufgaben zu erkennen und die zeitliche Folge, in der sie ergriffen werden müssen, **darzustellen**.

Um falsche Verallgemeinerungen zu verhüten, müssen wir darauf hinweisen, dass die Charakteristik, die wir in den vorausgehenden Kapiteln aufzeigten, zwar für die Mehrzahl der jugendlichen Zuwanderer, aber keineswegs für alle zutrifft. Wir sehen drei wesentliche Gruppen, auf die wir die Jugendlichen aufteilen können: Die erste Gruppe setzt sich aus Jugendlichen zusammen, deren gesunde Natur es ermöglicht hat, die Erlebnisse so zur eigenen Klärung zu gebrauchen, dass sie zu einem festen Standort gelangt sind und nun dem Leben bejahend und aufgeschlossen gegenüberstehen. Das Leben wird so genommen, wie es ist. Die Jungen sind gewillt, jede Chance zu nutzen, die das Leben ihnen bietet. Auf Grund ihrer natürlichen, ungezwungenen Art finden sie bald Kontakt mit der einheimischen Jugend. Sie sind im Grunde zufrieden mit ihrem Los. Ihre Wünsche liegen im Rahmen der natürlichen Wünsche eines gesunden jungen Mannes. Diese jungen Menschen sind ausgefüllt. Sie bedürfen keiner speziellen jugendpflegerischen Betreuung. Die zweite Gruppe - sie ist die kleinste - ist derart durch eigene Erlebnisse gereift, dass sie die Hintergründe des Weltgeschehens erkennt. Diese Jugendlichen haben einen klaren Standort, nehmen aber das Leben sehr ernst und haben es schwer, Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen. Es sollte Aufgabe

der Elite der westdeutschen Jugend sein, die sich in Jugendverbänden zusammengeschlossen hat, Kontakt mit diesen Jugendlichen zu suchen. Sowohl diese jugendlichen Zuwanderer als auch die Jugendverbände würden Vorteile daraus gewinnen.

Die dritte Gruppe - bei weitem die stärkste - bedarf unseres besonderen Interesses. Sie ist es, auf die unsere Charakteristik vor allem zutrifft. Diese Jugendlichen gelangen nicht aus eigener Kraft zur Einwurzelung. Sie finden auf Grund ihrer Befangenheit in der kommunistischen Weltanschauung nur sehr schwer einen Zugang zu ihrer neuen Umwelt. Sie stehen gewissermassen zwischen zwei Welten. Keine von beiden spricht sie an. Dementsprechend fühlen sie sich einsam und leer, unzufrieden und unausgefüllt. So sind sie in starkem Masse dem Moment der Entwurzelung ausgesetzt. Sie kennen keine allgemein-verbindliche Generallinie. Es fehlt ihnen ein klares Ordnungsbild. Bei ihrer Eingliederung steht die Forderung im Vordergrund, ihnen zu einem fest fundierten Standort zu verhelfen, der ihnen die rechte Schau, die rechte Bezogenheit gibt. Nur dadurch können sie zur inneren Einheit, Reife und Selbständigkeit gelangen, kurz gesagt, sich zur Persönlichkeit entfalten. Mit der Erziehung zur Persönlichkeit ist aber zugleich die Grundbedingung zum rechten Verhalten gegenüber der Gemeinschaft angestrebt. Denn nur da, wo Persönlichkeiten gebildet werden, können sich Gemeinschaften entwickeln. 116)

Welcher Weg muss zu dem aufgezeichneten Ziel eingeschlagen werden? Natürlich kann und darf von den jugendlichen Zuwanderern kein bedingungsloses, unkritisches Aufgehen in die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten oder gar ein äusserliches Überziehen einer neuen Weltanschauung, eine plötzliche Konversion verlangt werden. Das würde einer Persönlichkeitsentwicklung widersprechen. Den Jugendlichen darf nur Hilfestellung ge-

leistet werden. " Nur die freie, auf eigener Einsicht beruhende Orientierung an der Welt objektiver Werte belässt der Persönlichkeit die zu ihrer Entfaltung notwendige Autonomie." 117) Sie müssen sich selbst zu einem eigenen tief fundierten Standort durchringen. Grundbedingung dazu ist, dass sie die Bereitschaft haben, sich zu orientieren und sich sachlich mit den Sitten und Bräuchen, den Lebensweisen und Lebensanschauungen der Menschen der neuen Umgebung sowie darüber hinaus mit den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Vorgängen in der BRP und ihren Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Sie müssen bereit sein, ihren eigenen Standort immer wieder zur Diskussion zu stellen und an Hand der Gegebenheiten, die sich ihnen jeweils erschliessen, zu überprüfen.

Diese Bereitschaft wird sehr stark gehemmt, wenn bei der einheimischen Bevölkerung nicht ebenfalls die Bereitschaft vorhanden ist, den jugendlichen Zuwanderern sachlich zu begegnen, ihre Probleme und Anschauungen ernst zu nehmen und sich zu bemühen, ihre Verhaltensweise zu verstehen. Auch die einheimische Bevölkerung muss bereit sein, ihren Standort in der Auseinandersetzung mit den Anschauungen und Meinungen der Zuwanderer zu überprüfen. Nur so kann es zu einer echten Diskussion, zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung kommen. Seinen Standort überprüfen, heisst nicht notwendig, seinen Standort aufgeben. Ein tief fundierter Standort wird bei jedem Überprüfen klarer und fester.

Wenn hier von beiden Seiten Duldsamkeit und Bereitschaft des Sich-öffnens als Grundbedingung einer Einwurzelung gefordert werden, so entspricht das den Voraussetzungen, die nach L.v. Wiese zum Prozess der Annäherung erfüllt sein müssen. (Annäherung ist für von Wiese der erste Prozess, der auf soziale Anpassung gerichtet ist.) 118) Mit Duldsamkeit, Bereitschaft des Sich-öffnens und Wil-

le zum echten Diskutieren sind aber keine besonderen Eigenschaften gefordert. Sie sind Grundvoraussetzungen eines demokratischen Zusammenlebens. Die Erziehung der Bevölkerung zu diesen Eigenschaften ist also unabhängig von dem Eingliederungsproblem als Aufgabe gestellt. Die Eingliederung der Zuwanderer aber sollte zum Anlass genommen werden, sich erneut auf die Notwendigkeit einer ständigen diesbezüglichen staatsbürgerlichen Erziehung zu besinnen. 119)

Die Bereitschaft der jugendlichen Zuwanderer, sich in dem angeführten Sinne zu öffnen, wird geweckt, wenn sie persönlichen Kontakt von Mensch zu Mensch, einen vertrauensvollen Kontakt zu einer kleinen Gruppe gefunden haben und ihnen dadurch die Fremdheit der nahen Umgebung genommen ist. Im kleinen, überschaubaren Lebenskreis ist es am ehesten möglich sich einzuleben. Mit diesem Kontakt ist der Ansatzpunkt zur Aufnahme weiterer sozialer Beziehungen gegeben, die wiederum den Rahmen der Vertrautheit weiter spannen, zu neuen geistigen Auseinandersetzungen Anlass geben und den Orientierungskreis vergrössern. Derart sind weiterhin unter gleichzeitiger fortschreitender Orientierung die rechten sozialen Beziehungen zu den verschiedenen über- und nebeneinander stehenden und ineinander verflochtenen Gemeinschaften, aus denen sich das moderne Gesellschaftsleben zusammensetzt, zu gewinnen.

Aber es kann nicht gleichgültig sein, mit wem die jugendlichen Zuwanderer persönlichen Kontakt schliessen. Der Kontakt wird eine Einwurzelung verhindern, wenn er mit Menschen geschlossen wird, die am Rande oder ausserhalb der Gesellschaft stehen (Periphere, Gefährdete, Entwurzelte, Asoziale usw.), oder dem totalitären Denken verhaftet bzw. voll Ressentiment gegenüber den demokratischen Lebensformen sind. Es muss angestrebt werden, den Jugendlichen zu einem Kontakt mit Menschen zu verhelfen, die selbst zur inneren Reife, Einheit

und Selbständigkeit gelangt sind. Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Jugendlichen sehr mißtrauisch sind und hinter dem Reden, Handeln und Gebaren der Menschen, die sich ihnen besonders widmen, einen propagandistischen Zweck vermuten, der den Interessen dieser Menschen oder ihrer Auftraggeber entspricht. Noch mehr als von jedem Erzieher muss deswegen von diesen Personen verlangt werden, dass sie beispielhaft sind. "Dabei kommt es nicht sowohl darauf an, dass ein gutes Beispiel gegeben wird, d.h. absichtlich bei Gelegenheit die Beispielhaftigkeit herausgestellt wird", sondern dass die Beispielhaftigkeit absichtslos und ohne bewusste Hinordnung auf einen bestimmten Fall immer da ist, welche Umstände auch vorliegen. 120)

Wir sehen drei Ausgangspunkte, den jugendlichen Zuwanderern zum rechten Kontakt zu verhelfen.

1. Die jugendlichen Zuwanderer werden in die intime Bindung der Familie einbezogen, bei der sie als Untermieter wohnen. Rein äußerlich ist das daran erkenntlich, dass der Jugendliche ganz in die Sorge der Hausfrau um das leibliche Wohl der Familienmitglieder eingeschlossen ist. Darüber hinaus aber gehört dazu die Einbeziehung in die gegenseitige Vertrautheit und Verantwortung füreinander, wie sie in der gesunden Familie gegeben ist. Der Bekanntenkreis der Familie wird ebenfalls zum Bekanntenkreis des jugendlichen Zuwanderers. Diese Lösung ist besonders für die jüngeren Jahrgänge unter den jugendlichen Zuwanderern zu wünschen.

2. Die Familie bzw. die Menschen, bei denen der jugendliche Zuwanderer in Untermiete wohnt, sind nicht geeignet oder nicht in der Lage, den Jugendlichen in ihre Familienbindung einzubeziehen. Es treten dafür Menschen aus der Nachbarschaft ein, die den Jugendlichen unter Beibehaltung seiner Unterkunft verantwortungsvoll in ihren Familienkreis bzw. in den Kreis ihrer Gemeinschaft aufnehmen (Nachbarschaftshilfe). 121) Dabei kann es sich sowohl um eine Nachbarschaft der Wohnung als auch des

Arbeitsplatzes handeln. Die Nachbarschaftshilfe kann von einzelnen Personen bzw. Familien wie auch von Gemeinschaften und Vereinen geleistet werden.

3. Die Jugendlichen haben in einem Jugendwohnheim Unterkunft gefunden. Je mehr sich das Heim in seiner Grössenordnung und pädagogischen Atmosphäre der Familie nähert, um so eher ist der gewünschte Kontakt, das Gefühl der Geborgenheit, der Ausgangspunkt zur rechten Orientierung gegeben. Es ist aber zu beachten, dass die Heimbewohner weitgehend Jugendliche sind, die ebenfalls aus ihrer heimatlichen Lebensumwelt gerissen und noch nicht in der neuen Umgebung eingewurzelt sind. Ein Zusammenschluss solcher Jugendlichen wird eher zur Abkapselung gegenüber den Menschen und Gemeinschaften der neuen Umgebung als zur Annäherung führen. Darum ist es notwendig, dass der Heimleiter auch für eine intensive Beziehung zwischen seinen Heimbewohnern und den Menschen und Gemeinschaften der Umgebung sorgt. So ist auch der Heimleiter auf die mitmenschliche Verantwortung von Nachbarn, Gemeinschaften und Vereine angewiesen.

Alle drei angeführten Ausgangspunkte setzen voraus, dass Menschen und Gemeinschaften in der BRP zur Übernahme der Mitverantwortung bei der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer bereit sind. Daher ist es notwendig, die einheimische Bevölkerung zur Mitverantwortung aufzurufen. Das kann im grossen Rahmen durch Presse und Rundfunk, durch Kirchen und Gemeinden, durch Vorträge in Schulen, Betrieben und Vereinen geschehen. Aber hier stellt sich eine Aufgabe, die nur in Kleinarbeit zur Lösung geführt werden kann. Es geht unabhängig von der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer darum, die Menschen unserer Zeit und Zone wieder zur "mitmenschlichen Verantwortung" zu erziehen. ¹²²⁾ Für die Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer ist es notwendig, bei der einheimischen Bevölkerung Verständnis für ihre Situation

zu wecken. Bei unseren Untersuchungen stiessen wir immer wieder auf Vorurteile, falsche Vorstellungen und grobe Verallgemeinerungen über Eigenschaften, Einstellung und Verhaltensweise der jugendlichen Zuwanderer (s.Anlage Nr. 6 S. 151). Neben der theoretischen Aufklärung der einheimischen Bevölkerung ist die persönliche Begegnung zwischen Einheimischen und Zugewanderten in gemeinsamen kleineren Zusammenkünften, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen zu fördern.

Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass für jeweils einen bestimmten Bezirk eine Person (Jugendpfleger, Fürsorger) hauptamtlich eingesetzt wird, der die jugendlichen Zuwanderer aufsucht, sie berät, ihnen die Möglichkeiten zur weiteren Ausbildung und zur Freizeitgestaltung aufzeigt, sie verschiedenen Gemeinschaften und Einzelpersonen zuführt, die ihrerseits wieder bereit sind, den Jugendlichen bei ihrer Eingliederung im von uns dargelegten Sinne behilflich zu sein. Andererseits muss der hauptamtliche Betreuer immer wieder das Verständnis und die Verantwortung der Nachbarn, der Arbeitskameraden und der Arbeitgeber dieser Jugendlichen sowie die diesbezügliche Bereitschaft geeigneter Gemeinschaften und Vereine wachrufen und ihnen Wege zur Mithilfe bei der Eingliederung aufzeigen. Der Betreuer muss dafür sorgen, dass für jeden jugendlichen Zuwanderer seines Bezirkes sich mindestens eine geeignete Person im rechten Sinne verantwortlich weiss.

b) Veränderungen in der Gesetzgebung und in den Massnahmen zur Eingliederung jugendlicher Zuwanderer im Vergleich zu der Zeit vor 1952.

Im Rahmen des Inkrafttretens des Bundesvertriebenen-gesetzes vom 19. 5. 1953 wird das Notaufnahmegesetz geändert. Diese Änderung bezieht sich jedoch nicht auf die Behandlung Jugendlicher. In dem Durchführungserlass des Bundesvertriebenenministeriums zur Änderung

des Notaufnahmengesetzes sind im wesentlichen die Richtlinien festgelegt, die auf der Ulzener Tagung (s.S. 19 f) als Empfehlung aufgestellt und seit dieser Zeit auch angewandt worden sind. Der Jugendliche kann aufgenommen werden 1. auf Grund eines Rechtsanspruches, der sich nach dem Notaufnahmengesetz auch für Erwachsene ergeben kann, oder 2. in einem Gnadenakt des Bundes (Ermessensaufnahme), der praktisch jede Aufnahme eines Jugendlichen ermöglicht. Dieser Gnadenakt des Bundes liegt im Ermessen des Aufnahmecomitees. Voraussetzung für die Aufnahme im Ermessensverfahren, das dem Jugendlichen "unter dem Gesichtspunkt einer besonderen Fürsorge" (so der Wortlaut der Durchführungsverordnung) die Aufnahme gewährt, ist, dass man erwarten kann, der aufgenommene Jugendliche mache von der ihm gebotenen Fürsorge in rechter Weise Gebrauch.

Es sind aufgenommen(s.Anlage Nr. 1 S. 130) :

	1953	1954
auf Grund eines Rechtsanspruches:	9,4%	4,2%
im Ermessensverfahren:	90,6%	95,8%

Die Prozentsätze zeigen, dass nur ein geringer Anteil Jugendlicher aus einer Zwangslage heraus die Zone verlassen hat und dass dieser Anteil in Auswirkung des "Neuen Kurs" (s.S. 41) 1954 noch erheblich geringer ist als 1953. Sie bestätigen, dass wir mit Recht von Zuwanderern und nicht von Flüchtlingen sprechen.

Nach der Abriegelung der Zonengrenze ist Berlin erste Sichtungsstelle geworden. Hier wird versucht, eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen zur Rückkehr in die SBZ zu veranlassen (verwahrloste, asoziale und kriminelle Jugendliche sowie Schulpflichtige, sofern das Elternhaus intakt ist). Von Berlin aus kommen die Jugendlichen in geschlossenen Transporten in das Aufnahme-lager Sandbostel, das im Frühjahr 1952 die Lagergruppe Poggenhagen abgelöst hat. Während durch diese Praxis

die Zahl der jugendlichen Zuwanderer, die sich ohne Genehmigung in der BRP aufhalten, unbedeutend wird und dadurch die Voraussetzungen für ihre umfassende, planvolle Eingliederung gegeben erscheint, nimmt in Auswirkung des "Neuen Kurs" die Übersichtlichkeit des Zuwandererstromes wieder ab. Denn der "Neue Kurs" bringt seit dem Frühjahr 1954 Erleichterungen im Interzonenverkehr. Er hat zur Folge, dass von nun an ein Teil der jugendlichen Zuwanderer mit Personalbescheinigungen direkt in die Städte der BRP einzieht, ohne Berlin und Sandbostel berührt zu haben. Diese Jugendlichen gehen nur dann nach Sandbostel, wenn eine Notlage sie dazu zwingt. Da sie im übrigen in der Notaufnahme keine naheliegenden Vorteile sehen, wird ein Grossteil von ihnen nur durch das Drängen der Kommunalbehörden veranlasst, im schriftlichen Verfahren über die Jugend- oder Landesflüchtlingsämter ihre Aufnahme in die BRP beim Notaufnahmecommission zu erbitten (Fernregistrierung). Während 1953 nur 3,8 % der Aufnahmeanträge in Sandbostel schriftlich gestellt sind, sind es 1954 18,4 % (s. Anlage Nr. 1 S. 130) gewesen.

Unsere Untersuchung in 91 Jugendwohnheimen in NRW, die u.a. 166 im Jahre 1954 in die BRP zugewanderte Jugendliche erfasst, ergibt für das Jahr 1954 folgendes Bild (vergl. S. 135): 69 % der Jugendlichen sind über die Aufnahmelager gekommen, 12 % haben sich fernregistrieren lassen, 8 % haben eine Fernregistrierung beantragt und 11 % sind weder registriert noch haben sie eine Registrierung beantragt. Eine Nichtregistrierung bedeutet den Verzicht auf eine sorgfältige Überprüfung der Verhältnisse der Jugendlichen. Das aber kann sowohl zum Schaden der Allgemeinheit wie auch der Jugendlichen sein (Verzicht auf individuelle Eingliederungshilfe usw.)

Grundlegende Richtlinien zur Aufnahme und Betreuung jugendlicher Zuwanderer im Lande NRW geben für diesen Zeitabschnitt die Erlasse des Sozialministers vom

22.1. 1952 und 23.8. 1952. Sie werden ab Sommer 1953 ergänzt durch die Erlasse betreffs Errichtung offener Jugendgemeinschaftswerke (siehe Erlass vom 31.7. 1953).

Weiterhin nimmt NRW die meisten jugendlichen Zuwanderer auf (s. S.22) . Von den aus dem Lager Sandbostel ausgeschleusten Jugendlichen sind es (s. Anlage Nr. 1 S. 130).

1952 62,2 % 1953 47,8 % 1954 43,6%.

In absoluten Zahlen: 1952 sind rd. 12300, 1953 rd. 12600 und 1954 rd. 4500 männliche Jugendliche nach NRW eingewiesen worden. Von ihnen sind 1952 rd. 75 % und 1953 rd. 71% direkt von Sandbostel aus in eine Arbeitsstelle im Lande NRW vermittelt. Eine Aufgliederung dieser direkten Arbeitsvermittlung zeigt, dass im Verhältnis zu 1952 im Jahre 1953 die Vermittlung in den Bergbau und in die Landwirtschaft zugunsten einer Vermittlung in andere Berufe abgenommen hat. Hierin kennzeichnet sich die Besserung der allgemeinen Arbeitsmarktlage und der Unterbringungsmöglichkeiten (Neubau von Jugendwohnheimen), die eine weit grössere Anzahl von individuellen Vermittlungen ermöglicht.

Die direkten Arbeitsvermittlungen nach NRW (s. Anlage Nr. 1 S. 130)

	1952	1953 (2.Halbjahr)
Bergbau:	12,2%	5,3%
Landwirtschaft:	79,4%	46,3%
sonstige Berufe:	8,5%	48,4%

Seit dem 1.5.1954 müssen alle Jugendlichen, die von den Bundesnotaufnahmелagern in das Land NRW eingewiesen werden, persönlich durch das Landesdurchgangslager Stukenbrock. Man hofft, dadurch die Anzahl der Fehlvermittlungen verringern zu können. In prozentualer Aufgliederung sieht die Weiterleitung der Jugendlichen aus dem Lager Stukenbrock, wie sie in der Zeit vom 1.5.1954 bis zum 1.1.1955 erfolgt ist, (lt. Unterlagen

in Stukenbrock) folgendermassen aus: Es kamen

direkt in gewerbliche Arbeit	8,8%
(darunter in den Bergbau	2,2%)
in die Landwirtschaft	31,8%
(darunter zu "Landgruppen"	27,0%)
in Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst	50,0%
zu Verwandten	9,4%

c) Sozialpädagogische Bedeutung geschlossener und offener Jugendgemeinschaftswerke.

Die Hälfte aller jugendlichen Zuwanderer, die 1954 durch das Lager Stukenbrock gehen, werden in Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst eingewiesen, die jetzt im Gegensatz zu den inzwischen entstandenen offenen Jugendgemeinschaftswerken auch geschlossene Jugendgemeinschaftswerke genannt werden. Sie sind weiterhin hervorragende Einrichtungen zur individuellen Berufsvermittlung, aber darüber hinaus tragen sie auch in dieser Zeit nur wenig zur Einwurzelung der Jugendlichen bei. Dabei sei nicht geleugnet, dass vielerreicht ist, wenn die Jugendlichen einen persönlichen Bezug zum Heimstättenleiter gewinnen, der über die Zeit des Aufenthaltes in der Heimstätte hinaus erhalten bleibt. Es ist sehr wertvoll, wenn der Jugendliche nach dem Verlassen der Heimstätte weiss, dass er sich in kritischen Lagen immer wieder um Rat an seinen früheren Heimstättenleiter wenden kann. Aber ein derartiger persönlicher Bezug beschränkt sich erfahrungsgemäss nur auf einen verhältnismässig kleinen Kreis Jugendlicher. Insbesondere kann die Heimstattleitung nur sehr wenige Jugendliche nach ihrer Vermittlung in ein freies Arbeits- und Wohnverhältnis intensiv nachbetreuen. So bleiben für die Eingliederung der Jugendlichen nach dem Verlassen der Heimstätte weiterhin alle sozialpädagogischen Aufgaben bestehen, die wir im vorausgegangenen Kapitel erhoben haben.

Aber nicht bei allen Jugendlichen, die von Stukenbrock in die Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst eingewiesen werden, geschieht dies zum Zwecke einer baldigen individuellen Weiterleitung. 1954 waren es nur etwas mehr als die Hälfte. Die anderen Jugendlichen sind sogenannte " sozialpädagogische Fälle", d.h. Jugendliche, die auf Grund ihres Charakters und ihrer Veranlagung (Schwererziehbare) oder ihres bisherigen Werdeganges (z.B. Volkspolizisten, FDJ-Funktionäre usw.) einer besonderen Beobachtung und Betreuung bedürfen. Für einen Teil von ihnen (Schwererziehbare) ist sicher eine Heimerziehung notwendig, bevor sie auf sich selbst gestellt werden. Gerade für solche Jugendlichen waren die Heimstätten ursprünglich gedacht (s.S. 23f). Für sie aber müssen nun Spezialheimstätten gefordert werden, da es bei der starken Fluktuation in den allgemeinen Heimstätten sehr schwer ist, einige Jugendliche entgegen dem allgemeinen Zug in das freie Leben länger zu halten und intensiv zu erfassen. In etwa ist diese Forderung dadurch verwirklicht, dass in die Heimstätten, die im Bereich der Betheler Anstalten liegen, ein höherer Prozentsatz an "sozialpädagogischen Fällen" eingewiesen wird als in die anderen. Von einer Spezialheimstätte, in der die Jugendlichen naturgemäss länger bleiben würden, müsste aber auch verlangt werden, dass sie Möglichkeiten einer Berufsausbildung bzw. einer weiteren Ertüchtigung im erlernten Beruf bietet. Diese Forderungen werden in keiner Heimstätte in NRW erfüllt. Die Errichtung von Spezialheimstätten für schwererziehbare und besonders gefährdete jugendliche Zuwanderer ist um so mehr geboten, als es sehr schwer möglich ist, jugendliche Zuwanderer über 18 Jahre in die Fürsorgeerziehungsheime einzuweisen. Nicht nur die §§ 63, 72 u. 72 a des RJWG, sondern vor allem die Anerkennung der mit der Vollendung des 18. Lebensjahres in der Zone erfolgten Volljährigkeitserklärung stehen dem entgegen. Im übrigen

müssen wir das Problem der schwererziehbaren jugendlichen Zuwanderer einer gesonderten Untersuchung überlassen (s. Einleitung).

Es muss aber bezweifelt werden, dass die Heimstätte der rechte Ort zur Einflussnahme auf Jugendliche ist, die auf Grund ihres bisherigen Werdeganges in der Zone einer besonderen Betreuung bedürfen (Volkspolizisten, FDJ-Funktionäre usw.) ¹²³⁾ Da alles zu vermeiden ist, was den Anschein einer Schulung erweckt, sind in den Heimstätten einer theoretischen Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung sehr enge Grenzen gesetzt. Fruchtbringender ist es, wenn diese Jugendlichen frei im Leben stehen, sich hier ihre Kritik an den Zuständen in der BRP entzündet und Menschen in ihrer Umgebung sind, die ihnen verantwortungsvoll Rede und Antwort geben können. Auch für diese Jugendlichen geht also der Weg zur Eingliederung über die Anbahnung echter sozialer Beziehungen zu verantwortungsvollen Mitmenschen, Gruppen und Gemeinschaften.

Neue Gesichtspunkte im Sinne der von uns aufgestellten sozialpädagogischen Forderungen bringen die Errichtungen von offenen Jugendgemeinschaftswerken in einigen Städten und in mehreren Landbezirken (Stadt- und Landgruppen). Der Anstoss zur Gründung dieser Gruppen geht von der Erkenntnis aus, dass die jugendlichen Zuwanderer, die zunächst berufsfremd vermittelt werden, besonders gefährdet sind und daher einer besonderen Betreuung bedürfen. So liegt der Schwerpunkt dieser Gründungen in ländlichen Bezirken, wo bei weitem die grösste Anzahl jugendlicher Zuwanderer berufsfremd eingesetzt ist. Leider bleibt demgegenüber die Errichtung von Stadtgruppen sehr zurück. Gerade sie sind sehr geeignet, ihren Aufgabenbereich unter gewissen Änderungen ihrer Methoden auf alle jugendlichen Zuwanderer, gleichgültig, ob sie vorläufig oder endgültig in Arbeit vermittelt worden sind, zu erweitern.

Im Gegensatz zu den Jugendlichen der geschlossenen Jugendgemeinschaftswerke bilden die Angehörigen der offenen Jugendgemeinschaftswerke keine Arbeits- und Wohngemeinschaft. Sie haben bei verschiedenen Arbeitgebern einen Arbeitsplatz, wohnen privat oder beim Arbeitgeber (so bei den Landgruppen) und werden von einem hauptamtlichen Betreuer umsorgt.

Im Sommer 1953 werden erstmalig in NRW offene Jugendgemeinschaftswerke in der Landwirtschaft gegründet. Dabei kann auf die Erfahrung mit Landgruppen in anderen Ländern zurückgegriffen werden. Schon im Jahre 1950 hat der "Internationale Bund für Sozialarbeit, Jugendsozialwerk e.V., " kurz Jugendsozialwerk (JSW) genannt, in der Gemeinde Bavendorf bei Ravensburg in Württemberg Jugendliche, die in der Landwirtschaft eingesetzt sind, zu einer derartigen Gruppe zusammengefasst. ¹²⁴⁾ Dieses Wagnis, das ohne Vorbild aufgenommen werden musste, fand zur Deckung von Personal- und Sachkosten Unterstützung durch die Jugendwohlfahrtsabteilung des Innenministeriums des damaligen Landes Württemberg-Hohenzollern. In einem Erfahrungsbericht vom 22.6.1953 - also zu einer Zeit, als die Pläne zur Gründung solcher Gruppen in NRW noch nicht verwirklicht sind, - kann das JSW bereits von 31 offenen Landgruppen berichten, die in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz von ihm errichtet worden sind. Anfang 1953 gründet auch die evgl. Aufbaugilde, die auf eine langjährige und vielseitige Jugendsozialarbeit zurückschauen kann, ¹²⁵⁾ offene Landgruppen in Baden-Württemberg. Sie werden entsprechend ihrem Trägerverband Landgilden genannt. Dieser Name ist auch in NRW für die Landgruppen gebräuchlich geworden.

Im Oktober 1953 gibt es in NRW bereits 18 Landgruppen, die sich auf 4 Trägerverbände verteilen: evgl. Heimstatthilfe mit 8, kath. Heimstattbewegung mit 4, Arbeiterwohlfahrt mit 2 und das JSW mit 4 Landgruppen.

Durch die Initiative der Gruppenleiter können manche Nachteile, die mit dem Einsatz jugendlicher Zuwanderer in der Landwirtschaft verbunden sind (s.S. 30 ff), aufgehoben werden. Der Gruppenleiter kann Verständnis bei den Bauern für die Situation der bei ihnen beschäftigten Jugendlichen wecken. Er hat die Möglichkeit, unfähige und verständnislose Bauern von einer weiteren Übermittlung jugendlicher Wanderer ausschließen zu lassen. In dem Gruppenleiter haben die Jugendlichen einen Menschen, der ihre Fragen beantwortet, aufkommende Missverständnisse klären und ihnen in seelischen und materiellen Schwierigkeiten helfen kann. Vor allem aber ist es für die Jugendlichen bedeutungsvoll, dass sich der Gruppenleiter in verantwortungsvoller Weise um ihre Umvermittlung in die gewerbliche Wirtschaft bemüht. Durch diese Fakten wird ihnen das Gefühl der Verlassenheit und des "Nur-Ausgenutztwerdens", das sich in der Bezeichnung "Bundesknecht" (s. S. 33) manifestiert, genommen. Ein Ausdruck für die positive Arbeit des Gruppenleiters ist es, dass die Zahl der Jugendlichen, die ihren Arbeitsplatz ohne Kündigung, auf sich allein gestellt, verlassen und dadurch in sehr vielen Fällen einem ungewissen Schicksal entgegengehen, erheblich abgenommen und dementsprechend die Zahl derjenigen, die individuell umvermittelt werden, stark zugenommen hat (lt. Auskunft des Arbeitsamtes Münster).

In unseren Ausführungen ist bislang nur deutlich geworden, dass die Existenz der Landgruppen dazu beiträgt, den Aufenthalt der Jugendlichen in der Landwirtschaft im Sinne ihrer Eingliederung positiv zu nutzen. Es bleibt aber die Frage offen, ob die Einweisung jugendlicher Zuwanderer in Landgruppen vom sozialpädagogischen Standpunkt aus auch dann zu billigen ist, wenn die äussere Lage (Wohnungs- und Arbeitsmarktlage) keineswegs ihre Einweisung in die Landwirtschaft notwendig macht.

Der Bedeutung der Landgruppen werden wir erst gerecht, wenn wir die Heimstätten, Landgruppen und Stadtgruppen miteinander vergleichen. Während der jugendliche Heimstattinsasse in starker Abhängigkeit von der Heimstätte steht, in gewisser Ausschliesslichkeit auf die Heimstattleitung und auf seine Schicksalsgenossen bezogen ist, bewegen die Jugendlichen der Stadt- und Landgruppen sich in der neuen Umwelt und stehen in täglicher Auseinandersetzung mit ihr. Auf dem Lande ist aber im Gegensatz zur Stadt noch eine gewisse Abgeschlossenheit gegenüber allzu vielseitigen Einflüssen gegeben (s.S. 30). Dadurch hat die Landgruppe eine Mittelstellung. Sie gestattet trotz grosser Freiheit eher eine Lenkung der Einflüsse der Umwelt als die Stadtgruppe. Hier deutet sich an, dass für bestimmte Jugendliche ein vorübergehender Aufenthalt in den Landgruppen unabhängig von der äusseren Lage notwendig sein kann. Aber ebenso sind die Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst sowie die Stadtgruppen für jeweils eine bestimmte andere Gruppe jugendlicher Zuwanderer, die noch nicht in einen für sie geeigneten Arbeitsplatz vermittelt werden können, die rechten Einrichtungen; dabei kann der Grund für das Warten auf eine passende Vermittlung in äusseren Umständen oder in der Person des Jugendlichen liegen. Aus der unterschiedlichen Bedeutung dieser 3 Einrichtungen ergibt sich für die Leitung des Landesdurchgangslagers eine hohe Verantwortung, die Jugendlichen in rechter Weise auf die verschiedenen Eingliederungswege zu verteilen. Bei der Abwägung, ob ein Jugendlicher vorübergehend in eine Landgruppe einzuweisen ist, ist aber auch auf seine Eignung für die Landwirtschaft sowie auf die Harmonie zwischen Landmannschaftlicher Eigenart der einheimischen Bevölkerung und des Jugendlichen zu achten (s.S. 36) .

Die Stadtgruppe aber hat nicht nur Bedeutung für berufsfremd vermittelte Jugendliche, sondern auch für solche, die bereits in einem ihnen zukommenden Beruf beschäftigt sind. Dabei ist es gleichgültig, ob sie direkt aus dem Landesdurchgangslager oder aber über die Heimstätten oder Landgruppen in diese Arbeitsstelle vermittelt worden sind. Denn auch nach dem Durchlaufen dieser Einrichtungen kann noch nicht von einer Einwurzelung der Jugendlichen gesprochen werden.

Verfehlt aber ist die Arbeitsweise der offenen Jugendgemeinschaftswerke, in denen die Gruppenleiter allzu viel Wert auf die Bildung einer Gruppengemeinschaft legen. Die Bildung solcher Gruppengemeinschaften erfordert sehr viel Zeit und Kraft von den Gruppenleitern. In der Regel wohnen die Jugendlichen weit auseinander. Das gilt sowohl für die Landgruppen, die in der Regel einen Bezirk von 25 bis 35 km Durchmesser umfassen, wie auch für die Stadtgruppen in den weit auseinandergezogenen Gebieten der Großstädte an Rhein und Ruhr. Viel schwerwiegender aber ist folgendes Argument gegen eine Überbetonung der Gruppengemeinschaften. Eine zu stark betonte Gemeinschaft von Schicksalsgenossen bietet die Gefahr, Ressentiments und Vorurteile gegen die Menschen zu vertiefen, die nicht von ihrem Schicksal betroffen sind. Statt Eingliederung würde das Abkapselung zur Folge haben. Nicht die Gruppengemeinschaften sollten forciert werden, sondern den jugendlichen Zuwanderern sollte der Weg zu bestehenden Gemeinschaften der einheimischen Jugend geebnet werden. Mit dieser Feststellung sollen keineswegs Gemeinschaftsveranstaltungen jugendlicher Zuwanderer abgelehnt werden. Sie entsprechen durchaus einem zeitweiligen Bedürfnis der Jugendlichen, sich im Kreis von Schicksalsgenossen aussprechen oder gemeinsame Erinnerungen " von drüben " austauschen zu können. Vor allem aber sollten diese Veranstaltungen darauf gerichtet sein, Kontakt zur neuen Umwelt zu finden; sei es,

dass durch diese Veranstaltungen den Jugendlichen die neue Umwelt mit ihrer Vergangenheit und Gegenwart nahegebracht wird, sei es, dass zu den Veranstaltungen auch einheimische Jugendliche und Erwachsene sowie Jugendgemeinschaften hinzugezogen werden (Diskussionsabende, Tanzabende, Wanderungen usw.)

Ebenso unzulässig wie eine Überbetonung der Gruppen-gemeinschaft ist es, die Jugendlichen in einen zu engen persönlichen Bezug zum Gruppenleiter zu ziehen. Dadurch ist es vielleicht möglich, die Jugendlichen für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe vor unüberlegten Schritten zu bewahren. Aber damit ist wenig erreicht. Es geht darum, dass diese Zeit der Einwurzelung dient. Das Nahziel ist also echter Kontakt zu einheimischen Menschen. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt der Gruppenleiter die Hilfe weiterer Kreise der einheimischen Bevölkerung. Es ist ratsam, dass er sich um einen Kreis geeigneter, ehrenamtlicher Helfer aus der ansässigen Bevölkerung bemüht, die sich für eine rechte Beziehung zwischen jugendlichen Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung verantwortlich fühlen. Die Gewinnung dieser Helfer ist ähnlich zu denken, wie die Heranziehung ehrenamtlicher Mitarbeiter eines Jugendamtes (Vormünder, Bewährungshelfer usw.). Und wie sich ein Jugendamt erfahrungsgemäss mit besserem Erfolg auf Helfer stützt, die in einer Organisation zusammengefasst sind - einzelne Helfer geben zu leicht ihre übernommenen Aufgaben bald wieder ab - so müsste auch der Gruppenleiter einen organisierten Helferkreis zur Verfügung haben. Es ist dabei gleichgültig, ob er sich auf bestehende Organisationen stützt oder selbst eine entsprechende Organisation ins Leben ruft.

Diese Arbeitsweise ist besonders für Stadtgruppen zu fordern, die Jugendliche erfassen, die nicht mehr

Auf eine Umvermittlung warten. Aber auch dann, wenn der Aufenthalt in dem jeweiligen Ort nur vorübergehend ist, ist eine enge Fühlungnahme mit der einheimischen Bevölkerung herzustellen. Gelingt das nicht, so sammeln sich Vorurteile gegen die Anschauungen und die Lebensweise der Menschen der neuen Umgebung, die sehr leicht verallgemeinert werden und das gesamte Verhältnis zur Bevölkerung der BRP vergiften können. Hat andererseits der junge Mensch Kontakt zur neuen Umgebung gefunden, so lösen sich viele Fragen von selbst, für die bis dahin nur der Gruppenleiter zuständig schien. Eine Verzettlung der Kräfte des Gruppenleiters auf zu viele Einzelprobleme wird dadurch unterbunden und somit der Gefahr vorgebeugt, dass das wesentliche Ziel der Tätigkeit, nämlich die endgültige Einwurzelung der Jugendlichen, aus dem Auge verloren wird.

Eine Umfrage, die wir bei den Gruppenleitern in NRW (Ende 1954) durchführten, hat ergeben, dass nur sehr schwer ehrenamtliche Helfer zu finden sind. ¹²⁶⁾ Hier zeigt sich, wie notwendig es ist, dass die einheimische Bevölkerung intensiv durch öffentliche und private Stellen auf ihre Verantwortung gegenüber den jugendlichen Zuwanderern aufmerksam gemacht wird.

Es überrascht, dass Georg Bauer in einem Erfahrungsbericht über die Landgruppen des Jugendsozialwerkes in NRW die ehrenamtlichen Helfer in der von uns dargelegten Form grundsätzlich ablehnt. ¹²⁷⁾ Er hält ehrenamtliche Helfer nur für Einzelaktionen wünschenswert, also für aktuelle Vorträge, für eine gelegentliche Teilnahme an Zusammenkünften der Gruppe, um so den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ins Gespräch zu kommen. Er denkt dabei an Lehrer, Referenten des Arbeitsamtes, an Kommunal- und Gewerkschaftsvertreter usw. Nicht zulässig ist es nach ihm, daß Helfer " einen Teil der direkten Betreuung einzelner Jugendlicher

z.B. in der Form einer Mitbetreuung" übernehmen. Bauer argumentiert so: " Die Verantwortung für die Jugendlichen und das Vertrauen des Jugendlichen zum Betreuer sind nicht übertragbar. Die eigentliche Betreuung bleibt dem Gruppenleiter vorbehalten; denn nur er kann durch seine intensive Erfahrung den anfallenden Problemen so schnell und wirksam wie notwendig begegnen, und nur seine Person kann die Existenz der Gruppengemeinschaft verbürgen."

Der Meinung von Bauer muss entgegengehalten werden:

1. Die Verantwortung des Betreuers wird durch ehrenamtliche Helfer keineswegs geschmälert. Sie bleibt bei dem Betreuer. Nur verlagert sie sich in einigen Punkten von einer direkten in eine indirekte Verantwortung (rechte Auswahl von Helfern, genügend Einführung der Helfer in die Situation der Jugendlichen, klare Aufzeichnung des Betreuungszieles). Ausserdem bleiben noch genügend Punkte übrig, für die der Betreuer auf Grund seiner Stellung, seiner Erfahrung, seiner Kenntnisse über die Verfassung und Einstellung der Jugendlichen, seiner Beziehung und seines Kontaktes zu Behörden und Instanzen direkt zuständig ist, ja, zu deren Lösung er erst durch die Helfer frei wird.

2. " Das Vertrauen des Jugendlichen zum Betreuer ist nicht übertragbar", schreibt Bauer. Wenn er damit sagen will, dass der Gruppenleiter das ihm von einem Jugendlichen Anvertraute nicht einem Dritten weitergeben darf, so spricht er nur eine Selbstverständlichkeit aus. Will er aber sagen, dass das Vertrauen der Jugendlichen nicht auf andere Personen, die dieses Vertrauens würdig sind und ihm gerecht werden, gelenkt werden sollte, so nimmt er den jugendlichen Zuwanderern eine sehr wesentliche Möglichkeit, einen inneren Bezug zur neuen Umwelt zu gewinnen. Wodurch sollte ein Bezug zur neuen Umwelt eher möglich sein als durch das Vertrauen der Jugendlichen zu einigen Personen dieser neuen Umwelt? Welches Recht hätte der Gruppenleiter, dieses Vertrauen

nur auf sich zu beschränken ? Er hat wohl Sorge zu tragen, dass der Jugendliche sein Vertrauen keiner falschen Person schenkt. Gerade dieser Gefahr kann er aber durch die ehrenamtlichen Helfer begegnen, über die er vorher Erkundigungen einzuziehen hat. Die Helfer wiederum sind als in der Gemeinde Ansässige fähig zu beurteilen, ob etwaige andere Personen aus der Gemeinde, denen sich die Jugendlichen zuwenden, dieses Vertrauens würdig sind. Aber es muss angenommen werden, dass Bauer nicht das allgemeine Vertrauen zu irgendeinem Mitmenschen meint, sondern das spezielle, das zwischen Erzieher und Zögling herrschen muss. Wenn wir aber anerkannt haben, dass die ehrenamtlichen Helfer in die Verantwortung um den rechten Weg der Jugendlichen, d.h. : in das pädagogische Bemühen einbezogen sind, so ist auch zwischen ihnen und den Jugendlichen ein dementsprechendes Vertrauensverhältnis notwendig. Ob dieses stets eine Übertragung des dem Gruppenleiter geschenkten Vertrauens auf den Helfer ist, ist anzuzweifeln. Oft wird es dem Gruppenleiter trotz aller Mühe nicht möglich sein, das Vertrauen des Jugendlichen zu gewinnen. Es mag aber durchaus sein, dass es einer dritten Person gelingt, das Eis des Mißtrauens zu schmelzen, zumal der Helfer in der Nachbarschaft bzw. in derselben Gemeinde wie der Jugendliche wohnt und dadurch eine häufigere Möglichkeit hat, mit ihm zusammenzutreffen und seine Eigenarten kennenzulernen als der Gruppenleiter. Jeder Abbau des tief verwurzelten Mißtrauens dieser jungen Menschen ist zu begrüßen und wird letztlich auch das Vertrauensverhältnis zum Gruppenleiter vertiefen.

3. Es bleibt somit als Argument gegen die Heranziehung ehrenamtlicher Helfer nur der Einwand Bauers übrig, dass durch sie die Existenz der Gruppengemeinschaft in Frage gestellt wird. Man mag Bauer zustimmen, wenn er der Gruppengemeinschaft eine Bedeutung zumisst. Die

Schicksalsgemeinschaft (gleiche Herkunft, gleiche Not, gleiche Belastung und gleiche Hoffnungen) bietet eine Möglichkeit, die Jugendlichen emotional anzusprechen, sie dadurch zu enthärten und zu erschliessen. Diese Bedeutung der Gruppengemeinschaft darf aber nicht davon abhalten, auch auf anderen Wegen einen Einfluss auf die Jugendlichen zu gewinnen, zumal dann, wenn diese anderen Wege direkt der "Anpassung" und Einwurzelung der Jugendlichen dienen. (s.S. 123).

Zusammenfassend dürfen wir feststellen, dass in den offenen Jugendgemeinschaftswerken die Möglichkeiten liegen, im Sinne unserer sozialpädagogischen Forderungen den jugendlichen Zuwanderern zur Einwurzelung zu verhelfen. Bei der geringen Anzahl solcher Jugendgemeinschaftswerke in NRW - das gilt vor allem für die Stadtgruppen, die Anfang 1955 nur in 5 Städten des Landes NRW bestanden - und bei der sehr geringen Unterstützung, die die Gruppenleiter bei der Lösung ihrer Aufgabe von der einheimischen Bevölkerung erhalten (s. unsere Umfrage S. 125), muss sich der Gruppenleiter aber allzu sehr mit verschiedenen Augenblickssorgen der Jugendlichen beschäftigen. Er verzettelt sich dadurch. Das grosse Ziel der stetigen, harmonischen "Anpassung" und Einwurzelung tritt damit sehr leicht in den Hintergrund.

Es ist also eine grössere Anzahl von Stadtgruppen zu fordern. Vor allem aber ist es notwendig, dass die einheimische Bevölkerung zur Mitverantwortung an der Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer aufgerufen wird. Wege dazu haben wir schon aufgezeichnet (s.S. 112). Es muss aber als vorzügliches Beispiel für die Arbeit an diesem Problem auf die "Begegnungen zwischen Flüchtlingen aus Mitteldeutschland, Einheimischen und Heimatvertriebenen" hingewiesen werden, die im Jugendhof Vlotho stattfinden. Zu dieser Begegnung werden jeweils

andere Personen eingeladen (finanzielle Unterstützung gewährt die Landesregierung). Sinn dieser Begegnungen ist es : " Die Bereitschaft zu wecken, den Flüchtling als gleichberechtigten und an der Gestaltung des Lebens mitwirkenden Partner in unseren Alltag und Sonntag einzubeziehen". " Das kann der Flüchtlingsbetreuer nur vermitteln"; vollziehen aber muss es ein jeder der Bewohner der Bundesrepublik: " am Arbeitsplatz, in der Ausbildungsstätte, in den Organisationen - an jeder Stelle, wo Flüchtlinge und Einheimische zusammentreffen". 128)

Wenn wir diesen Sinn der Begegnungen nicht verwirklichen, werden wir die Spaltung Deutschlands nicht überwinden; ja, sie droht dann sogar, sich in unser eigenes Gebiet hereinzuschieben.

Anlage Nr. 1

Betr.: Quellennachweis von Zahlenangaben, die sich auf Daten aus dem Leben der jugendlichen Zuwanderer in der Zone sowie auf ihren Durchgang - Aufnahme und Ausschleusung - durch die Aufnahmelager beziehen.

Die Angaben über Zahl und Art der Aufnahme sowie über die Ausschleusung der Jugendlichen in die verschiedenen Länder und ihre Unterbringungsart in den Ländern sind den Jahres- bzw. Halbjahresübersichten der Jugendnebenlagergruppe Sandbostel, herausgegeben vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, entnommen.

Prozentuale Angaben über Geburtslandschaft, Konfessionszugehörigkeit, Familienverhältnisse, Schulbesuch, Schulausbildung und Berufsschicksal der jugendlichen Zuwanderer in der Zone sind für das Jahr 1949/50 der Untersuchung entnommen, die Utermann/Croon im Auftrage des Abteilungsleiters für Sozialpädagogik, Prof. Dr. Siegmund-Schultze, an der Sozialforschungsstelle der Universität Münster in Dortmund in der Lagergruppe Poggenhagen durchführten. Sie lag uns im Manuskript, das uns freundlicher Weise von der Sozialforschungsstelle zur Verfügung gestellt wurde, zur Einsicht vor.

Die diesbezüglichen Prozentzahlen für das Jahr 1953 sind auf Grund eigener Untersuchung im Auffanglager Sandbostel gewonnen. Dort führten wir an Hand der Karteikarten eine Repräsentativerhebung durch, die sich auf ebendieselben Lebensfakten der Jugendlichen bezog wie die Untersuchung von Utermann/Croon. Im Unterschied von Utermann/Croon verzichteten wir aber auf die Ausdehnung der Untersuchung auf die Fluchtgründe der Jugendlichen. Bei einer Anzahl von 27 219 männlichen Jugendlichen, die im Jahre 1953 durch Sandbostel gewandert sind, war es notwendig, das Stichpro-

benverfahren anzuwenden. Zur technischen Vereinfachung wurden alle Karteikarten der Buchstaben L u. M genommen. Die so errechnete Anzahl von 1 768 Karteikarten entspricht etwa jeder 15. Karte. Die zu erfragenden Werte der Karteikarten wurden im Verschlüsselungsverfahren auf Zählkarten übertragen und dann entsprechend ausgewertet.

Seit März 1954 ist die Statistik in Sandbostel auf das Familienbild und auf die Schul- und Berufsbildung der Jugendlichen ausgedehnt. Die in unserer Arbeit für das Jahr 1954 angegebenen diesbezüglichen Zahlen sind der Lagerstatistik von Sandbostel entnommen.

Anlage Nr. 2

Zugänge an männlichen jugendlichen Zuwanderern in den Lagergruppen Poggenhagen und Sandbostel. (Diese Angaben sind den Unterlagen der Lagerleitung in Sandbostel entnommen.)

a) in den Jahren 1948 bis 1954.

1948 (Juli -Dez.)	2 171
1949	11 359
1950	13 383
1951	15 424
1952	20 081
1953	27 234
1954	14 242

b) in den einzelnen Monaten der Jahre 1952 bis 1954 .

	<u>1952</u>	<u>1953</u>	<u>1954</u>
Januar		1 593	1 117
Februar	1 530	1 765	1 189
März	1 336	3 270	1 131
April	979	2 907	882
Mai	1 127	2 581	1 105
Juni	1 302	3 426	998
Juli	1 524	3 097	1 095
August	1 711	1 882	1 601
September	2 372	1 778	1 560
Oktober	3 141	2 066	1 401
November	2 029	1 768	1 210
Dezember	1 436	1 101	953

Anlage Nr. 3

Altersmässige Zusammensetzung der männlichen jugendlichen Zuwanderer in den Jahren 1953 und 1954

Die Prozentzahlen für das Jahr 1953 sind unserer eigenen Untersuchung im Lager Sandbostel entnommen (s. Anlage Nr. 1) . Die Zahlen für das Jahr 1954 verdanken wir der für diese Zeit bei der Lagerverwaltung Sandbostel vorliegenden Statistik. Sie beziehen sich auf die Monate Januar bis einschliesslich Juli 1954 unter Auslassung des Monates April, für den uns die entsprechenden Unterlagen fehlen.

	<u>1953</u>	<u>1954</u>	(in Klammern absolute Z.)
15 Jahre u. jünger	1,7%	3,2 %	(174)
16 Jahre	5,3%	5,6 %	(296)
17 "	8,3%	10,8 %	(582)
18 "	18,0%	18,0 %	(961)
19 "	16,6%	18,5 %	(989)
20 "	14,4%	13,8 %	(731)
21 "	13,2%	10,2 %	(543)
22 "	9,8%	8,9 %	(472)
23 Jahre u. älter	12,7%	11,0 %	(588)

Der prozentuale Anteil der 16 bis 22 jährigen Jugendlichen an der Gesamtzahl der jugendlichen Zuwanderer betrug also für die Jahre

1953: 85,6 % 1954: 85,8 %

Der prozentuale Anteil der 18 bis 20 jährigen Jugendlichen betrug

1953: 49,0 % 1954: 50,3 %

Besonders auffallend ist die grosse Differenz zwischen der Anzahl der 17 und der 18 jährigen Zuwanderer. Der Grund dafür muss im Zusammenhang mit der Erlangung der Volljährigkeit der 18 jährigen in der Zone gesehen werden. Die Volljährigkeit gibt das Recht, den Wohnsitz selbst zu bestimmen. Die Jugendlichen warten, bis sie die Volljährigkeit erlangt haben, um dann anschließend sofort Gebrauch von ihren neu erworbenen Rechten

zu machen, zumal sie wissen, dass in der BRP die einmal erlangte Volljährigkeit ohne besondere Veranlassung nicht wieder aberkannt wird, obwohl die einheimischen Jugendlichen in der Regel die Volljährigkeit erst mit der Vollendung des 21. Lebensjahres erlangen. Bei einigen Jugendlichen mag auch der Gedanke eine Rolle spielen, dass nach der Erreichung ihrer Volljährigkeit ihre Eltern nicht mehr in dem Umfange von den zuständigen Partei- und Stellen für die Auswanderung ihrer Kinder aus der SBZ verantwortlich gemacht werden können, wie das für Minderjährige möglich ist.

Anlage Nr 4.

Interviews mit jugendlichen Zuwanderern.

a) Durchführung der Interviews.

In der Zeit zwischen Dezember 1954 und Februar 1955 befragten wir in 91 Jugendwohnheimen des Landes NRW die dort wohnenden jugendlichen Zuwanderer nach ihren Lebensdaten aus der Zone sowie nach ihrem bisherigen Weg in der BRP. Diese Befragung wurde an Hand eines festen Fragebogens durchgeführt. Erfasst wurden 591 jugendliche Zuwanderer, die nach dem Frühjahr 1952 aus der Zone in die BRP eingewandert waren. In 20 (von den 91) Jugendwohnheimen dehnten wir diese Untersuchung auf Fragen aus, deren Antworten Anhaltspunkte über die Einstellung der jugendlichen Zuwanderer geben sollten. Das so gewonnene Frage- und Antwortspiel bekräftigte unsere Aussagen, die wir im Laufe dieser Arbeit gemacht haben, und stellte das Bild der jugendlichen Zuwanderer plastisch heraus.

Da die Untersuchungsergebnisse über die Lebensdaten aus der Zone sowie über den Werdegang der Jugendlichen in der BRP in diesen 20 Heimen nicht wesentlich von den diesbezüglichen Untersuchungsergebnissen abwichen, die in allen 91 Jugendwohnheimen zusammen gewonnen wurden, konnte angenommen werden, dass auch die Ergebnisse der speziellen Befragung in den 20 Heimen trotz der verhältnismässig geringen Zahl von befragten Jugendlichen (136) in gewisser Weise verallgemeinert werden durften. Der Wert der Befragung wurde aber dadurch eingeschränkt, dass nur Jugendliche erfasst wurden, die in Heimen wohnen. Jugendliche, die privat wohnen, haben andere gewichtige Berührungspunkte mit dem Leben in der BRP, kommen dadurch auch zu einer anderen Schau und somit vermutlich auch zu einer anderen Einstellung. Eine gesonderte Untersuchung müsste diese Frage klären.

Die 20 Heime, die wir zu dieser speziellen Untersuchung gewählt haben, haben folgende Lage:

13 Heime liegen im Raume Duisburg und dem angrenzenden Gebiet (107 Jungen) - Duisburg sticht durch die Vielzahl und Vielartigkeit von industriellen Betrieben sowie durch seinen bedeutenden Binnenhafen als eine Stadt mit sehr günstiger Arbeitsmarktlage hervor - , 6 Heime in der industriearmen Stadt Münster (23 Jungen) und 1 Heim in der sehr einseitigen Industriestadt Recklinghausen - fast nur Bergbau - (6 Jungen). Erfasst sind somit in 20 Heimen 136 Jungen. Sie sind ausschliesslich im Jahre 1953 in die BRP gekommen und somit zur Zeit unserer Untersuchung ein gutes Jahr in der BRP.

Da die Spontaneität der Aussagen nicht gehemmt oder unterbrochen werden sollte, setzten wir keine Antwortskategorien auf, die es während des Interviews erlaubt hätten, die Antworten verschlüsselt niederzulegen. Stattdessen notierten wir die Antworten so, wie sie von den Jungen gegeben wurden, um auf diese Weise die Betonung, die Farbe festzuhalten, die der Befragte seiner Aussage beilegte. Diese Antworten sagten oft mehr als die bei der Auswertung einer solchen Untersuchung notwendige Schematisierung. Darum haben wir im Folgenden die notwendige Einteilung in Antwortgruppen dadurch aufgelockert, dass jeweils einige prägnante Antworten in ihrem vollen Wortlaut wiedergegeben werden.

Wenn wir die Antwortgruppen mit genauen Prozentzahlen angegeben haben, so sollten diese Zahlen nur Hilfe sein, ein möglichst klares Bild von diesen jungen Menschen zu bekommen. Sie sollten nur Anhaltspunkte geben, nicht aber den Anspruch erheben, in ihrer dezimalen Genauigkeit auf die Gesamtheit der jugendlichen Zuwanderer übertragen werden zu können.

b) Ergebnisse der Interviews.

In den meisten Fällen unterziehen sich die Jungen nur sehr widerstrebend einem Interview. Zu viele Verböre und Beantwortungen von Fragebogen liegen hinter ihnen. Ausserdem sind sie sehr misstrauisch. Erst der Verzicht auf Nennung ihres Namens sowie die Erläuterung der Bedeutung des Interviews dahin, dass es für eine Untersuchung notwendig sei, die klären solle, was bislang zur Eingliederung der jugendlichen Zuwanderer von staatlicher und privater Seite richtig bzw. falsch gemacht worden sei und wie die Eingliederung verbessert werden könne, und die Versicherung, dass diese Untersuchung nicht von einer staatlichen, sondern von einer freien Forschungsstelle (Universität) geschehe, bewegt sie, sich auf ein Gespräch einzulassen. Dadurch, dass zunächst Fragen über ihre Familie und ihren Beruf, ihre Interessen und ihre Freizeitgestaltung gestellt werden, wird ein Kontakt hergestellt, so dass dann sehr oft ein Ehrgeiz entwickelt wird, die einzelnen Fragen so genau wie möglich zu beantworten. Jedoch kommt noch eine neue Skepsis auf, wenn politische Fragen zur Sprache kommen. Die Jungen wittern hier Gefahr, es könnten ihnen aus einer öffentlichen Stellungnahme hüben oder drüben Nachteile entstehen. So ist es zu verstehen, dass 54 % die Frage, ob sie sich für politische Fragen interessieren, verneinen, 6 % die Auskunft verweigern und nur 40 % die Frage bejahen.

Die nächsten Fragen versuchen schrittweise zu klären, inwieweit die Jugendlichen der kommunistischen Ideologie verhaftet sind.

1. Frage: Glauben sie, dass das kommunistische System auch nach Westdeutschland kommen wird?

32 % beantworten die Frage nicht.

38,1 % verneinen die Frage.

21,9 % sagen: vielleicht.

8,0 % bejahen die Frage.

Einige Begründungen für die Bejahung bzw. für die Antwort " vielleicht " seien angeführt, die sinngemäss alle genannten Begründungen wiedergeben.

Vielleicht: " Ja, wenn es einen Krieg gibt!"

" Ohne Verteidigungsgemeinschaft, ja !"

" Ja, wenn die Zustände in Westdeutschland nicht sozialer werden !"

Bejahung: " Jede Stufe wird einmal abgelöst."

" Auf den Kapitalismus folgt der Sozialismus".

" Die Jugend ist drüben von der marxistisch-leninistischen Ideologie erfasst."

" Im Westen weiss man ja nicht, was man will."

" Das Volk hier ist gleichgültig gegenüber Politik."

2. Frage: Um jede Scheu vor der Beantwortung dieser politischen Fragen zu nehmen, wird die nächste Frage in folgender Form gestellt:

Der Nationalsozialismus hat uns in ein grosses Unglück gestürzt und den deutschen Namen geschändet; trotzdem muss man sagen, dass er neben vielen schlechten Eigenschaften auch manche gute Seiten hatte. Genau so wird der Kommunismus auch gute Seiten haben. Bitte sagen sie mir:

a) was halten Sie an der Lehre des Kommunismus für gut ?

b) welche Massnahmen der Regierung der DDR halten Sie für gut ?

zu a) Die Frage wird von 72 % beantwortet, 28 % lehnen eine Antwort oder Stellungnahme ab.

Die 72 %, die die Frage beantworten, setzen sich folgendermassen zusammen:

22,8 % halten nichts für gut.

Für gut halten:

21,6 % die kommunistische Lehre ist **im allgemeinen**, ohne im einzelnen auseinanderlegen zu können, was sie

an ihr für gut halten. Sie machen jedoch zum Teil die Einschränkung, die Verwirklichung der Theorie sei schlecht. Einige Antworten als Beispiel:

" Die Lehre ist gut, ihre Verwirklichung ist schlecht."

" Die Theorie ist gut."

" Theoretisch sind die Ansichten gut, sie lassen sich aber praktisch nicht durchführen."

" Die an sich gute Lehre wird durch die Praxis widerlegt."

17,7 % die Gerechtigkeit des Kommunismus.

Einige Antworten als Beispiel:

" Keine Ausbeutung mehr."

" Gleiche Arbeit, gleicher Lohn."

" Jeder soll das verdienen, was er leistet."

" Gleicher Anteil für alle am Sozialprodukt."

" Die Verteilung des Sozialproduktes nach dem Bedarf des einzelnen."

" Jeder soll die Ausbildung bekommen, die seinen Veranlagungen entspricht."

3,7 % die Ausschaltung der Privatwirtschaft.

Beispiele für Antworten:

" Die Sozialisierung."

" Die wirtschaftlichen Verhältnisse in die Hand des Volkes."

" Verminderung der Kriegsgefahr durch Beseitigung der Privatwirtschaft."

6,2 % verschiedene Punkte.

Einige Beispiele:

"Die wissenschaftliche Erklärung der Entstehung der Welt und der Entstehung des Lebens."

" Die Entwicklungstheorie."

" Die geschlossene Einheit des kommunistischen Systems."

" Marx hat die Entlarvung des Klassenkampfes gebracht."

zu b) 75,4 % der Jungen beantworten die Frage, 24,6 % lehnen eine Antwort ab bzw. haben keine Stellungnahme. Die 75,4 %, die die Frage beantworten, gliedern sich folgendermassen auf:

8,3 % halten keine Massnahme für gut.

17,4 % heben die Förderung der Schüler und Studenten hervor.

Einige Beispiele:

"Die Unterstützung der Schüler und Studenten."

"Die Förderung der Arbeiterkinder."

"Die Bauern- und Arbeiterfakultäten."

"Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, aber dafür ein politisches Bekenntnis der Jugend gefordert."

22,2 % betonen, dass allgemein viel für die Jugend getan würde.

Einige Beispiele:

" Es wird viel für die Jugend getan."

" Die Jugendbetreuung, die Heime und die Bibliotheken."

" Die sportliche Förderung der Jugend."

" Darüber hängt die sportliche Betätigung nicht vom Geldbeutel ab."

Aber auch: " Sie sorgen für die Jugend, wenn man sich in ihrer Richtung politisch betätigt. "

19,5 % loben soziale Einrichtungen in der Zone.

Einige Antworten:

" Die sozialen Belange sind in der DDR besser erfüllt."

" Urlaubs- und Krankheitsversorgung ist besser."

" In der DDR ist das Krankengeld viel höher."

" Durch die Polikliniken gibt es in der DDR nicht mehr zweierlei Patienten, Privat- und Kassenpatienten."

" Der Ferienaufenthalt der Arbeiter der VEB."

Aber auch: " Verschiedene soziale Einrichtungen sind gut, doch verlieren sie ihren Wert, betrachtet man sie im Zusammenhang. "

2,8 % halten den Zentralismus in der Zone für besser als den Föderalismus in der BRP.

Beispiele:

" In der DDR gibt es ein einheitliches Schulsystem."

" Die Länder in der BRP sind nur Gebilde, die von den Westmächten zur Zerreissung Deutschlands geschaffen sind."

" Die Einheit Deutschlands wird durch die Länder gestört."

" Die DDR gibt ein einheitlicheres und geschlosseneres Bild als die BRP."

5,2 % beziehen sich auf verschiedene Punkte.

Beispiele:

" Die Verteilung des Sozialproduktes ist gerechter."

" Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist verwirklicht."

" Es gibt keine schmutzigen Filme und schundhaften Wildwestzeitschriften."

3. Frage: "Bedeutet der Tod in allem das Ende für den Menschen, oder glauben Sie an ein Weiterleben des Menschen nach dem Tode? "

Die Frage nach der Konfession der Jungen haben wir am Anfang, diese Frage dagegen bewusst am Ende des Interviews gestellt. Der Junge sollte nicht meinen, auf Grund der Angabe einer Konfession diese Frage bejahen zu müssen.

Die Jugendlichen gehören nach ihren eigenen Angaben folgenden Konfessionen an: evangelisch 75,5 % ; katholisch 21,3 %; ohne Konfession 3,2 %. (Als evangelisch rechnen auch die, die sich zu einer Freikirche bekennen.) Der prozentuale Anteil katholischer Jugendlichen an dieser Untersuchung liegt wesentlich höher als ihr Anteil an der Gesamtheit der jugendlichen Zuwanderer (1953 sind 13,3 % der jugendlichen Zuwanderer katholisch.) Diese Tatsache dürfte dadurch

bedingt sein, dass durch die Initiative des kath. Lagerpfarrers im Lager Sandbostel die kath. Jugendlichen nach Möglichkeit in katholische Gegenden geschickt werden, d.h. : da Bayern als Einweisungsland praktisch ausfällt, nach Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Von den 75,5 % evgl. Jugendlichen antworten auf unsere Frage mit

ja (glaube an ein Weiterleben nach dem Tode)	11,5 %
nein	64,0 %
	75,5 %

von den 21,3 % kath. Jugendlichen antworten mit

ja (glaube an ein Weiterleben nach dem Tode)	13,1 %
nein	8,2 %
	21,3 %

Dazu kommen die religionslosen Jugendlichen, die ebenfalls nicht an ein Weiterleben glauben 3,2 %.

D.h. also: 75,4% glauben nicht an ein Weiterleben nach dem Tode. Betrachtet man die Katholiken für sich, so bejahen 61,5 % von ihnen ein Weiterleben und 38,5 % verneinen es; während von den evgl. Jugendlichen nur 15,2 % eine bejahende und 84,8 % eine verneinende Antwort geben. Es ist daher anzunehmen, dass bei einem Anteil evgl. Jugendlicher an solch einer Befragung, der der Gesamtheit der in die BRP einströmenden Jugendlichen entspricht, die Anzahl der negativen Antworten noch höher ausfallen würde.

Die Begründungen des "Nein" laufen fast alle darauf hinaus, dass es nur Materie gibt, der Mensch also nur Materie ist und damit nach dem Tode nur Materie übrigbleiben kann.

Einige Antworten als Beispiel:

" Alles ist Materie."

" Wenn es jetzt auf dem Mars auch noch Lebewesen gibt, dann müssen die Priester endlich ihren Schwindel eingestehen."

" Oparin (ein russischer Biologe) hat nachgewiesen, dass das Leben sich aus der Materie entwickelt hat. "

" Man kann doch heute nicht mehr an das Weiterleben eines Geistes glauben."

" Was sollte wohl weiterleben ?"

" Die Wissenschaft beweist die Unmöglichkeit eines Weiterlebens."

Auch Schlagwörter fallen, z.B.:

" Die einzige objektive Realität ist die Materie."

In den Antworten auf diese Frage wird die Anfälligkeit der Jugendlichen gegenüber der dialektischen materialistischen Weltanschauung besonders deutlich. Bezeichnend ist, dass nur 2 Jugendliche als Erklärung für ihr "Nein" Argumente anwenden, die in der nationalsozialistischen Zeit der Jugend anerzogen wurden. Sie heissen:

" Der Mensch lebt weiter in seinen Kindern."

" Nur die Werke des Menschen leben weiter."

(Ergänzend zu dieser Frage ein Auszug aus dem Brief eines Heimleiters eines evgl. Jugendwohnheimes in W. vom Februar 1955: (Der Brief berichtet über jugendliche Zuwanderer)" ... Ich spreche mit ihnen über Gott. Sie lehnen ihn ab, weil unbeweisbar. Ich weise auf den punctum-saliens im frischen Eigelb hin. Die Analyse des Stoffes und künstliche Herstellung ist absolut möglich, nur wird das künstliche Werk nicht leben und kein Leben weitergeben. Die Jungen erklären mir fest überzeugt, auch das wird der Mensch schaffen. Also ein anerzogener Diesseitsglaube. Die Zumutung marxistisch zu denken, wird aber empört zurückgewiesen.")

Weitere Fragen an die jugendlichen Zuwanderer sollen zur Klärung ihrer Einstellung beitragen, soweit sie durch ihre Abkehr von der Zone und ihre Zuwanderung in die BRP bedingt ist.

4. Frage: " Was halten Sie von der Jugend in der Bundesrepublik (Jungen und Mädchen) ?"

a) "Sind die Jungen in der BRP in ihrem Wesen, in ihrer Art sich zu geben, in ihren Auffassungen, in ihren Interessen anders als die Jungen in der SBZ?"

81,0% beantworten die Frage, 19 % nehmen keine Stellung. Die 81 % geben folgende Antworten:

14,0 % sehen keinen Unterschied.

20,6 % halten die Jungen in der BRP für sorgloser, freier, nicht so ernst wie die Jungen in der DDR.
Einige Beispiele:

" Sie sind freier ".

" Sie sind offener und freundlicher."

" Sie haben ein freies Wesen und sind lustiger; ich komme gut mit ihnen aus."

" Sie sind freier in ihrem Tun und höflicher gegenüber Erwachsenen."

" Sie sind sorgloser und nicht so ernst."

16,2 % halten die einheimischen Jungen für oberflächlich und politisch uninteressiert.

Einige Antworten als Beispiel:

" Sie sind interessenlos gegenüber jedem politischen Geschehen."

" Sie sind oberflächlich und suchen nur ihre Vergnügen."

" Sie haben kein gemeinsames Ziel."

" Wissen nicht, was sie wollen, sind oberflächlich."

" Zum Teil sehr oberflächlich."

11,0 % halten die einheimischen Jungen für eingebildet.
Beispiele:

"Sie sind eingebildet."

" Sie sind stur und eingebildet."

" Jeder meint, er müsse mindestens 1 Motorrad haben."

" Die wollen nur angeben."

" Sie sind eingebildeter und gezwungener; sie siezen sich untereinander. Drüben geht alles mit Du."

" Sie sind unnahbar. Ich will aber auch keine Verbindung mit ihnen haben."

6,6 % erklären, die einheimische Jugend habe kein Verständnis für Flüchtlinge aus der Sowjetzone.

Einige Beispiele:

" Sie sind schlecht auf Flüchtlinge zu sprechen."

" Haben Angst, dass wir ihnen ihre Stelle wegnehmen."

" Halten uns für Kommunisten."

" Halten die Sowjetzone schon für Russland."

4,4 % sehen eine Andersartigkeit der einheimischen Jungen, durch landsmannschaftliche Unterschiede bedingt.

Beispiele:

" Es ist schwer, mit den Westfalen warm zu werden."

" Die Westfalen sind stur und eigenwillig."

" Ich habe für die Rheinländer kein Verständnis. Ihr Karnevalstreiben ist doch zum Beispiel verrückt."

" Die rheinische Jugend ist albern."

3,8 % erklären, die einheimische Jugend sei durch Film und Zeitschriften verdorben.

Beispiele:

" Die Wildwestfilme verderben die Jugend."

" Die amerikanischen Lesehefte erziehen die Jugend zu Gangstern und Räubern."

" In der DDR haben die Filme einen politischen Zweck, hier aber haben sie einen schmutzigen und schlechten Einfluss auf die Jugend."

Die restlichen Antworten von 4,4 % verteilen sich auf verschiedene Ansichten.

b) Die entsprechende Frage: " Was halten Sie von den Mädchen in der Bundesrepublik ?" ergab im wesentlichen dieselben Antworten. Bei dem Vergleich der

Prozentsätze ist darauf zu achten, dass bei dieser Frage sich 22,3 % einer Stellungnahme enthalten. Dadurch haben die weiteren Prozentzahlen einen relativ höheren Wert.

22,3 % nehmen keine Stellung.

18,0 % erklären: die Mädchen in der BRP sind nicht anders als die Mädchen in der DDR.

17,4 %: die Mädchen sind sorgloser, ungezwungener und fröhlicher.

22,1 %: sie sind eingebildet.

10,3 %: sie sind verdorbener als die Mädchen in der DDR.

7,1 %: sie wissen nichts von Politik, sind interessenlos gegenüber politischen Fragen.

2,8 %: verschiedene Antworten.

5. Frage: " Was fehlt ihnen nach ihrer Meinung zur Zufriedenheit ?"

12,3 % der Jungen beantworten die Frage nicht.

8,6 % erklären, sie seien zufrieden.

25,8 % geben an, es fehle ihnen Geld.

Einige Antworten als Beispiel:

" Geld ."

" Geld, denn nur wer Geld hat, wird anerkannt."

" Geld, denn mit Geld kann man alles erreichen."

" Mit dem, was ich verdiene, komme ich nicht aus."

24,8 % vermissen zur Zufriedenheit ein festes Zuhause, eine Heimat, ein Familienleben.

Einige Beispiele:

" Ein eigenes Heim und ein anständiges Mädchen".

" Eine vernünftige Wohnung nach meinem Geschmack."

" Eine Zusammenführung unserer Familie."

" ... das Erzgebirge, meine Heimat."

" Eine Wohnung zur Familiengründung."

17,1 % fehlt zur Zufriedenheit ein besserer Arbeitsplatz, ein anderer Beruf, eine gute Ausbildung oder eine Aufstiegsmöglichkeit in ihrem Beruf.

6,2 % vermissen zur Zufriedenheit Luxusgüter (Auto, Motorrad usw.).

5,0 % beziehen sich auf verschiedene Punkte (Gesundheit, mehr Freizeit, Gelegenheit, bestimmten Neigungen nachzugehen.)

6. Frage: " Wenn Sie einen Wunsch äussern dürften, der Ihnen - wie in einem Märchen - auf jeden Fall erfüllt würde, was würden Sie sich dann wünschen? "

Die Antworten geben im wesentlichen die Ergebnisse der vorausgegangenen Fragen wieder.

8,0 % ohne Antwort.

30,6 % bringen die Sehnsucht nach einem liebevollen, verstehenden Mitmenschen, nach Familienglück und Heimat zum Ausdruck.

29,5 % beziehen ihre Wünsche auf Geld (23,7%) und Luxusgüter (5,8 %).

15,5 % haben Wünsche, die sich auf Arbeit und Beruf beziehen. Dabei reicht die Skala von dem Wunsch nach weniger Arbeit bis zum Wunsch nach einem hohen Posten.

4,4 % wünschen sich vor allem die Einheit Deutschlands. Der Rest von 12 % bezieht sich auf eine Vielzahl verschiedener Wünsche. (Auswanderung, Reisen, Gesundheit, Wünsche für Angehörige, eigene Vollkommenheit, anderes äusseres Aussehen usw.).

7. Frage: " Haben Sie den Wunsch zu heiraten ?"

65,4 % bejahen diese Frage, 15,5 % verneinen sie mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter, 8 % sagen, sie wären dieser Frage - da in unsicherer Existenz - noch nicht näher getreten, 7,4 % geben keine Antwort und nur 3,7 % verneinen sie eindeutig.

Bedeutungsvoller aber sind die Antworten auf die Frage, warum sie heiraten wollen. Von den 65,4 %, die ihren Wunsch zur Heirat ausgesprochen haben, geben fast alle eine Antwort. Ausnahmslos führen sie als Begründung

den Wunsch an, ein Heim, ein Zuhause, einen vertrauten Lebenskameraden zu besitzen. Darunter sind erschütternde Aussagen, wie z.B.:

" Damit ich endlich weiss, wo ich hingehöre."

" Ich bin das Alleinsein satt."

" Ich suche einen Menschen, dem ich vertrauen kann. "

Anlage Nr. 5

Vorschlag für eine Schulfeierstunde anlässlich des
75. Geburtstages des Präsidenten Wilhelm Pieck
am 3. Januar 1951.

Chor: Wir haben einen Plan gemacht,
und danach richten wir uns aus.
Ein Räderwerk greift ins andere ein,
keiner, der schaffen kann, bleibt da zu Haus.
Wir steigern die Produktion mit all unserer Kraft,
vereint jung und alt, so wird das Werk geschafft.

1. Sprecher: Das ist schön, das gibt Mut. Und wer erfüllt den Plan?

2. Sprecher: Alle! Die Arbeiter in den Fabriken und Bergwerken, auf den Werften und in den Hütten, in den MAS und auf den volkseigenen Gütern, die Bauern auf den Feldern, die Techniker, die Ingenieure, die Eisenbahner, die Wissenschaftler und Künstler, alle, Männer und Frauen und die Jugend. An ihrer Spitze stehen die Helden der Arbeit, die verdienten Erfinder und die grosse Zahl der Aktivisten, deren Arbeit immer neue leuchtende Beispiele schafft und so die Erfüllung des Planes garantiert. Auch wir Jungen und Mädchen in der Schule tragen durch die Erfüllung unseres Pionierauftrages zum Gelingen des Planes bei.

3. Sprecher: Wir bilden Lernaktive und lernen besser als bisher. Nur wer lernt, wird helfen können. Es fehlen tüchtige Facharbeiter, Techniker und Ingenieure, es fehlen Wissenschaftler, Ärzte und Lehrer. Darum heisst es lernen, lernen und nochmals lernen! Wer nicht lernt, stört den Wiederaufbau unserer Heimat. Wer nicht lernt, will den Fünfjahresplan nicht erfüllen helfen. Wer nicht lernt, hilft den

Kriegstreibern. Ihr Jungen und Mädel, ihr
werdet alle zum grossen Werk gebraucht.

.....

Sprecher: Der Tag müsste zweimal so lang sein wie breit,
denn es fehlt uns an Menschen und Stunden.
Heran mit den Jungen ! Sie sind schon soweit,
sie helfen erneuern - gesunden.
Noch sitzt manch ein Schimmel am amtlichen
Tisch
und Leute, die rückwärts schauen.
Rasch die Ablösung vor! Unsere Jugend geht
frisch
an das Werk, unsere Zukunft zu bauen.

Sprecherin: Schwung, Jungen ! Mut, Mädel ! Wir brauchen
euch schnell,
mit Wagemut füllt ihr die Lücken.
Studiert, übt und lernt! Euer Weg führt euch
hell
zu der Wirtschaft Kommandobrücken.
Das Jugendgesetz unserer Demokratie
lässt selbst euch das Schicksal schmieden.
Und packt an! Schafft den Plan! Eure Energie
dient der Jugend, dem Volke, dem Frieden.

(s." die neue Schule", 1950/41 Beilage)

Anlage Nr. 6

Im Folgenden geben wir einige Auszüge aus Briefen von Heimleitern und Arbeitgebern. Diese Briefe sind typisch für leichtfertige Verallgemeinerungen (positiver und negativer Art) über Einstellung und Verhaltensweise der jugendlichen Zuwanderer.

1) Der Leiter eines Jugendwohnheimes in M.-Gl. schreibt uns am 22.2.1955:

"Anbei erhalten Sie die uns gesandten Fragebogen ausgefüllt zurück.... Unser Heim ist durchschnittlich mit 50 - 60 Jungen aus der DDR besetzt. Die Erfahrungen mit den Jungen von dort sind schlecht. Nur wenige halten die angefangene Lehre wirklich durch. Andere werden kriminell und scheiden dadurch bei uns aus. Die Haltung der Jungen lässt oft viel zu wünschen übrig. Es gibt prozentual gesehen nur ganz wenige Ausnahmen. Eine Gleichgültig- und Interessenlosigkeit ist bei fast allen zu finden. Sie wollen möglichst ohne Arbeit schnell zu Geld kommen, das sie planlos für Vergnügen ausgeben. ... "

2) Schreiben eines Heimleiters aus S. vom 30.12.54:

" ... Die Jungen aus der Ostzone waren durchschnittlich kritischer, unzufriedener, oft sogar aufsässiger als die einheimischen. Sie hatten durchschnittlich falsche Vorstellungen vom Westen und waren wenig bescheiden in ihren Forderungen. In beruflicher Hinsicht waren die meisten strebsam, in sittlicher und religiöser Hinsicht überwiegend ohne Grundlage. Daher sind viele von ihnen, nachdem sie das Heim verlassen hatten, sittlich entgleist und geniessen keinen guten Ruf "

3) Der Leiter eines kath. Jugendwohnheimes in M. schreibt am 21.12.1954:

" Ein grosser Teil, den wir hier kennengelernt haben, war strebsam und arbeitswillig, um das, was er bisher nicht erreichen konnte, nachzuholen. Die sittliche

Auffassung ist bei den aus der Ostzone kommenden günstiger als bei der einheimischen Jugend. Die öffentliche Meinung in der Ostzone zu den Dingen Film, Nacktkultur usw. ist vielfach besser als in der BRP. Oft haben wir hier die Feststellung gehört: solche Filme, solche Schundhefte sind in der Ostzone verboten. Warum nicht auch hier ? "

4) Brief eines Heimleiters aus W.-E. vom 10.2.55 :
" ... Ich will nicht verschweigen, dass ich zuerst immer in Abwehr gehe, wenn man mir einen SBZ- Flüchtling als Heimbewohner anbietet. Es ist eine Frage der Zahl der pädagogischen Mitarbeiter, wieviel SBZ- Flüchtlinge ein Heim 'verkräften' kann "

5) Ein Bäckermeister aus D. schreibt vom 12.12.1954:
"... Nie wieder werde ich mich herbeilassen, einen Jugendlichen aus der Ostzone aufzunehmen. Aller Aufwand des Guten an so einem Jugendlichen ist vergebens..."

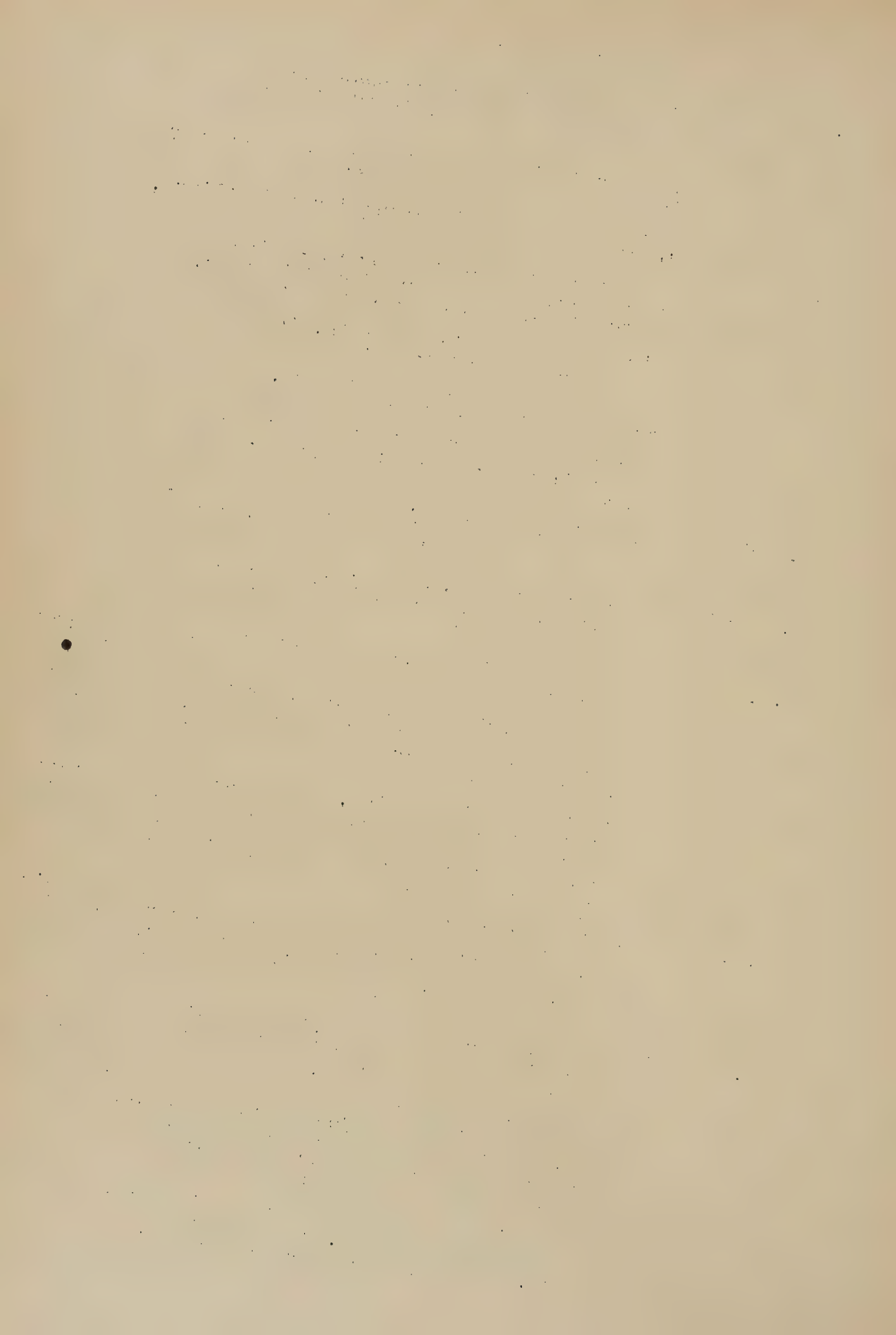
6) Ein Landwirt aus S. schreibt am 3.12.1954:
"... Jugendliche, die aus der Ostzone kommen, haben schon dort keine Lust mehr zu arbeiten. Dies war mein zweiter aus der Ostzone. Die Jungen sind stark durch die Politik vergiftet und sehen in dem Vorgesetzten nur den Ausbeuter. Die Kollegen wollen auch keine Lehrlinge mehr aus der Ostzone, die haben alle mit geringen Ausnahmen grossen Reinfall erlebt."

7) Ein Gärtner aus B. schreibt am 25.11.1954:
" ... Nur der Wunsch, einiges, was bestimmte Kreise hier in den Westzonen bezüglich der Ostzone falsch gemacht haben, wieder gut zu machen, hat mich damals bewogen, einen Jungen aus der Ostzone bei mir aufzunehmen und ihm hier das Elternhaus - soweit das überhaupt geht - zu ersetzen. Ich bin dankbar und stolz, feststellen zu dürfen, dass die Jungen aus der Ostzone fleissig, willig und gut erziehbar sind. Ich will alles dran setzen, um aus 'meinem Jungen' einen wertvollen Menschen zu machen... "

Anmerkungen und Literaturangabe .

- 1) Firgan Verbleib und soziale Eingliederung München 1951
der jugendlichen Grenzgänger aus
der sowjetischen Besatzungszone
seit Juni 1948
- Utermann/
Croon Jugendliche Grenzgänger des Jugend-
flüchtlingslager Poggenhagen/ Eine
Untersuchung auf Grund der Kartei
vom 1.1.1949 bis 31.8.1950 (lag als
Manuskript vor)
- R.Lenhardt Jugendliche illegale Grenzgänger,
in "Unserer Jugend" 1949/1
- Jugendfürsorgerische Betreuung der
jugendlichen Grenzgänger, im
"Ministerialblatt für das Land NRW"
1952/69 S. 1275
- Jugendliche Flüchtlinge aus der
Ostzone, in "Jugendwohl" 1953/3
S. 111
- Praktische Anregungen für die Betreu-
ung der jungen Flüchtlinge, in
"Junge Gemeinschaft" 1953/6 S. 7
- SBZ-Flüchtlinge, in "Evangelische
Jugend-Information" 1953/8 S. 3
- Rekonvaleszenten, Gemeinschaftswerke
für jugendliche Ostzonenflüchtlinge,
in "Michael, Katholische Wochenzei-
tung" 1953/19
- E.Tenschwert Jugend auf der Flucht, in "Neues
Beginnen" 1952/10 S. 5
- Berufliche und gesellschaftliche Ein-
gliederung der aus der Sowjetzone
geflüchteten Jugend, in "Mitteilungs-
blatt des Landesjugendausschusses
Hessen" 1953/6/7/8 S. 19
- Hilfe für die aus der Sowjetzone ge-
flüchtete Jugend in "Bayerischer Wohl-
fahrtsdienst" 1953/6 S. 83
- W. Wolf Ostzonenflüchtlinge und Jugendkrimina-
lität, in "Der Rundbrief" 1953/7
- P. Frank Erfahrung an der Arbeit an jugendlichen
Flüchtlingen aus der SBZ, in "Evangelische
Jugendhilfe" 1953/2

- E. Ell Die jugendlichen Grenzgänger aus der Ostzone Deutschlands, in "Caritas" 1953/5
- Trost Aus der Sowjetzone geflohen und was nun? in "Das Parlament " 1953/34
Zustrom und Eingliederung der Flüchtlinge, in "Die Heimstatt " 1954/1
- Püschel Die Betreuung der SBZ-Jugend - Eine stete Verantwortung und Verpflichtung, in "Caritas-Korrespondenz" 1954/3
- Feuser Wir lassen die nicht allein, in " deutsche jugend " 1954/4
Sondernöte der SBZ-Flüchtlinge, in "Sozialer Fortschritt" 1954/5
Was können wir für die jugendlichen SBZ-Flüchtlinge tun? in "Der Wegweiser" 1954/10
- R. Schrembs Die Eingliederung jugendlicher Flüchtlinge aus der SBZ, in "Kulturarbeit" 1954/7
- M.Lehrmeyer Die Eingliederung der jugendlichen SBZ-Flüchtlinge, in "Das Arbeitsamt" 1955/7
- H.R. Kütz Die Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone Frankfurt 1954
Eingliederung der Sowjetzonenflüchtlinge /Eine Studie des Zentralbüros des Hilfswerks der evangelischen Kirche in Deutschland Stuttgart 1954
Sowjetzonenflüchtling, Rechtslage und Hilfsmöglichkeiten dargestellt an Einzelfällen, herausgegeben vom Zentralbüro des Hilfswerks der evangelischen Kirche in Deutschland Stuttgart 1954
- H.v.Koenigswald Die Flucht in die Freiheit, Gedanken zur inneren und äusseren Not der Flüchtlinge aus der Sowjetzone, in "Wegweiser-Schriften, Schriftenreihe für das Vertriebenenwesen" Nr. 13 Troisdorf 1953
- H.v.Koenigswald Der unabsehbare Strom, in "Wegweiser-Schriften, Schriftenreihe für das Vertriebenenwesen" Nr. 18 Troisdorf 1954
Weitere Abhandlungen über Probleme bei der Eingliederung jugendlicher Zuwanderer sind in verschiedenen Heften des "Informationsrundbrief zur sozialen Lage der Jugend" erschienen
Auf die übrige einschlägige Literatur verweisen wir dort, wo sie zitiert bzw. zum Vergleich herangezogen wird.



- 2) K.V. Müller Heimatvertriebene Jugend Kitzingen-
Main 1953
S. 171
- 3) K.V. Müller a.a.O. S. 43
E. Pfeil Fünf Jahre später Frankfurt
1951 S. 19
- 4) Fr.Siegmund- Sozialpädagogik -Aufgaben,Ziel
Schultze und Wege, in "Soziale Welt "
1950/4 S. 4
- 5) siehe: § 2 der Verordnung zur Durchfüh-
rung des Gesetzes über die Not-
aufnahme von Deutschen in das
Bundesgebiet vom 11.6.51
- 6) siehe: Deutschland Jahrbuch Essen 1953
S. 386
- 7) A.Busemann Geborgenheit und Entwurzelung des Ratingen 1951
jungen Menschen /Beiträge zur heil-
pädagogischen Aufgabe unserer Zeit
- vergl. auch:
- G.Heilfurth Jugend ohne Geborgenheit; Not Berlin-Spandau
und Hilfe /Ertrag einer Studien- 1951 (3.Kap.)
konferenz
- E. Pfeil Der Flüchtling Hamburg 1948
S. 61 f
- 8) s. die Möglichkeiten einer Ar-
beitsverpflichtung auf Grund fol-
gender Gesetze und Verordnungen:
Befehl Nr. 153 der SMAD vom 15.9.45
Verordnung der DWK vom 2.7.1948
über "die Sicherung und den Schutz
der Rechte bei Einweisungen von
Arbeitskräften".
"Gesetz der Arbeit" vom 19.4.1950
"zur Steigerung der Arbeitsproduk-
tivität und zur weiteren Verbesse-
rung der materiellen und kulturel-
len Lage der Arbeiter und Angestell-
ten", in "Gesetzblatt der DDR" 1950
S. 349
" Verordnung über die Aufgaben der
Arbeitsverwaltungen und die Lenkung
der Arbeitskräfte" vom 12.7.1951

9) Preise im März 1950 für

	in d. BRP	auf Marken	in d. SBZ in HO
1 kg Schweinefleisch	3,72 DM	2,78 DM	38,00 DM
1 kg Rindfleisch	3,15 "	2,12 "	32,00 "
1 kg Butter	5,84 "	4,20 "	48,00 "
1 kg Margarine	2,39 "	2,30 "	18,00 "

zitiert nach: "Deutschland in Zahlen 1950", herausgegeben vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften, Köln 1951, S. 104 f.

- 10) W. Schöllgen Aktuelle Moralprobleme Düsseldorf 1955 S.371
- vergl. auch:
W. Schöllgen Die soziologischen Voraussetzungen der katholischen Sittenlehre Düsseldorf 1953 S.114 f
- 11) M. Scheler Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre II Leipzig 1923 S.145
- vergl. auch:
.. Schöllgen Grenzmoral Düsseldorf 1946 S.40
- A. Petzelt Grundlegung der Erziehung Freiburg 1954 S. 96
- R. Brüntrup Jugend in der modernen Gesellschaft, in Jahrbuch für Volksgesundheit 1954/55" Hamm 1955 S. 27 ff
- 12) siehe: "Ülzener Richtlinien" Abs. 8
- 13) siehe: Erlasse des Sozialministers von NRW vom 15.11.1947, 30.11.1948, 22.8.1949 u. 8.10.1949
- 14) Diese Ausführungen stützen sich weitgehend auf Angaben, die uns Herr Oberregierungsrat Kutzner vom Bundesvertriebenenministerium u. Herr Schütz (früher Leiter des Lager Poggenhagen, jetzt Vorsitzender des Notaufnahmeausschusses im Lager Sandbostel) freundlicherweise machten.
- vergl. auch:
Das Flüchtlingsgesetz des Landes NRW vom 2.Juni 1948 und die Durchführungsverordnung vom 31.Dez.1948, in Sonderdruck "Der Wegweiser" Schriftenreihe für das Vertriebenenwesen Troisdorf 1949

- 16) Im Erlass des Sozialministeriums NRW vom 28.11.1948 heisst es: "Die Heimstätten mit Gemeinschaftsdienst dienen der Aufnahme von Jugendlichen, deren Unterbringung bei Angehörigen oder in einem Wohnheim aus erzieherischen Gründen nicht möglich oder tunlich ist. Nicht aufgenommen werden können schwer verwahrloste Jugendliche und solche, von denen von vornherein anzunehmen ist, dass sie wieder entweichen."
- Über die Aufgabe der Fürsorgeerziehungsheime s. § 62 des RJWG.
- 17) siehe: Verzeichnis der in NRW bestehenden Heimstätten, erschienen als Anhang zum RdErlaß des Sozialministers des Landes NRW vom 28.11.1948
- 18) z.B. das Jugendgemeinschaftswerk des Ingenieurs Adolf Redecker, 1945 in Hohenlimburg gegründet. Heute besteht es unter der Bezeichnung "Gemeinschaftsdienst deutscher Jugend", Sitz Letmathe.
- 19) Daß es auch einen Ausweg aus dieser Erstarrung gibt, zeigt z.B. die Heimstätte Heidehaus bei Augustdorf-Lippe

vergl. hierzu:

- Berkenhoff Flüchtlinge bauen sich eine neue Heimat. Junge Menschen in der Bewährungsprobe der Selbsthilfe, in "Rundbrief der Gilde soz. Arbeit" 1953/2
- 20) vgl.:
 C. Bondy- Bindungslose Jugend München/Düsseldorf 1952
 K. Eyferth
 K. Utermann Die Heimstätten für heimat- u. berufslose Jugend in NRW, in "Soziale Welt" 1950/4 S. 44 ff.
- 21) Dass es den Arbeitsämtern bei der Einweisung jugendlicher Zuwanderer in die Landwirtschaft vor allem um die Deckung des Bedarfs an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ging, geht aus einer Rundverfügung des Landesarbeitsamtes NRW vom 15.8.1953 Nr. 312/53 betr.: "Errichtung von Betreuungsstationen für jugendliche Sowjetzonenflüchtlinge" hervor. In ihr heisst es: "Die Wünsche der Jugendlichen in Bezug auf Umvermittlung (gemeint ist von der Landwirtschaft in die gewerbliche Wirtschaft) dürfen nicht unnötig und nicht vorzeitig ausgelöst werden."

- 22) Von jeweils 100 Arbeitsstellen waren
unbesetzt (Stand 30.6.50)
in der Landwirtschaft 5,8
im Baugewerbe 2,0
im Bergbau 1,7
Bei den übrigen Wirtschaftsgruppen
lag die diesbezügl. Zahl unter 1.
Berechnet nach Angaben über die
Arbeitsmarktgestaltung nach Berufs-
gruppen, in "Statistische Mitteilun-
gen des Arbeitsministeriums NRW"
Juli 1950
- 23) Lt. Auskunft von der Lagerleitung
Sandbostel wie auch vom Arbeitsamt
Münster
- 24) siehe: "Zeitschrift der Agrarsozialen
Gesellschaft e.V.", Rundbrief
Nr. V/4 v. 30.4.1954
- 25) vgl.:
M.Offenberg Die sozialpädagogische Bedeutung der Familie, in Handbuch der Pädagogik, hersg. von H.Nohl u. L. Pallat Langensalza 1929, Bd. V S. 30 ff.
- 26) vgl.:
H.Schelsky Die Gestalt der Landfamilie im gegenwärtigen Wandel der Gesellschaft, in "Schriftenreihe für ländl. Sozialfragen" 1953/9 S. 54 ff
- 27) vgl.
K.Bednarik Der junge Arbeiter von heute - ein neuer Typ Stuttgart 1950 S. 17
- 28) H. Linde Das Gesinde in der bäuerlichen Familienwirtschaft, in "Schriftenreihe für ländl. Sozialfragen" 1953/9 S. 70
- 29) G. Ipsen Die Landfamilie in Wirtschaft und Gesellschaft, ebenda S. 27
- 30) H.Schelsky Arbeitslosigkeit und Berufnot der Jugend Köln 1952 II. Bd. S. 280 ff
- 31) H.Schelsky a.a.O. S. 283
- 32) H.Schelsky a.a.O. S. 281
- 33) F.van Heek Sozialer Auf- und Abstieg während des Hochkapitalismus, in "Soziale Welt" 1951 S. 258 ff
- 34) vergl. hierzu:
K.V.Müller a.a.O.

- 35) E. Birke Der ostdeutsche Mensch im west- Troisdorf 1953
deutschen Raum, in "Der Wegwei-
ser" Schriftenreihe des Vertrie-
benenwesens, Nr. 1
Das Heft bringt als Anhang eine
ausführliche diesbezgl.Litera-
turangabe.
- 36) C. Bondy-- a.a.O. S 7
K.Eyferth
- 37) siehe: Polizeiverordnung der DDR vom
27.5.1952 " über die Einführung
einer besonderen Ordnung an der
Demarkationslinie" abgedruckt
in "Die Sperrmassnahmen der Sow-
jetzonenregierung an der Zonen-
grenze und um Westberlin" hersg.
vom Bundesministerium für Gesamt-
deutsche Fragen/Bonn 1953 S. 88 ff
- 38) siehe: Zahlenangabe ebenda S. 31
- 39) siehe: "Beschluss der II. Parteikonferenz
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands zur gegenwärtigen Lage
und zu den Aufgaben im Kampf für
Frieden, Einheit, Demokratie und
Sozialismus", in "Einheit" 1952/8
S. 71o
- 40) vergl.: "Bonner Berichte aus Mittel- und
Ostdeutschland" hersg. vom Bundes-
minister für gesamtdeutsche Fragen.
- u.a.
- F.Pöhler Die Vernichtung des privaten Groß- Bonn
handels in der sowjetischen Besatzungs-
zone.
- F.Pöhler Der Untergang des privaten Einzel- Bonn
handels in der SBZ
- Plönies/ Die Sowjetisierung des mitteldeut- Bonn 1953
Schönwalder schen Handwerks
- M. Kramer Die Landwirtschaft in der sowje- Bonn 1953
tischen Besatzungszone
- A.Leutwein Der Betriebskollektivvertrag in Bonn 1954
der sowjetischen Besatzungszone
- E. Frankel Steuerpolitik und Steuerrecht der Bonn 1953
sowjetischen Besatzungszone
- 41) siehe: "Junge Welt", Organ des Zentral-
rates der FDJ vom 5.u.6. Juni 1952

- 42) siehe § 4 der Satzung der "Gesellschaft für Sport und Technik"
- vergl. dazu: Die Freie Deutsche Jugend, in der Köln 1953
G.Friedrich Schriftenreihe "Rote-Weißbücher" S. 152
- 43) siehe: Aufruf des Zentralrates der FDJ in "Neues Deutschland" vom 26.7.1952
- 44) siehe: "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und zur Förderung der Jugend"
- sowie: Durchführungsbestimmungen zur Verordnung zur Förderung der Jugend, in "Verordnungsblatt für Groß-berlin" Januar 1951 Nr. 6
- Verordnung über die Neuordnung der Zuständigkeit für das Aufgabengebiet Jugendhilfe, in "Gesetzblatt der DDR" 8.Juni 1953 S. 798
- vergl. dazu: G.Friedrich a.a.O. S. 92 ff
- 45) W. Dorst Probleme der pädagogischen Wissenschaft/Die Anwendung der sowjetischen Erfahrung an unseren Schulen, in "Einheit" 6.Jahrg. H 16 S. 1146
- 46) K. Sembert Die Bedeutung der Sowjetpädagogik für die Demokratisierung der deutschen Schule, in "Pädagogik" 5.Jahrg. H 10 S. 4
- 47) W. Dorst a.a.O. ebenda
- 48) Jessipow/ Pädagogik Berlin 1953
Gontscharow S. 18
- 49) Jessipow/ a.a.O. S. 18 ff
Gontscharow
- 49a) vgl.: G. Möbus Das Menschenbild des Ostens und die Menschen im Westen, in Troisdorf 1954 S.12 f
"Der Wegweiser" Schriftenreihe des Vertriebenenwesens
- 50) Jessipow/ a.a.O. S. 19
Gontscharow
- 51) Ogorodnikow/ Lehrbuch der Pädagogik Berlin 1954
Schimbirjew S. 215
- 52) I.W. Stalin Über dialektischen und historischen Materialismus Singen Höhe twiel 1946
S. 1
- 53) J. Bochenski Der sowjetrussische dialektische Materialismus München 195 S. 147
- 54) N. Berdiajew Wahrheit und Lüge des Kommunismus Darmstadt/ Genf 1953 S. 87 f.
vgl. auch: N. Berdiajew Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus Luzern 1937 S. 160

... ..

... ..

... ..

... ..

...

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

... ..

- 55) Cz. Milosz Verführtes Denken Köln-Berlin
1954
- 56) G.A. Wetter Der dialektische Materialismus Freiburg 1952
S. 297
- 57) M.M.Rosenthal Die marxistische dialektische Berlin 1953
Methode S. 32
- 58) J. Bochenski a.a.O. S. 154 und 152
- 59) J. Bochenski a.a.O. S. 149
vergl. auch:
N.Berdiajew Wahrheit u.Lüge des Kommunismus Darmstadt/Genf
1953 S. 11 ff
u. S. 31 ff.
- 60) I.W. Stalin a.a.O. S. 18
vergl.:
M.M.Rosenthal a.a.O. S. 252 f
vergl.:
W. Lenin Aus dem philosophischen Nachlaß Berlin 1949
S. 145
- 61) W. Lenin Materialismus und Empiriokri- Berlin 1949
tizismus S. 125
- 61a) vergl.:
R. Karisch Der Christ und Stalins dialekti- Berlin 1954
scher Materialismus S. 28
- 62) G.A. Wetter a.a.O. S. 567
- 63) vergl.:
I.W.Stalin a.a.O. S. 8 f
M.M.Rosenthal a.a.O. S. 188 f
- 64) vergl.:
M.M. Rosenthal a.a.O. S. 220 ff
- 65) siehe:
W. Lenin Aus dem philosophischen Nachlaß Berlin 1949
I.W. Stalin a.a.O. S 8 S. 145
vergl. auch die Beweise für diese Lehre bei:
M.M.Rosenthal a.a.O. S. 252 f
- 66) vergl.:
Lenin u.Stalin Über die Jugend Berlin 1950
S. 34
- 67) I.W. Stalin a.a.O. S. 24
- 68) A.Meiklejohn Zwischen Gestern und Morgen, Die München 1951
Erziehung am Scheideweg S. 128
- 69) E.Spranger Psychologie des Jugendalters Heidelberg
1953 S. 232
- 70) S. Dübel Deutsche Jugend im Wirkungsfeld Bonn 1953
sowjetischer Pädagogik, in S. 32
"Bonner Berichte aus Mittel- und
Ostdeutschland"

- 71) vergl.:
G. Möbus a.a.O. S. 39 ff
- 72) vergl. auch: Zum Verständnis für die Befangenheit der Bewohner der Volksdemokratie in der kommunistischen Weltanschauung
Cz. Milosz a.a.O.
- 73) O.v.Nell-Breuning Wörterbuch der Politik, Heft II Freiburg 1948 Sp. 23
- 74) vergl.:
H.Helfritz Allgemeines Staatsrecht Detmold 1949 S.168-176
O.v.Nell-Breuning a.a.O. Sp. 51 - 60
- 75) Lexikon der Pädagogik der Gegenwart Freiburg 1932 II./Sp. 1265
- 76) Fr.Nietzsche Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben Leipzig 1945 S. 11
- 77) K.Brockmüller Christentum am Morgen des Atomzeitalters Frankfurt 1950 S. 80 f
vergl. auch:
R.Guardini Das Ende der Neuzeit Würzburg 1951
Th. Haecker Was ist der Mensch? Leipzig 1935 S. 47 ff
- 78) Fr. Engels Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring) Stuttgart 1901 S. 112 f
- 79) Jessipow/
Gontscharow a.a.O. S. 256
- 80) F. Borinski Der Weg zum Mitbürger Düsseldorf/
Köln 1954
vgl.auch: derselbe a.a.O. S. 145 - 183 S. 107
- 81) E. Spranger a.a.O. S. 210
- 82) Siegmund-Schultze Forderungen aus seinen Vorlesungen
- 83) siehe: Richtlinien des Staatssekretariats für Berufsausbildung zur Durchführung des Nachwuchsplanes 1951, in "Berufsausbildung " 1951/7/8 S. 14 ff.
J. Fuchs Planungsaufgaben der Abteilungen Arbeit und Berufsausbildung, in "Arbeit und Sozialfürsorge" 1952/22 S. 546

- 84) A. Huth Die Berufsnot der Bayerischen Jugend, in "Berufserziehung", Wissenschaftl. Zweimonatszeitschrift zur Verbindung von Beruf, Erziehung und Leben, 1949/2
- vergl. hierzu: Jugend zwischen 15 und 24, Eine Untersuchung zur Situation der deutschen Jugend im Bundesgebiet. Durchgeführt vom Emnid-Institut für Meinungsforschung, Bielefeld 1953 S. 45
- Nach dieser Untersuchung haben 72,5 % der Jugendlichen, die bereits ihren Beruf endgültig gewählt hatten, ihrer Neigung bei der Berufswahl folgen können.
- 85) vergl. z.B.:
R. Niebuhr Die Kinder des Lichtes und die Kinder der Finsternis München 1940 S. 35-60
Th. Steinbüchel Sozialismus Tübingen 1951 S. 58-68
- 86) Zu diesen Angaben, die unserer Repräsentativerhebung über den Zuwanderungsjahrgang 1953 (s. Anlage Nr. 1 S. 130) entnommen sind, müssen wir einschränkend sagen, dass nur 68 % der im Lager Sandbostel durchgearbeiteten Karteikarten eine Auskunft über die Berufswünsche der Jugendlichen gaben.
- 87) vergl.:
G. Kerschens-Steiner Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend Erfurt 1931 S. 15
"Die Erziehung zur beruflichen Tüchtigkeit... ist die conditio sine qua non aller staatsbürgerlichen Erziehung"
- 88) siehe: Bericht der Verwaltung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 10.2.54 - Az. VIa 7 A 4/1 - S. 15 f
- 89) Fr. Engels Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft Stuttgart 1947 S. 21
"Die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen ... sind nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche zu sehen"
- 90) Lenin/Stalin Über den Wettbewerb Berlin 1952 S. 44
I.W. Stalin Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR Berlin 1952 S. 31 ff.

91) vergl. hierzu:
H.G. Wendt

Leistungslohn und Leistungssteigerung in der UdSSR, in (Zentralblatt der Arbeitswissenschaft" 1951/3/4/6

92) siehe:

Verordnung über den Neuabschluss der Kollektivverträge vom 15.2. 1951, im "Gesetzblatt der DDR" 1951, S. 117

93) H. Thalmann

Wesen und Grundlagen des Leistungslohnes in der volkseigenen Wirtschaft, in "Die Arbeit" 1952/6 S. 326

"Differenzierte Löhne und technisch begründete Arbeitsnormen" das sind die beiden Säulen, auf denen die Entlohnung nach der Leistung ruhen muss".

94) siehe:

Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Prämienzahlung vom 1.11.1951, im "Gesetzblatt der DDR" 1951, S. 1043

95) vergl.:

Enzyklopädie der UdSSR

Berlin 1950
Bd.I Sp.113

" In der Verfassung der UdSSR (Art. 12) ist ... der Grundsatz aufgenommen, dass die Verteilung der Konsumgüter nach dem Prinzip ' Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen' durchgeführt wird. Das bedeutet, dass im Sozialismus nur die Quantität und Qualität der Arbeit das Verbrauchsmaß bestimmen."

96) vergl. hierzu:

"Gesetzblatt der DDR 1952 S. 510

und:

"Verordnung über die Prämienzahlung für das ingenieurtechnische Personal einschl. der Meister und für das kaufmännische Personal in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben" vom 21.6.1951, in: "Gesetzblatt der DDR" 1951 S. 625

97) z.B.

die Lebensmittelergänzungskarten für die Intelligenz, sog. Intelligenzkarten, in 3 Stufen.

98) siehe:

"Verordnung zur Förderung der Aktivisten - und Wettbewerbungsbewegung" vom 27.7. 1950, im "Gesetzblatt der DDR" 1950 S. 716

" Verordnung über die Verleihung
des Ehrentitels 'Verdienter
Techniker des Volkes'" vom
8.11.1951, im "Gesetzblatt
der DDR" 1951 S. 1036

vergl. auch: "Verordnung über die Gewährung
von Ehrenpensionen" vom 28.8.1952
im "Gesetzblatt der DDR" 1952
S. 823

99)vergl.:

M.G.Lange

Totalitäre Erziehung, Das Er-
ziehungssystem der Sowjetzone
Deutschlands.

Frankfurt
1954, S. 16 off

100) M.G. Lange a.a.O. S. 398

101) M.G.Lange a.a.O. S. 183

vergl. auch S. 181

vergl. auch:

Ogorodnikow/
Schimbirjew

a.a.O. S. 285 - 298

102) siehe:

Prüfungsordnung für Zwischen-
und Fachprüfungen vom 17.11.
1952, in "Berufsbildung" 1953/1
Beilage

103) M.G. Lange a.a.O. S. 218

104) vergl.:

D. Faber

Einkommenstruktur und Lebenshaltung
in der SBZ, in "Bonner Berichte
aus Mittel- und Ostdeutschland"

Bonn 1953
S. 24 f.

105) vergl.:

M.G. Lange

a.a.O. S. 222

106) M.Grimme

Berufswahlfréiheit und Berufs-
nachwuchslenkung

Heidelberg
1954 S. 59

107) R.Guardini

Zum Begriff des Berufes, in
"Akad. Bonifatius, Korrespon-
denz" 1919/20 S. 29-41

108) A. Petzelt

a.a.O. S. 156

109) O.v.Nell-
Breuning

Wörterbuch der Politik, Heft 3

Freiburg
1949 Sp. 98

110)

Unter Handwerksbetrieb ver-
stehen wir einen Betrieb, in dem
ohne Arbeitsteilung unter Mit-
wirkung des Betriebsbesitzers am
technischen Hergang individuelle
Arbeit für die Kunden geleistet
wird. Auf Grund dieser Definition
haben wir grössere Betriebe, sowie
Baubetriebe nicht zum Handwerk ge-
rechnet, da ihre Besitzer in den
meisten Fällen nicht am technischen
Arbeitsvorgang teilnehmen.

- 111) vergl.:
H. Lamprecht Das soziale Lebensbild des Handwerks, als Bd. 10 in der Reihe "Soziale Forschung und Praxis" hersg. von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund, 1952 S. 9 f
- 112) H. Lamprecht a.a.O. S. 92
- 113) vergl. dazu:
A. Petzelt a.a.O. S. 127 f
- 113a) vergl.:
L. Loeffler Arbeit, Freizeit u. Familie im Hinblick auf die Ehe, das Alter und die Jugend. Hersg. im Auftrage des Vorstandes der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung, Detmold. Stuttgart 1955 S. 37 ff, besonders S. 51
- 114) René König Materialien zur Soziologie der Familie Bern 1946 S. 80 ff
- 115) S. Dübel a.a.O. S. 44 u. 56
- 116) Fr. Siegmund Schultze a.a.O. S. 8
- 117) Lexikon der Pädagogik der Gegenwart Freiburg 1932 II Sp. 555
- 118) L. v. Wiese System der Allgemeinen Soziologie Leipzig 1933 S. 240 ff
- 119) siehe: Verfassung des Landes NRW Art. 7 (2): "Die Jugend soll erzogen werden ... zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung anderer
- Fr. W. Foerster Politische Ethik und politische Pädagogik München 1918 S. 121
- "Demokratie ist der Protest gegen jede Art von Vergewaltigung. Demokratie empfinden, d.h.: vom Ich zum Du übergehen, den anderen anhören, ihn zu Worte kommen lassen, feinfühlig werden für fremde Rechte und Interessen"
- vergl. auch:
K. C. Knudsen Welt ohne Haß (Aufsätze und Ansprachen zum I. Kongress über bessere menschliche Beziehungen) Berlin/Hamburg Stuttgart 1950
- R. Niebuhr a.a.O. S. 81 - 100
- 120) A. Petzelt Grundzüge systematischer Pädagogik Stuttgart 1947 S. 294
- 121) siehe: Lexikon der Pädagogik Freiburg 1954 III Sp. 579

- vergl. auch:
W. Holec Zur Diskussion über die Aufgaben und Ziele der Settlements, in "Nachrichten aus der Sozialen Arbeitsgemeinschaft" 1926/20 S. 11
- 122) vergl.:
A. Petzelt Grundlegung der Erziehung Freiburg 1954 S. 18
- H.E. Jahn Vertrauen, Verantwortung, Mitarbeit, Eine Studie über public relations Arbeit in Deutschland Oberlahnstein 1953
- siehe auch:
O. Kroh Revision der Erziehung Heidelberg 1954 S. 83 ff
- S.S. Cripps Christliche Demokratie Zürich 1948 S. 24 ff
- 123) vergl.:
Ebersbach Zur Eingliederung jugendlicher Volkspolizisten, in "Informationsrundbrief zur sozialen Lage der Jugend" 1955/5/6
- 124) siehe:
Jugendsozialwerk Bavendorf (Dreijahresbericht der ersten offenen Landgruppe von SBZ-Flüchtlingsen) in: Sonderbrochure, hersg. vom Internationalen Bund für Sozialarbeit (JSW) 1953
- 125) M. Tondock Neue Wege zur Wiederbeheimatung der entwurzelten Jugendlichen, in "Blätter der Wohlfahrtspflege in Württemberg-Baden" Febr. 1950
- 126) vergl.:
Nahm Das Problem der jugendlichen Flüchtlinge, in "Bulletin der Bundesregierung" 1955/110
- 127) G. Bauer Junge Flüchtlinge in Landgruppen, Ein Jahr Erfahrungen des Jugendsozialwerkes in NRW. hersg. als 2. Beiheft des "Informationsrundbriefes zur sozialen Lage der Jugend" Dez. 1954 S. 13
- 128) siehe:
Einladung des Jugendhofes Vlotho vom 15.12.1955 zu einer Begegnung zwischen Flüchtlingen aus Mitteleuropa, Einheimischen und Heimatvertriebenen.

L e b e n s l a u f

Am 13. August 1920 wurde ich, Ludwig Anton Maria F r e i b ü t e r , als Sohn des Oberstudienrates Ludwig Freibüter und seiner Ehefrau Maria geb. Kohlschein zu Münster geboren.

Am 27. Februar 1939 legte ich am Städt. Gymnasium meiner Heimatstadt die Reifeprüfung ab. Nach Ableistung des Reichsarbeitsdienstes wurde ich zur Wehrmacht eingezogen und Ende 1946 als Schwerekriegsbeschädigter aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Ich begann im W.S. 1946/47 an der Universität Münster das Studium der kath. Theologie. Im Frühjahr 1948 bestand ich das Philosophicum in der theol. Fakultät.

Von Ende 1948 bis Herbst 1952 befand ich mich - bis auf wenige kurze Unterbrechungen - wegen meines Kriegsleidens in stationärer Behandlung, nachdem ich bereits während des ganzen Sommersemesters 1947 aus demselben Grunde in der Klinik der Universität Münster gelegen hatte.

Seit dem W.S. 1952/53 studierte ich an der Universität Münster Sozialpädagogik (Prof. Dr. Siegmund-Schultze), Pädagogik (Prof. Dr. Petzelt, Prof. Dr. Lichtenstein), Philosophie (Prof. Dr. Most) und christliche Sozialwissenschaften (Prof. Dr. Dr. Höffner).

